

P R O T O K O L L

über die 12. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 17. Dezember 1992, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Günter Fürweger
Johann Glanzer
Hans Dieter Götz
Richard Gollatsch
Gottfried Hofstetter
Oskar Holub
Engelbert Huber
Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Engelbert Lengauer
Friederike Mach

Josef Mayr
Dipl.-Ing. Frank Mundorff
Hans Payrleithner
Mag. Harald Philipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Eva Scheucher
Dr. Tilman Schwager
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Susanne Thurner

VOM AMT:
MD Dr. Kurt Schmidl
OMR Dr. Gerhard Alphasamer
SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann (bis 12 Uhr)
Mag. Helmut Lemmerer
Techn. Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein
Kaufm. Direktor OAR Helmut Riedler
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OMR Mag. Augustin Zineder
Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

San-6283/92	Rattenbekämpfungsaktion in öffentlichen Kanälen (zweimalige Auslegung); Bekämpfungsperiode 1992/93.
Ha-7322/92 ÖAG-2159/87	Pfarramt Steyr-Christkindl; Subvention.
Ha-4768/92	"Schloßfest"; gemeinsame Veranstaltung der Service-Clubs Steyrs; ao. Subvention hinsichtlich der Lustbarkeitsabgabe und der Rechnung des Wirtschaftshofes.
VH-7343/92	MA IX; Kreditüberschreitung bei VASSt. 1/4290/620000.1 (Transporte).
Ha-6511/92	Fachschule für Altdienste und Pflegehilfe; einmalige Subvention für Erstausrüstung.
GHJ2-7444/92	Alten- und Pflegeheim Tabor, Hanuschstraße 1; bauphysikalische Untersuchung.
GHJ2-7410/92	Sportanlage Rennbahn Eislaufplatzgebäude Glasbruch d. Vandalismus.
GHJ2-7409/92	WC-Anlage Zwischenbrücken; Instandsetzungsarbeiten nach Brandschaden vom 28. 10. 1992.
Ha-1734/85	Kultur- und Theaterverein "AKKU"; Jahressubvention.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Bau2-2430/92 Verkehrsdeckscheibe Bahnhof; Antrag auf Vergabe der Planungsarbeiten für das ÖBB-Parkdeck und der damit verbundenen funktionalen Einrichtungen.
- 2) Präs-932/92 GAL-Fraktion im Gemeinderat; Antrag gem. § 6 der Geschäftsordnung für den GR der Stadt Steyr und seine Ausschüsse; Resolution, gerichtet an den Oö. Landtag, ein Gesetz zur Förderung umweltschonender Verkehrsmittel zu erlassen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH
SABLIK:

- 3) ÖAG-4766/88 Müllabfuhr Mülldeponie - Entgasungsanlage; Deponiegassicherung; Errichtung von Gasbrunnen im Schüttabschnitt II; Antrag auf Vergabe.
- 4) ÖAG-4183/89 Mitbenützung der Städt. Mülldeponie Hausleiten durch den BAV Steyr-Land.
- 5) Wa-7777/92 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1991; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

- 6) K-7200/92 Eintrittspreise und Mieten für das "Alte Theater"; Neufestlegung.
- 7) Ha-6726/92 Stadtpfarrkirche Steyr, Morzerbild; Zuschuß zum Ankauf und zur Restaurierung.
- 8) Ha-7216/92 Kultur- und Theaterverein "AKKU"; außerordentliche Subvention.

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-
HUBER:

- 9) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst - Gebührenbefreiung.

10) VH-8030/92 MA IX; Kreditübertragung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 11) Präs-933/92 ÖVP-Fraktion im GR; Antrag gem. § 12 Abs. 1 des Statutes i. V. m. § 6 der Geschäftsordnung für den GR der Stadt Steyr; Tarifgestaltung für die eingereichten Citybuslinien Steyrdorf, Ämterlinie und Schlüsselhof.
- 12) ÖAG-7948/92
Stadtwerke Schülerfreifahrt - Erwerb einer Schülernetzmarke für die Benützung des gesamten Liniennetzes der Stadtwerke Steyr; Erweiterung dieser Möglichkeit für Schüler ohne Schülerfreifahrtschein.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 13) Ha-8310/89 Stiftskirche Gleink - Innenrestaurierung; Finanzierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 14) Bau2-7452/91 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 87 - Parkplatz GFM - Reparaturwerkstätte Steyr-Auto-Steyr.
ABGESETZT!
- 15) Bau5-1370/92 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 49 - Grubergründe - Landarbeitersiedlung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

- 16) Spa-605/92 Sparkassenfusion - Verwendung der Gelder; Errichtung eines Sparkassenfonds und Zweckwidmungsbeschluß.
- 17) Ha-3820/92 Neuregelung diverser Bankdarlehen.
- 18) Präs-910/92 Bezugsregulierung 1993.
- 19) Präs-35/91 Oö. Objektivierungsgesetz - Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat.
- 20) Ha-3900/92 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1993.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ich darf Sie sehr herzlich begrüßen zu unserer heutigen Sitzung, die sehr lange dauern wird und die vor allen Dingen als Hauptpunkt das Budget für das nächste Jahr zum Gegenstand haben wird. Ich eröffne diese Sitzung, stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Die Gemeinderäte Mach Friederike und Strasser Franz sind mir als Protokollprüfer gemeldet - nehmen Sie diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt hat sich Vbgm. Dr. Pfeil. Ich glaube, es ist bekannt, daß er einen Unfall erlitten hat. In Ausübung seiner Arbeit als Tierarzt wurde er von einem Pferd getreten und es ist leider so, daß er sich nun im Spital befindet - auf dem Wege der Besserung ließ er uns herzlich grüßen. Ich nehme an, ich darf ihm auch vom GR hier Genesungswünsche übermitteln. Meine Damen und Herren, gemäß § 19 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den GR und seine Ausschüsse ersuche ich, den Verhandlungsgegenstand Nr. 14 (Bau2-7452/91 - Flächenwidmungsplanänderung Nr. 87 - Parkplatz GFM - Reparaturwerkstätte Steyr-Auto-Steyr) von der Tagesordnung abzusetzen. Es hat sich nämlich hier die Begründung für diese

Umwidmung geändert, weil andere Überlegungen stattgefunden haben; es sind andere Grundbeschaffungs-Maßnahmen eingetreten und daher ist es notwendig, eine Überarbeitung dieses Umwidmungsplanes vorzunehmen. Für diese Absetzung ist eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich. Ich möchte gleich darüber abstimmen lassen - meine Damen und Herren, wenn Sie damit einverstanden sind, daß wir diesen Tagesordnungspunkt absetzen, in Anbetracht dieser Begründung, dann bitte ich um Ihre Zustimmung bzw. um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Damit ist dieser Punkt einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt!

Zu Punkt 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN" darf ich Ihnen berichten, daß dieses Mal keine derartigen Fragen an mich gerichtet wurden. Damit zu Tagesordnungspunkt 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS":

Organisatorisch möchte ich mitteilen, daß wir heute zwischen 12 und 13 Uhr mit Ihrem Einverständnis eine Mittagspause einlegen wollen. Am Nachmittag wird es eine Kaffepause geben und wir werden auch einige Rauchpausen - wie üblich - durchführen. Ich gehe davon aus, daß diese Vorgangsweise Ihre Zustimmung findet.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich Ihnen berichten, daß sich die Situation im Laufe des Novembers vorwiegend saisonbedingt erheblich verschlechtert hat. Verglichen mit dem Vorjahr setzte der Abbau von Saisonarbeitskräften heuer früher und stärker ein, wobei die pessimistischen Medienberichte bezüglich der Wirtschaftslage diesen Trend noch verstärkten. Ende November war hier eine Arbeitsplatzsuchenden-Anzahl von 3.187 Personen beim Arbeitsamt in Steyr gemeldet.

Frau Gemeinderätin Eva Scheucher und Herr Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler haben am 2. Dezember 1992 ein Schreiben an mich gerichtet, das folgenden Inhalt hat:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits seit dem Jahr 1990 fließen die bisher auf Bundesstraßen eingehobenen Strafge­lder nicht mehr der Stadt Steyr, sondern dem Bund als alleinigen Empfangsberechtigten zu. Dies obwohl die Stadt Steyr die Kosten für die Anschaffung, Inbetriebnahme und Auswertung sämtlicher Rotlichtüberwachungsanlagen auf Bundesstraßen aus Eigenmitteln durchführt und daher der Gesamtkostenaufwand für die Erfassung derartiger Verkehrsübertretungen aus dem

Budget der Stadt Steyr getragen werden. Interventionen bei Bundes- und Landesstellen, insbesondere bei Herrn Landesrat Josef Pühringer, brachten bisher lediglich die lapidare Mitteilung mit sich, daß dieses Anliegen der Stadt Steyr einer Überprüfung unterzogen wird und mit einer definitiven Äußerung in nächster Zeit zu rechnen ist. An dieser Haltung hat sich jedoch in den letzten 2 Jahren keine Änderung ergeben. Dies veranlaßt die Unterfertigten, den Antrag zu stellen, die im Stadtgebiet im Einsatz befindlichen Rotlichtüberwachungsanlagen, die eine nicht unerhebliche Kostenbelastung für die Stadt Steyr darstellen, ab sofort außer Betrieb zu nehmen und die Anlagen zur Gänze zu demontieren und zum Verkauf feilzubieten. Zu diesem Entschluß sind die Unterfertigten auch deswegen veranlaßt, da die damals im Zeitpunkt der Anschaffung ins Treffen geführten Argumente, wie etwa Abnahme der Unfallhäufigkeit an Kreuzungspunkten, in der Praxis kaum zutreffen, sondern eher das vorsichtige Fahrverhalten der Fahrzeuglenker zu einer Vermehrung der Unfälle dadurch geführt hat, daß bereits beim ersten Grünblinken manche Fahrzeuglenker ihr Fahrzeug zum Anhalten bringen, wodurch die nachfolgenden auf das überraschend angehaltene Fahrzeug auffahren.

Durch das zögernde Fahrverhalten der Fahrzeuglenker kommt es darüber hinaus zu einer Unterbrechung des bei Einhaltung der üblichen Verkehrsgepflogenheiten ansonsten gängigen und zügigen Verkehrsflusses und scheint es letztlich den Unterfertigten auch nicht vertretbar, daß gerade Bürger von außerhalb von Steyr, die der aufstrebenden Fremdenverkehrsstadt Steyr einen erstmaligen Besuch abstatten, mit einem Andenken in Form von Strafgebühren wegen Rotlichtübertretungen bedacht werden. Dies veranlaßte die Unterfertigten, nachstehenden Antrag an den Gemeinderat der Stadt Steyr zu stellen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die derzeit in Verwendung stehenden Rotlichtüberwachungsanlagen werden mit Wirkung ab 1. 1. 1993 außer Betrieb gesetzt und sind die weiterhin verwendbaren Anlagenteile sowie die Rotlichtüberwachungskameras zum Verkauf feilzubieten. Der daraus erzielte Verkaufserlös ist dem Haushaltsbudget für 1993 zuzuführen und buchhaltungsmäßig zu vereinnahmen. Der vereinnahmte Betrag ist durch einen entsprechenden Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes im Wege der Kreditübertragung bzw. Kreditüberschreitung auf

eine für soziale Maßnahmen vorgesehene Voranschlagsstelle zu übertragen und einer entsprechenden Verwendung zuzuführen.

Meine Damen und Herren, diesen Antrag konnte ich nicht auf die Tagesordnung des GR setzen, da zum einen die Außerbetriebsetzung der Rotlichtüberwachungsanlagen nicht in die Entscheidungskompetenz des GR fällt und zum anderen weder ein eventueller Käufer noch ein eventueller Kaufpreis angeführt ist und somit je nach Kaufpreis auch der StS oder der Magistrat für die Verkaufsentscheidung zuständig sein würden.

Ich habe mir daher erlaubt, dieses Schreiben mit dem angeschlossenen Antrag an den Verkehrsausschuß zur weiteren Beratung weiterzuleiten, der sodann eine Empfehlung an die zuständigen Gremien richten kann.

Ich möchte Ihnen berichten, meine Damen und Herren, daß die gleitende Arbeitszeit beim Magistrat Steyr für alle Bediensteten eingeführt wird. Nach langen Verhandlungen zwischen dem Dienstgeber und der Personalvertretung soll dies mit 1. 1. 1993 geschehen. Zur Aufzeichnung der Dienststunden wird ein elektronisches Zeiterfassungsgerät verwendet werden. Die Parteienverkehrszeiten sind Mo, Di, und Do von 8.30 bis 12 Uhr und von

13.30 bis 16 Uhr; Mi und Fr von 8.30 bis 12 Uhr! Der Parteienverkehr ist aber nicht nur zu den angeführten Zeiten möglich - es können auch Termine außerhalb der Parteienverkehrszeiten vereinbart werden. Die zuständigen Sachbearbeiter stehen dann ausschließlich für das vereinbarte Gespräch zur Verfügung. Internat. Erfahrungen belegen, daß gleitende Arbeitszeit die Effizienz der Arbeitsleistung steigert, da die Mitarbeiter nach individuellen Bedürfnissen ihren Tagesrhythmus steuern können. Wir hoffen, daß mit den festgelegten Zeiten sowohl den Bedürfnissen der Bürger bzw. Kunden als auch denen der Dienstnehmer entsprochen werden konnte.

Meine Damen und Herren, bei Tagesordnungspunkt 4) "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STS" darf ich Sie in Kenntnis setzen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen StS-Sitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der GR-Einladung bei.

Vor Eingang in die Verhandlungsgegenstände darf ich Ihnen mitteilen, daß mir zwei Initiativanträge zugegangen sind. Der eine ist von der Sozialdemokratischen GR-

Fraktion eingegangen und betrifft den Antrag, eine Resolution zu beschließen über den Ausschluß von Firmen, welche illegal Arbeitskräfte beschäftigen. Es soll in diesem Zusammenhang eine Änderung der Vergabeordnung erfolgen und außerdem eine Resolution beschlossen werden!

Der zweite Initiativantrag ist mir soeben von der FPÖ-GR-Fraktion überreicht worden. Er hat folgenden Inhalt: Die FPÖ-Fraktion im GR der Stadt Steyr ist der Auffassung, daß, um den unmenschlichen und gefährlichen Lebensbedingungen in den von skrupellosen Hausbesitzern vermieteten Wohnungen ein Ende zu bereiten, die unverzügliche Feststellung des Status quo im Stadtteil Steyrdorf bezüglich der Einhaltung nach dem Baurecht, den feuerpolizeilichen Bestimmungen und dem Sanitätsrecht, unter Beiziehung der Bundespolizeidirektion Steyr, durchzuführen ist. Weiters fordern wir die Wiedererrichtung eines Wachzimmers in Steyrdorf, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden. Wir stellen daher an den GR folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Feststellung des Status quo im Stadtteil Steyrdorf bezüglich der Einhaltung nach dem BAURECHT, den FEUERPOLI-

ZEILICHEN BESTIMMUNGEN und dem SANITÄTSRECHT, unter Beibehaltung der Bundespolizeidirektion Steyr. Weiters die Richtung einer RESOLUTION an das Bundesministerium für Inneres zur Wiedererrichtung eines Wachzimmers im Stadtteil Steyrdorf.

Dieser Initiativantrag ist von einer ausreichenden Stimmen-Anzahl der FPÖ-Fraktion unterzeichnet.

Ich werde beide Initiativanträge am Ende unserer Sitzung in Behandlung nehmen.

Meine Damen und Herren des GR, damit sind alle Tagesordnungspunkte vor den Verhandlungsgegenständen abgeschlossen; ich übergebe nun den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bgm. um Vortrag von Punkt 1).

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, der erste Antrag aus dieser heutigen GR-Sitzung beschäftigt sich mit einem Thema, das uns allen - glaube ich - sehr am Herzen liegt. Nämlich die lange diskutierte und dringlich notwendige Verbesserung der Verkehrssituation im innerstädt. Bereich. Ich meine

hier die ursprünglich als Parkdeck beim Bahnhof diskutierte Möglichkeit, zusätzl. Flächen für den ruhenden Verkehr zu schaffen. Auch für das Park & Ride-System hier Vorsorge zu treffen, ist im Zuge der Diskussion übergegangen in eine Errichtung einer Bahnhof-Überbauung. Letztendlich ist es sehr zu begrüßen, daß hier eine gesamthafte Lösung, eine Zusammenbindung der Schiene und der Busverbindungen - sowohl der überregionalen Busverbindungen als auch der städt. Buslinien - und die Schaffung eines Park & Ride-Parkplatzes in diesem Bereich als Zielprojekt erarbeitet wurde. Als wir uns auf diese Vorgangsweise geeinigt haben, haben wir uns natürlich auch mit den Kosten beschäftigen müssen und es hat sich gezeigt, daß hier Beträge in der Gegend von 80 Millionen S zur Debatte stehen und daß die Finanzierung dieses Projektes eine unglaublich schwierige sein wird.

Wir haben viele Gespräche mit der Bundesregierung, den Bundesbahnen, aber auch mit der Oö. LR durchgeführt. Es ist uns gelungen, im heurigen Jahr die Zusage zu erreichen, - wir haben im GR mehrmals darüber debattiert - 38 Mill. S von den Österr. Bundesbahnen bzw. vom damaligen Verkehrsminister Dr. Rudolf Streicher zu bekommen. Uns war dieser Betrag natürlich zu wenig, wir haben aber

gesehen, daß ein Mehr in Anbetracht der Finanzlage der ÖBB nicht erreichbar ist. Wir haben nachverhandelt und dieser Betrag wurde nunmehr auf 40 Millionen S erhöht. Weiters konnten wir mit den ÖBB erreichen, daß sie als Auftraggeber für dieses Projekt fungieren werden, was von aller größter Bedeutung ist. Nicht nur, weil die Durchführung dieses Projektes natürlich vom Betreiber der Eisenbahn viel zweckmäßiger geführt werden kann, sondern auch, weil sich steuerlich Vorteile ergeben, die im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer natürlich schlagend werden bei diesen Größenordnungen. Das ist das eine gewesen.

Die zweite Hürde war, eine entsprechende Unterstützung bei der Oö. LR zu finden. Es war vor 14 Tagen erst möglich, nachdem zurückliegende Gespräche an einer Hürde von etwa 10 Millionen abgebrochen wurden, diesen Betrag zu verdoppeln. Also konnten wir 20 Millionen S Zuschuß erreichen für dieses Projekt, das insgesamt etwa 80 Millionen S kosten wird.

Das war nun die schwierige Vorgeschichte eines für die Bereinigung und Verbesserung der Verkehrssituation unserer Stadt sehr bedeutsamen Projektes! Wir sind jetzt unmittelbar darangegangen, das Planungsprozedere in Gang zu setzen und es war noch eine

Schwierigkeit zu überwinden, daß nämlich der ursprüngl. geplante Architekten-Wettbewerb auch zu Konfrontationen der Architekten, der planenden Firmen, der bauausführenden Firmen (wenn ich hier an die ÖBB denke) geführt hat. Wir konnten auch erfolgreiche Gespräche führen, daß mit dem Präsidenten der Architektenkammer Schimek vereinbart wurde, daß kein Architektenwettbewerb zweckmäßig erscheint; wenn man nur die Bahnhofsüberbauung sieht, weil es sehr viele Zwangspunkte gibt und für die Freiheit der architektonischen Gestaltung zu wenig Raum bleibt. Es erschien uns aber zweckmäßig, daß an der Gestaltung dieses wichtigen Projektes Architekten mitarbeiten sollen.

Wir werden hier Aufträge vergeben und der folgende Antrag bezieht sich darauf. Es geht um Aufträge an 4 Architekten, die die Stadt gut kennen, die in der Stadt tätig sind und die sich bereit erklärt haben, zu einem Auftragsvolumen von je 150.000 S gestalterisch mitzuarbeiten. Wir versprechen uns, daß mit dem Hauptauftragsnehmer - nämlich dem Architektenbüro Spirk - gemeinsam ein Projekt entsteht, das auch vor dem Gestaltungsbeirat, dem dieses Vorhaben selbstverständlich vorgeführt wird, Gnade finden soll.

Das wird also unsere Aufgabenstellung sein, diesen Auftrag im Ausmaß von insgesamt 600.000 S an die 4 Architekten zu vergeben, um die Planungsmodalitäten sozusagen einzuleiten und im Jahr 1993 die Planungen so weit abzuschließen, daß '94 ein Baubeginn für dieses äußerst wichtige Projekt erfolgen kann. Meine Damen und Herren, der Antrag lautet:

1) Bau2-2430/92

Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; Antrag auf Vergabe d. Planungsarbeiten für d. ÖBB-Parkdeck und der damit verbundenen funktionalen Einrichtungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. November 1992 wird im Zusammenhang mit der Errichtung einer Verkehrsdrehscheibe beim Bahnhof Steyr (ÖBB-Parkdeck) der Auftrag zur Erstellung von vier Vorentwürfen an die Architekten Frau DI Proyer, Herrn DI Schmid, Herrn DI Reitter jun. und Herrn Mag. Arch. Falkner zu Kosten von jeweils S 150.000,- inkl MWSt vergeben.

Eine diesbezügliche Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständige Organ vorbehalten.

Ich darf Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? GR Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Mit der für heute gebotenen Kürze nur ein paar Randanmerkungen zu diesem Thema. Dieses Projekt, das hier hereinsteht, ist sicher eine Notwendigkeit für unsere Stadt. Es gibt daher für uns - wenn ich das für die Fraktion sagen darf - keinerlei Diskussion darüber, ob wir zustimmen oder nicht; wir stimmen selbstverständlich zu! Aber dieses Projekt wird uns als Stadtgemeinde und Sie, sehr geehrter Hr. Bgm., natürlich noch oft in die Situation bringen, mit den ÖBB in Verhandlungen treten zu müssen. Wir sollten diese Gelegenheit unbedingt nutzen, um ein Anliegen der Bevölkerung - zumindest eines Großteiles der Bevölkerung - dort wiederum zu Gehör zu bringen. Wir wissen, daß die ÖBB die Westbahnlinie 4gleisig ausbaut, durchgehend bis zumindest Salzburg. Es gibt die Idee - diese halte ich für ausgesprochen gut und auch verifizierbar -, daß von diesen 4 Gleisen zwei über Steyr geführt werden könnten. Es gäbe

einen minimalen Kosten-
mehraufwand beim Bahnausbau.
Wir sollten als Stadtgemeinde
diese Gelegenheit nützen und
immer auf unser Verlangen und
Bedürfnis als Stadt hinweisen,
wie wichtig es für uns wäre, eine
entspr. Direktanbindung an die
Westbahn zu erhalten.

Das Projekt, das hier jetzt zur
Diskussion steht, bringt ja einen
Park & Ride-Parkplatz, aber das
Schwergewicht der Benutzer
dieses Parkplatzes wird nicht der
Einpendler sein, sondern der
Auspendler - jene, die nämlich
mit der Bahn von Steyr
wegfahren. Daher können wir -
glaube ich - mit Recht wieder
darauf hinweisen. Ich bitte, diese
Randbemerkung hier zur
Kenntnis zu nehmen. Danke
schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-
LIK:

Danke. Der nächste ist Hr. StR
Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bür-
germeister, meine Damen und
Herren des GR! Wir von der ÖVP-
Fraktion begrüßen sehr, daß die
Planungsvergabe nunmehr
erfolgen kann. Ich finde es auch
sehr gut, daß hier - nachdem
kein Architekten-Wettbewerb
wegen der doch sehr ein-
geschränkten Planung mit dem
Wegfall des Schiffmeisterhauses
zustande kommen wird - Steyrer

und namhafte Architekten, wie
Ing. Reitter jun., dazu
herangezogen werden, zu-
mindestens Vorentwürfe zu
erstellen, damit - auch mit Arch.
Falkner, ein sehr renommierter
Arch. - eine bestmögliche Lösung
in diesem kleinen Rahmen erzielt
werden kann.

Ich möchte aber darauf
hinweisen, daß es nicht mehr
passieren sollte, daß sich die
Stadt ein Grundstück, wie das
der Runkl-Villa - an der
Dukartstr., das von den Steyr-
Werken damals an einen
Privaten verkauft wurde -
entgehen läßt!

Ich glaube, wir sollten alle noch,
speziell von den Steyr-Werken,
u. U. zur Verfügung stehenden
Grundstücke auflisten, einen
Katalog erstellen und nach
städtebaulichen und ev. er-
forderlichen Entwicklungs-
maßnahmen diese wenn möglich
ankaufen.

Ich glaube und habe auch den
Auftrag zur Untersuchung
gegeben, daß wir für das StEK
eine Flugaufnahme vom
gesamten Areal Steyr brauchen
werden, damit man eindeutig die
derzeitige Verbauung, die
Entwicklung und die einzelnen
Grünzüge feststellen kann.

Wir werden diesem Antrag
daher unsere Zustimmung geben
und ich glaube, wir müßten alles
unternehmen, damit die Real-
isierung dieses Bahnhofdecks so
bald wie möglich vorgenommen
werden wird.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Dkfm. Zagler ist nun am Wort. Bitte sehr.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte es auch ganz kurz machen, sehr geehrte Damen und Herren! Mir geht es bei dem Antrag auch darum, daß nicht nur Parkmöglichkeiten und Nahverkehrsdrehscheibe geschaffen werden durch die Bahnhofsüberbauung, sondern daß gleichzeitig das letzte fehlende Stück des innerstädt. Verkehrsringes geschlossen werden kann. Das ist meiner Meinung nach für den gesamten innerstädt. Verkehr von besonderer Bedeutung!

Mir geht es auch darum, daß gleichzeitig die Möglichkeit untersucht und umgesetzt werden kann, die Eisenstraße etwa vom Märzenkeller weg bis hinauf zur Brunnenstraße entsprechend rückzubauen und damit dieses Viertel verkehrsberuhigen zu können. Und schließlich, daß - das ist mein Wunsch an das Christkind - eine Planungsvariante gefunden werden können wird, daß jenes Grundstück, das StR Schloßgangl jetzt gemeint hat, - es scheint, daß es zu Spekulationszwecken angeschafft wurde - für diese Bahnhofsüberbauung nicht benötigt werden wird!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, GR Dr. Tilman Schwager hat die Österr. Bundesbahnen in Erwähnung gebracht; in Zusammenhang mit der Verlegung der Westbahn. Ich möchte hier noch eine zusätzl. Anmerkung machen. Daß es schon Brauch der ÖBB ist, Dinge zu vergessen, die sie irgendwann einmal versprochen haben. Das wissen wir auch im gesamten Konnex mit dem Parkdeck, das ja zunehmend kleiner und für die Stadt zunehmend teurer wurde. Ich glaube, daß es sehr gut wird, wenn die Bundesbahn offiziell und öffentlich daran erinnert wird, daß sie auch die Taktverbesserung der Regionalzüge bzw. die Einführung der Eilzüge als Dauermaßnahme in Aussicht gestellt hat. Durch den Mangel an Stellflächen bei der Bundesbahn, Haltestelle Steyr Bahnhof, ist es ja so, daß die Züge nicht immer die nötige Frequenz aufweisen. Und so scheint mir doch ein wenig in Gefahr zu kommen - so habe ich zumindest gehört -, daß der eine oder andere Zug in Diskussion gestellt wird. Es wäre sehr schlecht, eine Region dafür zu bestrafen, daß derjenige, der die Linie betreibt, nämlich die Bundesbahn, nicht die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt hat. Man weiß, daß bei

einer großflächigen Region mit 100.000 Einwohnern ein Erschließungsverkehr und Stellflächen für diesen unentbehrlich sind. Wenn diese Stellflächen nicht vorhanden sind, so sollte die Bundesbahn doch sehr daran gehindert werden, Fahrplanverschlechterungen für unsere Region in Zukunft deutlicher zu überlegen. Ein wenig hat es ja schon bei der Krippe am Bahnhof danach geklungen. Das sollte uns wirklich sehr intensiv zu Bemühungen Anreiz geben. Die Stadt hat wirklich alles getan, daß das Parkdeck - "endlich" muß man sagen; Bgm. Leithenmayr hat es auch richtig als "endlich" bezeichnet - entstehen kann. Die Stadt greift viel tiefer in die Tasche, als ursprünglich in Aussicht genommen. Daher soll auch die Bundesbahn nicht von sich aus für Verschlechterungen Sorge tragen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wenn niemand mehr das Wort wünscht, dann ersuche ich den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Ich freue mich über diese zustimmenden Äußerungen. Auch die Ergänzungswünsche und Vorstellungen sind sehr plausibel und ich teile sie durchwegs. Selbstverständlich

sollten wir uns bemühen, Grundstücke, die in der Zukunft von Bedeutung sein könnten, wenn sich die Gelegenheit ergibt, zu kaufen. Es gibt eben immer nur versch. Perioden, wo dies möglich ist und auch unsere finanziellen Möglichkeiten sind eine weitere Begrenzung unserer Wünsche, die wir auf dem Gebiet haben. Aber grundsätzlich bin ich dafür, daß wir die Gelegenheiten, die es jetzt gibt bei der Beschaffung von Grundstücken, sicher nicht vorbeigehen lassen sollten.

Es hat eine lange Periode gegeben, wo in Steyr kaum Grundstücke zu kaufen waren. In letzter Zeit ist der Grundstücksmarkt in Bewegung geraten und die Stadt ist gut beraten, hier darauf zu schauen, daß man Chancen, die sich für die Stadtentwicklung ergeben, wahrnimmt. Ich unterstütze das ausdrücklich!

Ich glaube auch, daß es gut ist und unterstütze es. Wir haben ja ein Gespräch geführt, daß wir nach vielen Jahren wieder so etwas in Auftrag geben, denn ich glaube, in den 60er Jahren ist zum letzten Mal eine Flugaufnahme, die das Stadtgebiet umfassend zeigt, gemacht worden. Ich bin der Meinung, daß es gerade im Zusammenhang mit Stadtentwicklung und StEK gut ist, daß diese Unterlagen auf den neuesten Stand gebracht werden. Ich gehe davon aus, daß auch der GR in seiner Gesamtheit

mitzieht und die Bemühungen des ressort-zuständigen StR Schloßgangl unterstützt.

Zum Parkdeck. Es ist das erste Parkdeck, das die öffentl. Hand errichtet. Wir müssen ja zugeben, daß bisher lediglich Kaufhäuser auf diesem Gebiet aktiv geworden sind und ich meine, daß wir hier einen beträchtlichen Nachholbedarf haben. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn wir kurzfristig den Intentionen des Verkehrsplaners folgen. Das sollten wir ja tun, wenn wir das Konzept zum Beschluß erheben. Es wäre dann auch wünschenswert, wenn hier private Betreiber gefunden werden könnten, die solche Parkhäuser errichten und betreiben würden. Das wäre ein Ansatz, der mich sehr interessiert im Zusammenhang mit den Überlegungen, die oftmals mit Privatisierung und solchen Tendenzen diskutiert werden.

Die Ausführungen des Hr. Koll. Dr. Schwager - Westbahn über Steyr - würde ich sehr gerne unterstützen. Wir haben uns ja alle in der Vergangenheit intensiv mit der Materie beschäftigt. Es ist eben eine nicht ganz einfache Materie und die Techniker bzw. Spezialisten können ziemlich plausibel erklären, daß eine Verkürzung der Fahrzeit von Wien nach Salzburg und die Inangriffnahme einer Hochgeschwindigkeits-Strecke, wo man über 200 km/h

fährt, eher schwierig mit zusätzl. Kurven und Radien usw. in Einklang zu bringen ist.

Aber es könnte durchaus in Zusammenhang mit der Errichtung von zusätzl. Geleisen eine denkbare Variante sein, im Zuge einer Untersuchung zumindest die Möglichkeiten zu sehen, daß man auch eine Tangente über Amstetten, Steyr, Stadlpaura usw. führen könnte. Es gibt solche Überlegungen und ich weiß aus intensiven Gesprächen mit dem Abgeordneten Gartlehner, der sehr bemüht ist, etwas in Gang zu bringen, daß es denkbar erscheinen würde, eine Machbarkeits-Studie über so ein Projekt zu machen. Sollte etwas Derartiges ins Gespräch kommen, glaube ich, sollten wir als Stadt Steyr nicht beiseite stehen, sondern solche Überlegungen natürlich unterstützen. Weil es aber auch im Zentralraum OÖ interessant ist, müßte auch hier vom Land her ein Interesse und eine Unterstützung angemeldet werden. Man könnte natürlich dann im Kreis herumfahren, weil auch die ohnehin überlastete Strecke im Raum Linz und Wels entlastet werden würde. Es gibt also eine Reihe Argumente, die dafür sprechen!

Wir wissen, daß solche Projekte allerdings nicht von heute auf morgen realisiert werden können, aber wir sollten in diesem "Konzert" auf der Positivseite mitspielen. Insofern

würde ich auch diese Überlegungen unterstützen. Wenn wir uns schon so bemühen und als Stadt mitwirken an Errichtungen, die immerhin auch dem Schienenverkehr und dem Regionalbus-Verkehr zugute kommen, dann möchten wir auf die Bahn jedenfalls in der Weise einwirken, daß nicht eine Verschlechterung der jetzigen Möglichkeiten eintritt. Es ist ja das Zusammenwirken der Beteiligten bis hin zum Verkehrsverbund wahrscheinlich die Chance, dem öffentl. Verkehr mehr Stellenwert einzuräumen. Damit möchte ich abschließen und noch einmal bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Bei meinem zweiten Punkt handelt es sich um einen Antrag gem. § 6 der Geschäftsordnung für den GR und seine Ausschüsse der GAL-Fraktion. Es geht um die Resolution zur Erlassung eines Gesetzes zur Förderung umweltschonender Verkehrsmittel. Schließt also nahtlos an den

ersten Antrag an, den wir zuerst behandelt haben. Der Brief lautet wie folgt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Probleme und Schäden autoorientierter Verkehrspolitik sind überall zu erfahren, insbesondere innerhalb bewohnter Gebiete: schwere Unfälle, giftige Abgase, allgegenwärtiger Lärm, zerstückelte und zerteilte Ortschaften und Landschaften, Energie- und Rohstoffverschwendung in gigantischem Ausmaß, Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern für neue Straßen, schlechte Verkehrsverhältnisse für die vielen Nicht-Autofahrer und vieles mehr.

Eine konsequente Umgestaltung der Verkehrsstruktur ist dringend geboten, wobei die relativ umwelt- und sozialverträglichen unmotorisierten bzw. öffentlichen Verkehrsmittel Vorrang erhalten müssen. Die bisherige Praxis in der finanziellen Bezuschussung des Verkehrswesens seitens des Landes, aber auch des Bundes beinhaltet eine eindeutige und offensichtliche finanzielle Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs. Die Förderung umweltschonender Verkehrsmittel findet kaum statt. Die Förderungspolitik des Landes im Bereich des Straßenbaus führt dazu, daß der ländliche Raum mit seinen erheblichen Verkehrsproblemen und ökologisch

besonders wertvollen Räumen prinzipiell vernachlässigt wird. Es gibt aber auch in den Ballungsräumen keinen prinzipiellen Vorrang umweltschonender Verkehrsmittel vor dem motorisierten Individualverkehr. Es ist notwendig, die Rahmenbedingungen für diese Verkehrsmittel drastisch zu verbessern und Vorrechte für den motorisierten Individualverkehr abzubauen. Um diese Rahmenbedingungen schaffen zu können, benötigen die Gemeinden jedoch Geld. Aus diesem Grund stellen wir an den GR folgenden Antrag:

Der GR wolle beschließen:
Die nachstehende Resolution wird an den Oberöstr. Landtag gerichtet:

Resolution

Der Oö. Landtag wird aufgefordert, ein Gesetz zur Förderung umweltschonender Verkehrsmittel (Fußgänger, Radfahrer, öffentlicher Verkehr) zu erlassen.

Wesentliche Inhalte dieses Gesetzes müssen sein:

- Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den Fußgänger-, Rad- und öffentlichen Verkehr vom Land OÖ finanziell unterstützt.
- Das Land OÖ stellt jährlich einen Betrag von 1 Milliarde S, wertgesichert, für den Ausbau

umweltschonender Verkehrsmittel zur Verfügung.

Weiters wird beantragt, diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten GR-Sitzung zu setzen.

Berichterstatterin ist Frau Gemeinderätin Eva Scheucher. Der Antrag ist von beiden Mandataren der GAL unterzeichnet.

Ich bitte, über diesen Antrag debattieren und abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Als erster hat sich Hr. GR Spanring zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Meine Damen und Herren des GR! Ich darf Ihnen im Namen der SPÖ-Fraktion einen Abänderungsantrag gem. § 9 der Geschäftsordnung vortragen, der sich darauf bezieht, die sicher zurecht geforderten Mittel nicht festzulegen, sondern projektbezogen offen zu gestalten. D. h., die Resolution soll unter Punkt 2) wie folgt abgeändert werden:

Abänderungsantrag

"Der GR wolle beschließen:

Resolution:

Der Oö. Landtag wird aufgefordert, ein Gesetz zur Förderung umweltschonender Verkehrsmittel (Fußgänger,

Radfahrer, öffentlicher Verkehr) zu erlassen.

Wesentliche Inhalte dieses Gesetzes müssen sein:

- Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den Fußgänger-, Rad- und öffentlichen Verkehr vom Land OÖ finanziell unterstützt.

- Das Land OÖ hat dafür Mittel bereitzustellen, die in einem - im Vergleich zu den beabsichtigten Investitionen - angemessenen Ausmaß für den Ausbau umweltschonender Verkehrsmittel zur Verfügung stehen müssen." (BEILAGE)

Ich ersuche, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir werden nun auch über den Abänderungsantrag debattieren und ich erteile nun Hr. DI Mundorff das Wort, denn er hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Es wundert mich schon immer wieder, daß gerade im Vorspann zu einem an und für sich sehr richtigen und begrüßenswerten Antrag unbedingt so ein "Rundumschlag" gegen die Wirtschaft und deren

Merkmale "Mobilität und Arbeitsteiligkeit" als Basis unseres Wohlstandes geführt werden müssen.

Ich möchte dazu schon noch etwas klarstellen und ein paar Bemerkungen machen. Unsere gewachsenen Verkehrsstrukturen wurden ja nicht, wie behauptet, bewußt zugunsten der Automobil-Industrie geführten Verkehrspolitik ausgelöst. Vielmehr ist die Politik nur der Verkehrsnachfrage der Menschen und der Wirtschaft nachgekommen. Das größte Wachstum gerade im Bereich des Individualverkehrs bezog sich in den letzten Jahren vor allem auf die Freizeitmobilität. Die Nachfrage richtet sich eben klarerweise immer nach dem Verkehrsmittel, das die größte Attraktivität in dem jeweiligen Bereich erbringt.

Zur finanziellen Situation. Finanziell wird der Individualverkehr nicht bezuschußt, sondern dient mit Milliarden-Beträgen - bewiesen durch diverse Untersuchungen, die sicherlich Grauzonen haben; das gebe ich zu - der Finanzierung des öffentl. Verkehrs sowie der Rad- und Fußwege. Woher sollten die auch sonst finanziert werden?! Dazu kommen noch die direkten und indirekten Einnahmen aus Steuerleistungen der Fahrzeug- und Zulieferindustrie, die zu einem bestimmten Teil zweckentfremdet - zum Stopfen von

Besteh-Löchern - verwendet werden. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, daß ungefähr ein Potential von 360.000 bis 380.000 Arbeitskräften in diesem Bereich in Österreich tätig ist.

Sie von der GAL haben offensichtlich nicht erkannt, daß es heutzutage gar nicht mehr notwendig ist, eine größere Birne einzuschrauben und Polemik zu betreiben. Überall - bei uns allen hier und auch in der Fahrzeugindustrie - gibt es beachtliche Fortschritte und ein ehrliches Bemühen um Problemlösungen bis hin zur Unterstützung des öffentl. Verkehrs und des Ausbaus desselben! Einige Beispiele aus unserem Haus BMW:

BMW hat den ÖBB das Logistik-Konzept für den Warentransport auf der Schiene gemacht. Warum? Die ÖBB selbst war viel zu schwerfällig, um das in so kurzer Zeit umzusetzen, daß BMW ihre Güter auf der Schiene transportieren hat können - nämlich die Motoren nach Deutschland. BMW - wie Sie aus der Presse wissen - arbeitet sehr erfolgreich mit der Stadt München zusammen an einem Verkehrs-System und hat sich auch bereit erklärt und damit begonnen, für Steyr eine übertragene Variante zu erstellen. BMW fördert den öffentl. Verkehr in München dadurch, daß für die Mitarbeiter Fahrscheine (Monats- und

Jahreskarten) mit 50 % bezuschußt werden und hat einen entsprechenden Vertrag mit den Verkehrsbetrieben in München.

Unbestritten ist, daß die Umweltverträglichkeit moderner Fahrzeuge - sowohl PKW, als auch LKW - im Laufe der letzten 10 Jahre vervielfacht wurde; wenn man die Reduktion von Schadstoffen betrachtet. Das Problem, das wir in diesem Zusammenhang haben, sind die Altfahrzeuge und die auf der Straße importierten Fahrzeuge.

Vor diesem Hintergrund wehre ich mich daher vehement, daß kleine, jedoch sehr lautstarke Gruppen, technikfeindliche Strömungen auf das Automobil konzentrieren, den Nutzen allgemeiner Mobilität in Frage stellen und, ohne Konsequenzen zu bedenken, das Automobil und die Industrie "verteufeln".

Andererseits - darauf wird mein Kollege Eichhübl noch eingehen - stehen ich und meine Fraktion voll hinter dem Grundsatzbeschluß des GR bezüglich der Förderung des öffentlichen Verkehrs, da dieser im Rahmen des Verkehrsproblems sicher den größten Nachholbedarf hat. Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-
LIK:

Danke. Nächster Redner ist Hr.
StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR, daß ich grundsätzlich keine großen Probleme habe, diesem vorliegenden Antrag der GAL-Fraktion auf eine Beschlußfassung "Resolution zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel" die Zustimmung zu geben. Allerdings - das betone ich im besonderen - möchte ich schon Wert darauf legen, daß es unabdingbar notwendig ist, die finanzielle Last jener Städte (damit meine ich vor allen Dingen auch Steyr), die öffentl. Verkehrsmittel betreiben, von der Schulter zu nehmen - und zwar durch entsprechende Förderungsmaßnahmen des Bundes, aber auch des Landes für den öffentl. Personen-Nahverkehr.

Das wäre die eine Seite der Problematik. Die andere hat ja zum Teil bereits mein Fraktions-Kollege Dipl.-Ing. Mundorff aufgeworfen. Was mir nicht ganz gefällt, ist, daß im besonderen eine Kluft aufgebracht werden soll zwischen den Autofahrern und den Nicht-Autofahrern. Ich würde Sie daher bitten, Fr. Kollegin Scheucher, daß Sie das in Ihrem Antrag ändern. Und zwar geht es um den ersten Absatz - Sie wissen, wovon ich ausgehe. Da heißt es zum Schluß: "Die vielen Nicht-Autofahrer und vieles mehr."

Das wäre der eine Punkt. Der andere, den wir abgeändert

haben möchten, ist der, daß Sie in diesem Antragstext verlangen: "Das Land OÖ stellt jährlich einen Betrag von S 1 Milliarde, wertgesichert, für den Ausbau umweltschonender Verkehrsmittel zur Verfügung."

Hier könnten wir uns vorstellen, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben - unter der Voraussetzung, daß das abgeändert wird und heißen müßte: "Mit Priorität der Förderung des öffentl. Personen-Nahverkehrs." Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Frau Gemeinderätin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe natürlich von Hr. GR Mundorff keine andere Stellungnahme zu diesem Antrag erwartet. Denn es ist schlecht, mit Steinen zu werfen, wenn man im Glashaus sitzt, und ich verstehe auch seine Position! Ich möchte jedoch einem widersprechen: Daß der Individualverkehr, daß der Autoverkehr nicht durchaus von der Öffentlichkeit gefördert wird! Mit welchem Geld werden denn bitte die Straßen gebaut?

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Mit den Steuergeldern der Autofahrer!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Ich glaube auch nicht, daß der Anteil des Benzinpreises die wahren Kosten abdeckt. Aber ich möchte mich auf diese Wortmeldung sonst gar nicht einlassen. Ich verstehe natürlich den BMW-Standpunkt. Das war ja eine sehr schöne Werbe-Rede für BMW!

Herr StR Eichhübl, ich kann beim ersten Teil, den Sie gerne abgeändert hätten, nicht ganz verstehen wieso! Es wurde von uns nur klargestellt, daß eben durch den motorisierten Individualverkehr schlechte Straßenverhältnisse, schlechte Verkehrsverhältnisse für die vielen Nicht-Autofahrer (für die Radfahrer und auch für die Anrainer an stark befahrenen Straßen) vorhanden sind. Ich glaube, das ist eine Tatsache. Das ist keine Diskriminierung des Automobils, wie es uns unterstellt wurde, denn auch die öffentl. Verkehrsmittel sind ja vor allem im städt. Raum Autos - wenn auch etwas größere! Es brauchen eben nicht 20 oder 30 Autos fahren, sondern es genügt ein etwas größeres. Damit wird schon die Umwelt-Belastung kleiner, die Belastung der Anrainer kleiner u. v. m.!

Ich möchte nur ganz kurz erklären, wie wir auf den Betrag einer Milliarde gekommen sind und warum wir uns diese Resolution überhaupt vorgestellt

haben. Wir glauben nämlich, - so wie es auch der Hr. Bgm. schon einmal gesagt hat - daß der Verkehr einer Stadt, einer Gemeinde und die Verkehrsprobleme, die auftreten, nicht an den Stadtgrenzen zu Ende sind. Sondern wenn man das Problem, das ja heute allgegenwärtig ist, wirklich in den Griff bekommen will, dann muß man überregional denken, überregional planen, dann müssen die Gemeinden Gemeindeverbände eingehen, dann muß das Verkehrskonzept über eine Region, über das ganze Bundesland (noch schöner wäre es, über ganz Österreich oder sogar hinausgreifend) einheitlich sein!

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Über die ganze Welt!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Deshalb ist es uns so wichtig, daß wir gesetzlich verankern können, daß das Land OÖ den öffentl. Verkehr, den umweltverträglichen Verkehr unterstützen wird. Mit einem bestimmten, rel. großen Betrag. Immerhin ist die vorgeschlagene Milliarde ein Fünftel dessen, was das Land OÖ im Vorjahr für den Straßenbau ausgegeben hat. Es wäre nur recht und billig, einen Teil davon auch dem öffentl. Verkehr zukommen zu lassen. Zusätzlich gibt es im Augenblick Finanzausgleichs-Verhandlungen

im Bund, die den Ländern - wenn es so ausverhandelt wird, wie es jetzt aussieht - einen bestimmten Betrag auf die Mineralölsteuer zugestehen, den sie zweckgebunden für den Ausbau des öffentl. Verkehrs verwenden dürfen! Wenn das Land OÖ hier nur 50 Groschen aufschlagen würde, wäre ein großer Teil der von uns vorgeschlagenen Milliarde bereits ohne zusätzl. Aufwendungen des Landes erfüllt! Deshalb würde ich Sie um Ihre Zustimmung zu dem Antrag bitten. Ich möchte aber auch signalisieren, wichtiger ist uns die gesetzl. Verankerung. Sollten wir für unseren Antrag (in vollem Umfang) keine Zustimmung erhalten, werden wir uns dem Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion anschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nächster ist Hr. StR Holub. Für die Raucher möchte ich ankündigen, daß wir nach der Abstimmung dieses Antrages eine Rauchpause einlegen, denn es sind nämlich bereits eineinhalb Stunden vergangen!

STADTRAT KARL HOLUB:

Nachdem mir die Kollegin Bauer verboten hat, das zu sagen, was ich im Vorbeigehen erwähnt habe, sage ich es jetzt öffentlich. Wir geraten schon in das Risiko, daß wir mehr Pausen- als Sitzungszeit zustande bringen,

wenn wir das so zügig weiter machen!

Zum gegenständlichen Antrag. Es liegt ein Antrag der GAL vor, ein Antrag der Sozialistischen Fraktion, diesen Antrag abzuändern. Ich werde vorschlagen, den Abänderungsantrag der Sozialistischen Fraktion abzuändern. Und zwar mit folgender Begründung: Auf der Seite zwei in Ihrem Text, meine Damen und Herren,

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

In welcher Funktion sprichst Du jetzt? Als

STADTRAT KARL HOLUB:

Sie sollten eigentlich alle wissen, welche geistvolle Bemerkung Koll. Zagler gerade von sich gegeben hat. Es sollte wirklich auch eine ordentliche Antwort auf eine Frage gegeben werden.

Koll. Zagler fragt mich, in welcher Funktion ich hier rede. Ich glaube, ich muß ihm eine Nachhilfe-Stunde über das Statut und die Geschäftsordnung geben, daß auch ein StR, der kein Mandat innehat, zu einem Gegenstand sprechen kann, der in Verhandlung steht und auch Anträge stellen kann! Punkt. Ende.

Ich sehe also auch keine Notwendigkeit, Dich um Erlaubnis zu fragen, wenn ich mich zu Wort melde!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:
Bitte bleibt weihnachtlich friedlich!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Es ist ja schon wieder beendet. Es war sehr friedlich!

Sie schreiben auf Seite zwei in ihrem Antrag: "Das Land OÖ hat dafür Mittel bereitzustellen."

Es ist jetzt wirklich nicht in der Kompetenz der Gemeinde, dem Land Vorschriften zu machen, was es bereitzustellen hat. Ich würde Ihnen sehr dringend empfehlen, das "hat" durch "wolle" oder "möge" zu ersetzen. Dann ist es eine Resolution, die ihren Sinn macht und die auch ihren Stil beibehält! Ich würde also wirklich bitten, dies zu tun.

Möglicherweise sagt man mir jetzt wieder, ich würde nur "Wörter klauben", aber in Wirklichkeit geht es hier um sehr Grundsätzliches.

Zum Inhalt der Abänderung selbst. Ich unterstreiche es, daß weggelassen werden soll, daß das Land einen bezifferten Betrag zur Verfügung zu stellen hat. Mit der gleichen Begründung, wie ich das Wort "hat" in Ihrem Abänderungsantrag kritisiere. Es ist auch völlig unmöglich, zu erwarten, daß jetzt einmal grundsätzlich ein Fünftel eines bezifferten Budgets zur Verfügung gestellt werden soll für Maßnahmen, die nicht näher

beschrieben werden. Die Einhaltung einer Förderung des öffentl. Personen-Nahverkehrs ist unbestrittener Wunsch aller Fraktionen hier in diesem GR, nehme ich an. Auch wenn die Werbeeinschaltung der BMW-Werke und die unterlassene Werbeeinschaltung des VW-Werkes das auch zum Inhalt gehabt haben, so ist das jedenfalls auch die Meinung der Österr. Volkspartei.

Die Verkehrsprobleme einer Gemeinde - meinen Sie - enden nicht an den Stadtgrenzen, Fr. Kollegin Scheucher. Natürlich ist das so, daß sie nicht an den Stadtgrenzen enden! Daher gibt es ja auch die Raumordnungs-Bestimmungen und gerade daher ist auch die Koordinierung der Raumordnungs-Maßnahmen zwischen den Gemeinden vom Land her vorgegeben.

Was den Zuschlag zur Mineralölsteuer für den öffentl. Personen-Nahverkehr betrifft, so ist das ohnehin Gegenstand des erst zu erlassenden Gesetzes. Die Zweckwidmung wird in diesem Gesetz, soviel ich weiß, drinnen stehen. Also rennen wir hier offene Türen ein und brauchen nicht Resolutionen zu diesem Titel verfassen!

Ich glaube, daß es noch ein zweites Problemgebiet gibt, wenn man über die Schädlichkeit des Individualverkehrs spricht. Und zwar sind das die Fahrzeuge, die in techn. schlechter Verfassung sind und die

vielleicht nicht mit modernen Abgasreinigungs-Anlagen ausgestattet sind. Hier möchte ich schon sagen, wenn Koll. Mundorff angegriffen wird, weil er in einem Motorenwerk arbeitet und aufmerksam gemacht wird, daß er im Umgang mit Steinen sorgfältig sein sollte, so sollten das eigentlich auch alle tun, die mit Fahrzeugen ohne Katalysatoren herumfahren. Das, denke ich, wäre eine Frage ans eigene Gewissen, ob man das auch noch tun darf!

Ich würde Sie wirklich bitten, meinen Vorschlag auf Abänderung des GAL-Antrages, in Hinsicht auf den Pkt. 2), so zu korrigieren, daß anstelle des Wortes "hat" das Wort "möge" steht!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun hat sich noch einmal der Antragsteller des Abänderungsantrages, Ing. Spanring, zu Wort gemeldet. Dann ist Hr. Dr. Tilman Schwager an der Reihe.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Natürlich können wir von der Sozialdemokratischen Fraktion uns diesem Wunsch anschließen. Das Land OÖ möge dafür Mittel bereitstellen, die in einem - im Vergleich zu den beabsichtigten Investitionen - angemessenen Ausmaß für den Ausbau umweltschonender Verkehrs-

mittel (als weitere Zuführung) im besonderen für die Förderung des öffentl. Personen-Nahverkehrs zur Verfügung stehen müssen.

Ich würde ersuchen, diesen zweiten Punkt dann so zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Der Antrag wird in diesem Sinn korrigiert und ich erteile Hr. Dr. Tilman Schwager das Wort. Bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Zu den Worten von Fr. Kollegin Scheucher über Zweckwidmung von Steuern, die bei den Finanzausgleichsverhandlungen ausgeheckt werden sollen, möchte ich lieber nichts sagen! Denn ich kann mich noch erinnern, daß irgendwann Mitte oder Ende der 50er Jahre ein Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer sehr zweckgewidmet eingeführt wurde und was mit dieser Zweckwidmung geschehen ist, das wissen wir alle.

Wir, d. h. meine Fraktion, sind für den Antrag in der abgeänderten Form. Freund Spanring, ich bin nicht einmal glücklich darüber, daß Sie jetzt die Änderung von "hat" auf "möge" gemacht haben, denn sehen wir uns einmal an, was wir beschließen wollten:

"Wesentliche Inhalte dieses Gesetzes müssen sein" - da kann ruhig "hat" drinnen stehen, denn es ist ja nicht unsere Resolution, sondern es ist das, was wir im Gesetz drinnen haben wollen. Es könnte also meines Erachtens "hat" drinnen stehen! Aber - damit wir hier nicht lange hin und her diskutieren - es soll bei "möge" bleiben; wir wissen alle, was wir wollen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Keine weiteren Wortmeldungen - ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Ich freue mich, daß sich offensichtlich eine einvernehmliche Beschlußfassung in dieser schon sehr wichtigen Frage ergibt. Natürlich ist es notwendig, daß das Land unsere Bemühungen, dem öffentlichen Verkehr Vorrang einzuräumen, unterstützt und an enormen Investitionen mitfinanziert. Das ist für uns von entscheidender Bedeutung!

Ich möchte doch auch sagen, daß wir eigentlich im Antrag 1) bereits - ich habe es schon gesagt - einen beträchtlichen Vorgriff auf das, was wir wollen, erreichen konnten. Der Landeshauptmann hat nämlich in seiner Begründung, warum hier eine maßgebliche Erhöhung der

Finanzierungszusage auf das Doppelte erfolgt, auf diese neue Quelle, die auch beim Land aus dem Titel eines Einnahmewachses aus der Erhöhung der Mineralölsteuer kommt, zugesagt. Das ist auch für mich ein Grund, wenn man gerade 20 Mill. bekommt, daß man zumindest die Form beachtet, wie man um weitere Mittel ansucht - darum soll es ja gehen, auch zur Finanzierung des laufenden Abganges möchten wir etwas bekommen. Wie wir gesehen haben, ist es ja nicht so, daß der Verlust wettzumachen ist, auch wenn man sich das aufbaut und die Frequenzen im öffentl. Verkehr erheblich verbessert. In Linz hat es sich ja gerade gezeigt, daß der Verlust auch mitsteigt, trotz erhöhter Frequenzen - wir sollten das sehen! Wir brauchen langfristige Finanzierungsinstrumente für den öffentl. Verkehr.

Wir können das nur miteinander machen und daher ist mir diese höfliche Form - das "möge" - auch sympathischer. Ich glaube, daß wir denselben Zweck damit erreichen können.

Auf eines möchte ich noch hinweisen - das habe ich in meinen Mitteilungen vergessen, aber Hr. DI Mundorff hat ja auf die BMW-Aktivitäten hingewiesen in Zusammenhang mit Verkehrskonzeptionen. Herr Generaldirektor Sämann und Herr Vorstandsdirektor Letz haben ganz konkret ein Angebot

an die Stadt gemacht, auch hier ihre Erfahrungen und ihr Know-How einzubringen in unsere Verkehrskonzeption. Sie würden also gratis und franko mitarbeiten, ihr Wissen, das sie im Zusammenhang mit der Erstellung von Verkehrskonzeptionen in Deutschland erworben haben, bei uns miteinzubringen.

Ich habe gesagt, daß ich darüber erfreut bin und daß ich die Herren einladen werde im Verkehrsausschuß. Bis jetzt hatte ich noch keine Gelegenheit, mit unserem Verkehrsreferenten darüber zu reden, vielleicht bei der nächsten Sitzung im Jänner schon einen Vertreter von BMW einzuladen, der über dieses Thema referieren könnte. Wir sollten uns durchaus diese Möglichkeiten zunutze machen bei der Durchführung, Erarbeitung und Umsetzung des Verkehrskonzeptes. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit nachholen und ich ersuche auch, daß man hier einvernehmlich vorgehen möge. Noch einmal meine Bitte, dieser Resolution in der abgeänderten Form die Zustimmung zu geben.

VIZEBURGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort, wir kommen nun zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den Abänderungsantrag ab. Wenn Sie dem abgeänderten Abänderungsantrag zustimmen, dann

bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Einstimmig. Damit ist die Abstimmung über den Hauptantrag hinfällig! Wir unterbrechen die Sitzung für 10 Minuten Rauchpause und ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

PAUSE VON 10.23 BIS 10.35 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Nächster Berichterstatter ist VbGm. Erich Sablik. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich habe Ihnen drei Anträge vorzulegen. Der erste betrifft die Entgasungsanlage der Mülldeponie. Der Antrag des StS an Sie lautet:

3) ÖAG-4766/88

Müllabfuhr

Mülldeponie - Entgasungsanlage; Deponiegassicherung; Errichtung v. Gasbrunnen im Schüttabschnitt II; Antrag auf Vergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III-Mülldeponie vom 26. 11. 1992 wird im Zusammenhang mit der Deponiegassicherung auf der städt. Mülldeponie der Vergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur

Errichtung der Gasbrunnen für den zweiten Schüttabschnitt an die Fa. ALPINE Bau GesmbH, Zweigniederlassung Linz, zu Kosten von S 922.360,98 exkl. MWSt. zugestimmt.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständige Organ vorbehalten.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht zum Ausdruck gebracht. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Beim nächsten Akt bitte ich, von der Verlesung Abstand halten zu dürfen, nachdem in den Fraktionen, im Umweltausschuß und dgl. eingehend darüber gesprochen wurde, ob die Stadt Steyr der Mitbenützung der städt. Mülldeponie durch den BAV Steyr-Land die Zustimmung erteilt. Der Antrag des StS lautet:

4) ÖAG-4183/89

Mitbenützung der Städt.
Mülldeponie Hausleiten

durch d. BAV Steyr-Land.

Der Gemeinderat solle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes wird im Zusammenhang mit der Mitbenützung der Mülldeponie der Stadt Steyr durch die Gemeinden des Bezirksabfallverbandes Steyr-Land dem Abschluß von Vereinbarungen, entsprechend den als Beilagen 1 und 2 angeschlossenen Mustervereinbarungen, zwischen der Stadt Steyr und dem Bezirksabfallverband Steyr-Land einerseits sowie zwischen der Stadt Steyr und dem Land OÖ andererseits zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Herr GR Spöck wünscht dazu das Wort - ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Die heute zu beschließende Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Land OÖ sieht u. a. in Pkt. 3) vor, daß gewisse Förderungszusagen aus dem Jahre 1990 weiterhin aufrecht bleiben. Darunter auch der Punkt 3.12., der lautet: Das Land erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft dazu beizutragen, daß eine Gesamtlösung für den

Ennserknoten zur Entflechtung der Verkehrsströme und im Sinne einer Verbesserung für die Bewohner des Tabors zustande kommt. Dazu erforderliche Planungs- und Erhebungsmaßnahmen sollen rasch durchgeführt werden.

Mit schriftlicher Eingabe vom 2. März 1992 habe ich eine Anfrage an den Bgm. gerichtet, wann der voraussichtliche Termin für den Beginn der Umbauarbeiten des Kreisverkehrs (Variante 2), des Taborknotens sein wird. Ich habe in dieser Anfrage nochmals auf den Lärm und auf die Abgase von fast 30.000 täglich den Taborknoten passierenden Kfz hingewiesen. Auch auf die immer unerträglicher werdende Situation, auf den Verkehrsinfarkt, der zum Horror für uns Taborbewohner geworden ist.

In der Anfrage-Beantwortung teilte dann Bgm. Leithenmayr in der GR-Sitzung vom 19. 3. mit, daß bereits im Sommer des Vorjahres, über Betreiben des Stadtbauamtes nach einer erfolgten Stadtteilversammlung, der Variante 2 (also halbabgesenkter Kreisverkehr) der Vorzug gegeben wurde. Mehr Rücksprachen mit den Verkehrsplanern und letztlich auch mit Hofrat Dr. Pohlhammer von der Bundesstraßenverwaltung haben ergeben, daß zur Detailplanung noch eine grundsätzliche Aussage über das Sekundärsystem erforderlich ist.

"Aufgrund des derzeitigen Standes", meinte damals Bgm. Leithenmayr, "könne nunmehr nach Rücksprache mit Dr. Stickler die Frage der Bundesstraßenverwaltung beantwortet werden, eine Detailplanung sodann fertiggestellt werden, sodaß im Sommer 1992 ein Gespräch mit der Bürgerinitiative möglich ist!" Nach Fertigstellung des Projektes im Herbst '92 und der Bekanntgabe der erforderlichen Mittel wären dann die notwendigen Grundeinlösen 1993 möglich; ebenso der Baubeginn 1993!

Wir haben jetzt Dezember 1992; wir haben - noch einmal - den heute zu beschließenden erwähnten Punkt 3.12., wo das Land seine Bereitschaft erklärt. Ich frage Dich, Hr. Bürgermeister, wann handelt hier endlich die Stadt, damit dann tatsächlich auch 1993 - wie versprochen - mit dem Umbau des Taborknotens begonnen werden kann? Ebenso müßte ich die Frage an den Verkehrsplaner stellen, wann endlich die Unterlagen zum Land kommen?!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Frau Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich finden wir diesen

Vertrag mit den Umlandgemeinden sehr vernünftig. Es ist uns nur wichtig und es wäre uns wichtig gewesen, daß die Stadt Steyr in ihren Verhandlungen auch ein bißchen ihr Gewicht eingebracht hätte, daß die zukünftig zu errichtende Deponie für den Bezirk Steyr-Land nicht allzu weit von Steyr entfernt ist bzw. daß es sich vielleicht nicht um eine Großdeponie handelt, sondern daß es günstiger wäre, mehrere, kleinere, dezentrale Deponien zu errichten.

Etwas, das uns an diesem Vertrag nicht gefällt, ist der zweite Teil. Und zwar die Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und dem Land OÖ. Wir glauben schon, daß Steyr hier sehr geschickt verhandelt hat und vom Land OÖ auch einiges herausgeholt hat, aber für uns wäre es wichtig gewesen, daß diese - sagen wir einmal - "Gegengeschäfte" des Landes sich zumindestens im Bereich Umweltschutz abgespielt hätten! Nicht daß damit ein von uns abgelehntes Eislaufplatzdach finanziert wird, sondern daß darauf gedrungen wird, was Hr. GR Spöck gesagt hat. Daß nämlich endlich dieser Kreisverkehr auf dem Taborknoten in Angriff genommen wird. Man hätte vielleicht das Umweltmessen ausbauen können, für welches ohnehin kein Geld vorhanden ist. Das wären Gegengeschäfte gewesen, die uns gut gefallen hätten. Daß man Geschäfte macht,

die mit dem Umwelt-Bereich überhaupt nichts zu tun haben, das finden wir nicht besonders gut! Das wollte ich an dieser Stelle gesagt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Liegt eine weitere Wortmeldung vor? Wenn dies nicht der Fall ist, möchte ich mir einige Bemerkungen erlauben, bevor der Referent das Schlußwort hält. Es ist natürlich so, daß man sich bei jeder Vereinbarung und bei jedem Vertrag einen Punkt herauspicken kann, Frau Kollegin Scheucher! Das kann man natürlich tun - und auch Koll. Spöck war sich nicht zu gut, das auch zu tun. Ich möchte bemerken, daß die Geschichte mit dem Taborknoten eine einigermaßen lange und zum Teil unerfreuliche Entwicklung annimmt und daß sich nichts an der Haltung der Stadt geändert hat, daß die Bereinigung dieser Verkehrsmisere beim Taborknoten Priorität haben muß. Wir haben das auch bei jeder Gelegenheit ins Gespräch gebracht und Dein Fraktionskollege, Hr. StR Schloßgangl, der dafür zuständig ist, wird Dir gerne einiges dazu im Detail erzählen können - nachdem Ihr ja so schön beieinander sitzt!

Ich möchte nur bemerken, daß wir hier eine Vereinbarung getroffen haben, die meiner Meinung nach als vorbildlich bezeichnet werden kann. Weil

wir nämlich in der Problemlösung dieser uns belastenden Müllsorge oder -beseitigung gewaltig weitergekommen sind.

Wir haben als einer der wenigen Bezirke in OÖ eine sehr konstruktive und einvernehmliche Vorgangsweise gefunden. Wir sind solidarisch mit dem Bezirk Steyr-Land - aber es ist in unserem Interesse, daß in Garsten, in Sierning und rundherum am Oberlauf unserer Flüsse eine ordentl. Entsorgung stattfindet. Wir wissen, daß diese Gemeinden keine genehmigte Mülldeponie haben und wir aber interessiert sind, weil sonst mit dem Grundwasser und mit den Flüssen diese Verschmutzungsfracht auf uns zukommt. Wir waren hier im eigenen Interesse aufgerufen, nach Lösungen zu suchen!

Aber es ist nicht nur Solidarität, sondern auch Vernunft und Weitblick in dieser Vereinbarung drinnen. Wir haben unter Zuhilfenahme der Patronanz des zuständigen Umweltschutzreferenten des Landes, Dr. Pühringer, der meiner Meinung nach sehr gut moderiert hat, eine Lösung gefunden, daß wir nämlich den "Mist", den wir jetzt hereinbekommen, nicht bei uns liegen lassen, sondern wir können dieselbe Menge in eine zu errichtende Mülldeponie v. Steyr-Land hinausbringen! Ich glaube, das ist eine ganz sinnvolle Vereinbarung. Es ist aber nicht so leicht, Frau Kollegin

Scheucher - da muß ich Sie wirklich herunterholen von den Illusionen, die sie zu haben scheinen. Das ist ein monumentales Mißverständnis, wenn Sie glauben, wir haben uns lediglich mit dem Dach über dem Eis und solchen Dingen beschäftigt! Das ist nur ein Nebengeräusch, sozusagen!

Ich möchte bemerken, daß es in Wirklichkeit hier ungeheuer schwierig ist, überhaupt einen Standort zu finden - Sie brauchen nur die Zeitungen lesen. Wir konnten im Einvernehmen mit dem Abfallverband Steyr-Land, mit dem Bezirkshauptmann, mit der Bgm.-Konferenz und mit LR Pühringer erreichen, daß das konkret gesucht wird und daß im Jahr '96 auch konkrete Ansätze über die Behördenverfahren vorhanden sein müssen. Daß wir sozusagen den "Trumpf" noch in der Hand haben, wenn das nicht geschieht. Als Vorleistung haben wir jetzt schon die Möglichkeit, den Grünschnitt aufs Land hinauszubringen. Außerdem wird eine Kompostieranlage zu errichten sein - und zwar kurzfristig schon im kommenden Jahr.

Ich glaube, es handelt sich um eine sehr umfassende und komplexe Regelung, wo wir besser - viel besser - als andere Bezirke dem Müllproblem zu Leibe rücken - ich freue mich darüber! Wenn wir noch dazu nehmen, daß wir uns auch der vollen Unterstützung der LR

sicher sein können bei der Erweiterung unserer eigenen Mülldeponie, die ja auch letzten Endes dazu beiträgt, das Problem in Angriff zu nehmen, dann können wir sagen, daß wir auch die nächsten rund 30 Jahre, bei gleichbleibendem Müllaufkommen, das Problem in den Griff bekommen - mit dieser Regelung! Das scheint mir ein Meilenstein zu sein! In puncto Problemlösung auf diesem Sektor, wo andere nicht so weit sind. Ich würde schon bitten, das zu beherzigen. Hier können wir, so glaube ich, schon gemeinsam darauf stolz sein, daß uns das in diesem Jahr gelungen ist! Es ist für mich eine der wichtigsten und positivsten Entscheidungen, die der GR neben dem Budget heuer treffen wird. Es tut mir leid, wenn ich jetzt ein wenig vorgegriffen habe, aber, Hr. Referent, Du wirst wahrscheinlich noch Spezialanmerkungen machen können im Schlußwort. Es sei Dir erteilt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nachdem sich der Hr. Bürgermeister an mein Konzept gehalten hat, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

..., habe ich nichts mehr hinzuzufügen! Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke für dieses Schlußwort; es freut mich, denn das ist ein Vorbild für alle Fraktionen, Einigkeit zu demonstrieren!

Zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (GAL). Das tut mir im Herzen weh, wenn die Grünen gegen diesen Antrag stimmen!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Nicht dagegen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Dieser Vertrag wurde also gegen zwei Stimmenthaltungen beschlossen. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Der letzte Antrag betrifft die Freigabe des Mitgliedsbeitrages der Stadt Steyr zum Reinhaltverband Steyr und Umgebung.

5) Wa-7777/92

Reinholdungsverband
Steyr und Umgebung;
Rechnungsabschluß '91;
Mitgliedsbeitrag der
Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Rechnungsab- schlusses des Reinhaltungsver- bandes Steyr und Umgebung für das Jahr 1991 wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in Höhe von S 24,248.291,48 (Investi- tionskostenanteil S 13,544.426,31, Betriebskosten- anteil S 10,703.865,17) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in Höhe von S 17,482.291,48 (S 24,248.291,48 abzüglich Akon- tozahlung von S 6,766.000,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt).

Zu diesem Zweck wird bei VA-St. 1/8110/774000.1 ein Betrag in der Höhe von S 14,378.300,-- freigegeben, und eine Kre- ditüberschreitung in Höhe von S 1,243.500,-- genehmigt. Außer- dem wird bei der VA-St. 5/8110/774000.2 ein Betrag von S 1,860.500,-- freigegeben.

Die Kreditüberschreitung wurde im Nachtragsvoranschlag 1992 aufgenommen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI- THENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht?

Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthal- tungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Vbgm. Sablik. Nächster Berichterstatter wäre Vbgm. Dr. Pfeil - er ist ent- schuldigt. An seiner Stelle wird Koll. StR Eichhübl die Anträge des Vbgm. Dr. Pfeil vortragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL ANSTELLE VON VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! Ich habe in Vertretung von Vbgm. Leopold Pfeil mehrere Anträge vorzutragen. Ich darf gleich mit dem ersten beginnen - und zwar geht es um die Eintrittspreise und Mieten für das Alte Theater, nämlich um eine neue Festlegung. Ich darf Sie ersuchen, daß ich mich nur mit der Antragstellung befasse. Der Antrag lautet:

6) K-7200/92

Eintrittspreise und Mieten für d. "Alte Theater"; Neu- festlegung.

Der Gemeinderat wolle beschlie- ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 13. November 1992 wird der Neufestsetzung der Eintrittspreise und Mieten für

das Alte Theater im nachstehenden Umfang zugestimmt.

a) Eintrittspreise für Theater-
vorstellungen und Kammer-
konzerte: (neue Tarife):

Logenplätze: S 170,--;
Parkettsitze: S 140,--;
Balkonsitze: S 110,--; Notsitze: S 80,--; Stehplätze: S 40,--.

b) Eintrittspreise für Solisten-
konzerte und Dichterlesungen:
(neue Tarife):

Logenplätze: S 120,--; Parkett-
sitze: S 100,--; Balkonsitze: S 80,-
-; Notsitze: S 50,--; Stehplätze: S 35,--.

Gleichzeitig wurden nachste-
hende Dienstsitze bestimmt:

Parkett: Reihe 1 - Sitz Nr. 1
(Arzt); Reihe 2 - Sitz Nr. 1
(Feuerwehr); Reihe 3 - Sitz Nr. 1
(Polizei/Konzeptsbeamter); Reihe
4 - Sitz Nr. 1 + 2 (Vorstand der
MA IX); Reihe 10 - Sitz Nr. 1
(Leiter der Verwaltung).

Balkon: Seitenbalkon links - Sitz
1 (Polizei/Sicherheitswache);
Seitenbalkon rechts - Sitz 1
(Feuerwehr/Sicherheitswache).

Die Gebühr der Vermietung des
"Alten Theaters" an Frem-
dveranstalter wird pro Ver-
anstaltung mit S 3.000,--
festgelegt.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie
bitten, die Diskussion bzw. die
Abstimmung über diesen Antrag
durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem
Antrag das Wort gewünscht?
Nicht der Fall, also kommen wir
zur Abstimmung. Wer für den
Antrag ist, den ersuche ich um
ein Zeichen mit der Hand. Danke.
Gegenprobe? Stimmenthaltun-
gen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Der nächste Antrag - hier
darf ich Sie ebenfalls bitten, daß
ich mich nur mit dem
Antragstext an den GR befrage -
betrifft das Stadtpfarramt Steyr.
Es geht um den Ankauf des
Morzerbildes - Zuschuß zum
Ankauf und zur Restaurierung.
Der Antrag lautet:

7) Ha-6726/92

Stadtpfarrkirche Steyr,
Morzerbild; Zuschuß zum
Ankauf und zur Restau-
rierung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
MA IX vom 16. Nov. 1992 wird
dem röm.-kath. Pfarramt Steyr,
Brucknerplatz 4, für den Ankauf
und die notwendige
Restaurierung des Barockbildes
von Johann Georg Morzer "Die
sieben Zufluchten" eine
einmalige, nicht rückzahlbare,
außerordentliche Subvention in
Höhe von S 55.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von
S 55.000,--

(fünfundfünfzigtausend)

in Form einer Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/3000/728000.6 auf die VA-Stelle 1/3900/757000.1 freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 1/3000/728000.6 zu erfolgen.

Ich darf Sie ebenfalls bitten, Hr. Bürgermeister, die Diskussion bzw. Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Wird zu diesem Antrag eine Diskussion gewünscht? Bitte, Hr. Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Was mich an diesem Antrag ein wenig stört, ist folgendes. Die Stadtgemeinde Steyr war bekanntlich eingeladen, dieses Bild überhaupt selbst zu erwerben. Jetzt werden wir auf Umwegen gebeten, in einer Höhe mitzufinanzieren, die etwa den halben Kaufpreis ausgemacht hätte. Das stört mich! Daher werde ich mich hier der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Nächster am Wort ist Hr. Mag. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertes Präsidium! Ich darf mich von meiner Warte aus meinem Vorredner anschließen. Mit der Begründung, daß am 7. 5. 1992 im Kulturausschuß ein Ankauf dieses Morzer-Gemäldes abgelehnt wurde und, wie gesagt, es mir jetzt auch so erscheint, daß auf Umwegen dieses Morzer-Gemälde zumindest zu 50 % finanziert wird. Auch ich werde mich hiebei der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Keine weiteren Wortmeldungen liegen vor. Wird vom Berichterstatter ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? 7 Enthaltungen (3 SP, 4 FP). Der Antrag wurde gegen 7 Stimmenthaltungen angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der dritte und zugleich letzte Antrag befaßt sich mit dem Kultur- und Theaterverein AKKU - eine Subvention soll gegeben werden. Der Antrag lautet:

8) Ha-7216/92

Kultur- und Theaterverein

"AKKU"; außerordentliche
Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 13. Nov. 1992 wird dem Kultur- und Theaterverein "AKKU", Steyr, Färbergasse 5, zum Zweck der Auswechslung der schadhafte Sitzgelegenheiten im Klublokal eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 70.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 70.000,--

(siebzigtausend)

in Form einer Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/3000/728000.6 auf die VA-Stelle 1/3240/777000.8 freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 1/3000/728000.6 zu erfolgen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie ebenfalls bitten, darüber die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr; wünscht jemand dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Koll. StR Eichhübl für die Berichterstattung anstelle von Vbgm. Dr. Pfeil. Nächste Berichterstatteerin ist Frau StR Ehrenhuber. Ich bitte um die Anträge.

BERICHTERSTATTERIN STADT-RAT INGRID EHREHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Bei meinem ersten Antrag geht es um die Weiterführung einer gewährten Gebührenbefreiung für Bezieher geringer Einkommen. Der Antrag lautet:

9) SH-4436/91

Behindertenfahrdienst -
Gebührenbefreiung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Behindertenfahrdienstes wird entsprechend dem Amtsbericht der MA V vom 19. 11. 1992 die mit GR-Beschluß vom 5. 12. 1991 geschaffene Gebührenbefreiung, die dzt. lt. GR-Beschluß vom 23. 1. 1992 bis 31. 12. 1992 befristet ist, weitergeführt und diese Befristung aufgehoben.

Der Magistrat der Stadt Steyr wird wegen Dringlichkeit ermächtigt, diesen Beschluß gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr sofort zu vollziehen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich danke für den Vortrag dieses Antrages - wird das Wort dazu gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine. Einstimmige Annahme.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-
HUBER:

Bei meinem zweiten und letzten Antrag geht es um die Zustimmung zu einer Kreditübertragung. Der Antrag lautet:

10) VH-8030/92

MA IX; Kreditübertragung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 1. Dez. 1992 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf von diversen Verbrauchsgegenständen (Geschirr, Tischtücher und Geschirrtücher) in den Seniorenklubs der Stadt Steyr einer Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/4290/043000.0, lautend auf "Betriebsausstattung" auf die VA-Stelle 1/4290/400100.5, lautend auf "Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens" in Höhe von
S 11.500,--

(elftausendfünfhundert)

zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-

Stelle 1/4290/043000.0 zu
erfolgen.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wird das Wort gewünscht zu diesem Antrag? Nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen? Keine. Daher ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Ich danke Fr. Kollegin Ehrenhuber. Nächster Berichterstatter ist noch einmal StR Roman Eichhübl für sein eigenes Ressort - ich bitte um den Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! Ich habe Ihnen vorerst einen Antrag der Österr. Volkspartei vorzutragen - dies nicht etwa deshalb, weil ich die Fraktion gewechselt habe, sondern weil dieser Antrag Bustarife betrifft und daher in das mir zugewiesene Ressort fällt. Ich darf den Antrag verlesen; er betrifft: Antrag gem. § 12 Abs. 1 des Stadtstatutes i. V. m. § 6 der Geschäftsordnung für den GR der Stadt Steyr:

11) Präs-933/92

ÖVP-Fraktion im GR; An-
trag gem. § 12 Abs. 1 des
Statutes i. V. m. § 6 d. Ge-

schäftsordnung f. den GR der Stadt Steyr; Tarifgestaltung f. die eingerichteten Citybuslinien Steyrdorf, Ämterlinie u. Schlüsselhof.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die ÖVP-GR-Fraktion ist der Auffassung, daß das erdrückende Verkehrsproblem in Steyr nur durch eine geeignete Förderung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs zu einer Lösung geführt werden kann. Aus diesem Grunde erscheint es uns zweckmäßig, die Attraktivität der bereits eingerichteten City-Buslinien durch eine geeignete Tarifgestaltung zu steigern.

Zwar wird durch das vor der Realisierung stehende Verkehrskonzept von der Öffentlichkeit in dieser Hinsicht eine Lösung erwartet, aber unseres Erachtens nach wird bis zum Greifen von (noch nicht beschlossenen) Maßnahmen noch geraume Zeit verstreichen müssen. Zur Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf die neuen Situationen, die sich insbesondere durch die Parkplatzbewirtschaftung ergeben werden, erscheint es uns zweckmäßig, schon jetzt mit flankierenden Maßnahmen in Form eines Pilotprojektes "City-Bus" zu beginnen, das nachweisen soll, daß verbilligte Tarife zu einer stärkeren Frequenz führen können. Gerade die City-Buslinien stellen für die

Stadtverwaltung die Möglichkeit dar, steuernd auf das Verhältnis zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr im Zentrum Einfluß zu nehmen. Insbesondere aus dieser Rücksichtnahme ist es erforderlich, gerade diesen Linien über den Anreiz von günstigeren Fahrpreisen zu einer erhöhten Annahme in der Bevölkerung zu verhelfen. Der nachstehende Antrag soll daher die Möglichkeit zu einem befristeten Versuch bieten, um für eine grundsätzliche Neugestaltung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs die erforderlichen Erkenntnisse zu sammeln.

Ich stelle daher namens der ÖVP-GR-Fraktion nachstehenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die auf den durch die Stadtwerke eingerichteten City-Buslinien "Steyrdorf", "Ämterlinie", "Schlüsselhof" wird der Tarif für den Einzelfahrschein mit

Schilling 5,--

in Aussicht genommen. Die entsprechenden Genehmigungen nach dem Kraftfahrliniengesetz sind beim Amt der Oö. LR zu erwirken.

Für die ÖVP-GR-Fraktion: Klaus Jansky (hier sind noch eine Reihe von Unterschriften, die ich nicht im einzelnen entziffern kann).

Herr Bürgermeister, ich darf nur in Erinnerung rufen, daß wir einen Abänderungsantrag zu diesem Thema eingebracht haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Der Abänderungsantrag wurde einmal eingebracht. Zunächst hat sich Hr. GR Jansky zum Antrag gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertetes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des GR! Hr. StR Eichhübl - als zuständiger Referent der Steyrer Verkehrsbetriebe - hat Ihnen, wie mir scheint, mit einem weinenden Auge den ÖVP-Antrag zur Senkung der Citybus-Tarife zu Gehör gebracht. Ich möchte nun mit meiner Wortmeldung den Antrag noch etwas näher begründen.

Die ÖVP-GR-Fraktion ist der Auffassung, daß das erdrückende Verkehrsproblem in Steyr nur durch eine geeignete Förderung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs - wie es in einem Grundsatzbeschlusses des GR 1991 beschlossen wurde - zu einer Lösung geführt werden kann. Ich glaube, das Warten mit verbundenen Augen auf das Gesamtverkehrskonzept des Hr. Dr. Stickler genügt nicht! Lösungen müssen jetzt schon eingeleitet werden!

Es ist uns klar, daß wir mit einer Senkung der Citybus-Tarife keine großen Veränderungen im Verkehrsaufkommen erreichen werden. Aber es soll ein Schritt in Richtung Gesamtverkehrskonzept sein. Wir versprechen uns mit dem Pilotprojekt "Citybus" einen starken Impuls in dieser Richtung!

Hr. Dr. Stickler sagte bei der Klausursitzung des Verkehrsausschusses am 3. 12. 1992 hier im Sitzungssaal, daß es eine öffentl. Aufgabe ist, den Personen-Nahverkehr mit allen Mitteln zu fördern. Wenn ich an die Horror-Vision denke, die uns Hr. Dr. Stickler für das Jahr 2010 prophezeit hat, nämlich 50 bis 60 % mehr Kraftfahrzeuge als jetzt, dann ist es geradezu, wenn kein Umdenken eintritt, ein Überlebensprinzip, die Attraktivität der Citybus-Linien durch eine geeignete Tarifgestaltung zu steigern!

Von der Öffentlichkeit wird die Realisierung des Verkehrskonzeptes, eine Lösung erwartet. Aber selbst im Maßnahmenkatalog des Hr. Stickler ist der Zeitraum, bis die noch nicht beschlossenen Maßnahmen greifen werden, mit 10 Jahren sicher optimistisch angegeben. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sollen auf die neue Situation, die sich besonders auch durch die im Herbst 1993 beginnende Parkraumbewirtschaftung ergeben wird, vorbereitet sein! Wir wollen

daher schon jetzt das Pilotprojekt "Citybus" starten, das nachweisen soll, daß verbilligte Tarife zu einer Frequenzbelegung führen. Gerade die Citybus-Linien geben der Stadtverwaltung die Möglichkeit, den öffentl. Verkehr gegenüber dem Individualverkehr zu bevorzugen. Dazu wird es aber auch notwendig sein, daß die Verkehrsbetriebe durch geeignete Begleitmaßnahmen das Pilotprojekt "Citybus" forcieren. Die Werbeflächen auf den städt. Autobussen würden sich sicher für eine Eigenwerbung bestens anbieten. Denn nicht nur der günstige Fahrpreis alleine wird zu einer erhöhten Annahme der Citybusse durch die Bevölkerung führen, es muß auch ein neues "Wir-Gefühl" entstehen. Vielleicht unter dem Slogan "Wir fahren mit dem Citybus, weil uns Steyr am Herzen liegt". Dieses "Wir-Gefühl" muß um sich greifen, wenn wir nicht im Stau ersticken wollen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, werte Damen und Herren des GR, unserem Antrag in der vorliegenden Form Ihre Zustimmung zu geben. Danke.

BURGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für diese Begründung. Nun ist Hr. GR Spanring zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Grundsätzlich ist der vorliegende Antrag der ÖVP-GR-Fraktion - eingebracht durch GR Klaus Jansky - äußerst interessant und vor allem diskussionswürdig. Wobei sich gleich die erste Frage stellt: Wenn man schon für eine Busgattung - doch dazu noch später - den Preis des Einzelfahrscheines, um einen solchen handelt es sich ja, um rund 64 % absenken will, warum dann nicht gleich eine 100%ige Reduzierung?

Dies würde natürlich noch weniger die Genehmigung nach dem Kraftfahrlineiengesetz durch das Land OÖ erhalten. Es ist richtig, daß wir in unserer schönen Stadt gewaltige Verkehrsprobleme haben. Phasenweise erstickt die Stadt und damit ihre Bewohner, ihre Menschen im Verkehr. Wie eine Schlange die Maus erdrückt, liegt besonders zu den Stoßzeiten ein Moloch um und über Steyr.

Im Antrag wird auf die bevorstehende Realisierung des Verkehrskonzeptes hingewiesen. In diesem Zusammenhang sprach sich der Verfasser dieses Konzeptes, Dr. Stickler, ausdrücklich und eindringlich gegen einen Billigfahrschein aus. Einen Billig-Einzelfahrschein - die Meinung eines erfahrenen Verkehrsplaners!

Wie gesagt, grundsätzlich ein diskussionserzwingender Antrag im Rahmen eines Ganzen. Tarifgestaltung ist wichtiges Mosaik in der Gesamtproblemlösung "öffentlicher Verkehr"! Unbedingt aber herausgehalten aus dem täglichen Polit-Hick-Hack mit seinen Versuchen, durch kleine "Zuckerl", durch Einzelgeschenke Glück zu verteilen. Unsere Mitmenschen, die Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt haben sich diese Methode eigentlich nicht mehr verdient. Es ist wahrlich nicht mehr zeitgemäß! Wir haben aber auch keine Zeit mehr oder nur mehr sehr wenig - auch da gebe ich den Antragstellern voll und ganz recht - für ein langes Hin und Her. Wir alle sind aufgerufen, Visionen kurzfristig einer Gesamtlösung zum Leben zu erwecken. Ich glaube nicht, daß man sich nur auf das zu erwartende Verkehrskonzept von Dr. Stickler ausreden kann, sondern grundsätzlich ist es den einzelnen Ausschüssen und den einzelnen Verantwortlichen belassen, selbst aktiv zu werden und gerade in der Frage des öffentlichen Verkehrs Aktivitäten zu setzen - ohne auf Dr. Stickler zu warten!

U. a. wäre das einheitliche Tarifgestaltung für alle städt. Busse. Es kann doch nicht sein, daß in zwei versch. Bussen bei derselben Fahrstrecke - d. h. der gleiche Startort und der gleiche Zielort - versch. Fahrpreise

verlangt werden. Oder sollte vielleicht ein Großbus gegenüber dem Citybus gar als Verkehrsmittel erster Klasse gelten? Effiziente Streckenführungen, effiziente Kurszeiten, Abschaffung der immer noch vorhandenen weißen Flecken in unserem eigentlich rel. kleinen Stadtgebiet. Wie gesagt eine Gesamtlösung zum Wohle aller Steyrer Bürgerinnen und Bürger.

Daher wird der vorliegende Antrag von der Sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt! Der Inhalt des Antrages soll jedoch dem zuständigen Ausschuß für kommunale Betriebe zur Behandlung als ein wichtiger Bestandteil der Gesamtlösung des öffentl. Verkehrs zugewiesen werden. Zur kurzfristigen Abwicklung dieser Problemlösung sind wir alle ausnahmslos aufgerufen! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr für diesen Beitrag. Wer wünscht dazu noch das Wort? Mir wurde ein Abänderungsantrag der FPÖ angekündigt, der sollte schon in Behandlung genommen werden! Ich weiß nicht, ob dazu der Wunsch besteht. Ansonsten ist es ja schwierig, darüber abstimmen zu lassen. Bitte, Hr. StR Eichhübl ist nun am Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nachdem alle Klarheiten beseitigt wurden, darf ich zu unserem Abänderungsantrag kommen, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Ich möchte aber doch noch in meiner Einleitung ganz kurz auf den vorliegenden Antrag der ÖVP eingehen.

Wenn Koll. GR Jansky gemeint hat, daß ich diesen Antrag mit einem weinenden Auge vorgetragen habe, so möchte ich das gar nicht bestreiten; und zwar deshalb nicht bestreiten, weil dieses Thema ja sicherlich nicht neu ist für mich und unsere Fraktion. Wir haben das in der Fraktion des öfteren diskutiert, ob es möglich wäre, einen 5-Schilling-Tarif bei den Citybussen einzuführen. Ich habe das auch in den Stadtwerken des öfteren bereits gemacht und wir konnten feststellen, daß es aus folgendem Grund nicht möglich ist - ich bin grundsätzlich dafür, aber ich muß nochmals sehr deutlich darauf hinweisen, daß es aus folgendem Grund nicht möglich ist:

Die Linien der Citybusse sind im Gesamtangebot des Verkehrsnetzwerkes der Stadtwerke inbegriffen und können nicht losgelöst gesehen werden! Das ist nicht möglich! Es wird sicher - ich habe mich bereits erkundigt - keine Genehmigung dafür bei der übergeordneten Kraftfahrlinienbehörde geben. Das ist doch auch einleuchtend. Es kann ja nicht sein, daß jemand, der in

Münichholz oder auf der Ennsleite wohnt, um 9 S (wenn er einen 20-Fahrten-Schein löst) oder um 14 S (mit einem Einzelfahrschein) zu seinem Ziel kommt und der andere, der eben das Glück hat, in einem Stadtteil zu wohnen, wo diese sog. Citybusse fahren, eine wesentl. längere Strecke um 5 S fahren kann!

Daher wird es auch - das kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, versichern - keine Genehmigung der Kraftfahrlinienbehörde geben. Aber ich gebe Koll. Jansky durchaus recht, daß er meint und sagt, daß man nicht unbedingt abwarten soll, bis das Stickler-Verkehrskonzept greift. Aber zumindest sollte man schon daran denken, wenn man diesen 5-S-Tarif fordert, daß man das im Zusammenhang der Vergebührung von Parkplätzen sieht. Meinetwegen eines zentralen Parkplatzes - um nur ein Beispiel zu nennen auf dem Tabor vor dem Kasernengelände, wo der Steyrer Markt abgehalten wird. Dann könnte man das selbstverständlich so einführen, daß man einen Citybus von diesem Parkplatz in das Stadttinnere fahren läßt und ihn sozusagen aus dem Gesamtverkehrsnetz herausnimmt. Wir sind, wie gesagt, durchaus bereit, darüber zu reden, daß man Neuerungen einführen kann und soll. Wir haben Ihnen, meine Damen und Herren des GR, daher einen Abänderungsantrag

vorzulegen. Ich darf Ihnen diesen verlesen:

ABÄNDERUNGSANTRAG

zum vorliegenden Antrag der Österr. Volkspartei über Einführung eines 5-S-Tarifes für Citybusse.

Der GR wolle beschließen:

Anstelle des von der ÖVP-GR-Fraktion geforderten 5-S-Tarifes für die Citybus-Linien folgende Maßnahmen zu setzen:

- 1.) Einführung eines Zonentarifes
- 2.) Einzelfahrscheine und Mehrfahrscheine haben eine Gültigkeitsdauer ab Fahrbeginn von 2 Stunden in allen Richtungen (das ist eine Einführung, die es in mehreren Städten Österreichs gibt)

Diese Maßnahmen sollen ab 1. 3. 93 in Kraft treten und die Akzeptanz des öffentl. Verkehrs verbessern und darüber hinaus zur Eindämmung des Individualverkehrs führen.

Die Begründung darf ich nochmals wiederholen. Nach bestehender Rechtslage ist es nicht möglich, bei einem einheitlichen Verkehrsverband bzw. Linienführung, wie von den Steyrer Verkehrsbetrieben angeboten, einen gespaltenen Tarif, das sind 2 Tarifgruppen, einzuführen.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, und vor allen Dingen Sie, die Mandatare der Österr. Volkspartei, bitten, es sich doch

zu überlegen und unseren Antrag zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Der Abänderungsantrag der FPÖ steht mit in Diskussion und Behandlung. Zunächst ist Koll. StR Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist jetzt ein bißchen schwieriger geworden, werte Kolleginnen und Kollegen, als ich es ursprünglich angenommen habe, weil ich den Wortlaut dieser Abänderung jetzt bekommen habe. Zunächst werde ich also auf Klaus Janskys und den ÖVP-Antrag eingehen und dann eine Erwähnung zu dem von Roman Eichhübl vorgeschlagenen Abänderungsantrag machen.

Wenn die ÖVP-Fraktion sich zusammengesetzt hat, um über die Attraktivierung von Citybussen nachzudenken, so war das vor dem Hintergrund, den Klaus Jansky geschildert hat. In unseren Überlegungen hat es eine sehr große Rolle gespielt, über die Unterschiedlichkeiten zwischen Groß- und Kleinbus hinwegzukommen. Auch uns ist es bewußt, daß es eine auf Dauer bestehende Unterscheidung zwischen Fahrgästen erster und zweiter Klasse, erster und zweiter Güte oder erster und zweiter Tarifgruppe generell so nicht geben kann! Darum haben wir von einem Pilotversuch

gesprochen, der nachweisen soll, daß es möglich ist, die Frequenz zu steigern, wenn man ein - vielleicht attraktives - Angebot (so wie der Citybus das ja darstellt) durch einen attraktiven Tarif untermauert. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß es wieder einmal höchst notwendig wäre, über die Philosophie des Citybusses nachzudenken. Manche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger verwechseln Citybus mit einem kleinen Großbus! Dabei schließe ich durchaus diejenigen nicht aus, die die Verkehrslinien wirklich planen.

Steyr ist auch insofern nicht anders geworden, weil Du, Roman, hier keine Veränderungen herbeiführen konntest und Dinge, gegen die Du früher einmal vehement aufgetreten bist, heute als zuständiger StR nach wie vor mitmachst bzw. sogar auch in der Argumentation vertrittst.

Die Philosophie des Citybusses muß es sein, daß der innerstädtische Bereich dort, wo Individualverkehr wirklich nicht mehr sein soll, mit einem Transportmittel versehen wird. Das trifft beispielsweise auf die Ämterlinie absolut nicht zu; dort ist der Citybus kein Citybus, sondern ein kleiner Linienbus. Das trifft absolut nicht zu auf die Linie in den Schlüsselhof hinunter; dort ist der Citybus kein Citybus, sondern ein kleiner

Linienbus. Das trifft aber absolut zu auf die Linie "Steyrdorf", wo die topographischen Schwierigkeiten durch einen kleinen Bus überwunden werden sollen, der auch ein sehr enges Haltestellennetz zur Verfügung stellt.

Wir meinen, daß man jetzt dem Bürger nicht zumuten kann, zu unterscheiden mit dieser Linie Steyrdorf - das war nämlich unsere erste Idee, daß man nur auf der Linie Steyrdorf diesen Pilotversuch einführen sollte. Daß man hier das aber doch vielleicht schlechter tun kann, weil es einige Kennzeichen geben müßte an den Autobussen. Der Fahrgast soll beim Einsteigen schon erkennen können, ob er sich in einem Versuchsfahrzeug mit Versuchstarif befindet oder in einem Fahrzeug mit dem Normaltarif. Daher wurde dann die Meinung vertreten, daß wir doch alle drei Citybus-Linien mit diesem Tarif versuchen sollten. Die Argumentation, die Dietmar Spanring gebraucht hat, mit den "Zuckerln durch billige Fahrpreise", die ist so hintergründig, daß wir die Überlegung wirklich nicht so mitanstellen können. Ich glaube, Dietmar, daß Du uns allen Ernstes wirklich nicht für so dumm hältst, daß wir glauben, daß man mit einer 5-S-Karte auf einem Autobus heute Wahlzuckerl verteilen kann - noch dazu, wenn die Wahl gerade vorbei war! Und daß wir allen Ernstes so blöd wären, daß wir

nicht auch wissen, wenn wir schon "Zuckerl" verteilen wollen, daß wir gleich einen Null-Tarif vorschlagen könnten. Ich lade Dich wirklich herzlich ein, die Untermalung mit dem Wahlzuckerl aus den weiteren Überlegungen zu streichen, weil das einfach am Thema vorbeigeht.

Du hast dann richtig erkannt, was wir in Diskussion bringen wollten und stellst Dich auch im Namen Deiner Fraktion dieser Diskussion. Aber: Wenn wir weiter in Ausschüssen herum diskutieren, wenn wir weiter über Verkehrsgutachter, die dann über Tarife doch nichts aussagen, sondern nur über Linienführungen, uns als Ausreden versorgen lassen, dann wird sich in den nächsten Jahren noch nichts ändern! Gerade darum ist dieser Jansky-Antrag gut und richtig.

Wir haben auch (jetzt komme ich zum FPÖ-Antrag) in unserer Diskussion überlegt, - das kann ich berichten; Richard Gollatsch, es war vor allen Dingen Deine Idee in unseren internen Überlegungen - eine Zonenregelung, die aber nicht Kurzstrecken-Zone, sondern eine tatsächliche Kernzonen-Regelung sein könnte.

Wir haben in unserem jetzigen Antrag das aber nicht so konsequent mit hineingebracht, weil wir glauben, daß das sehr gut, auch hinsichtlich der Kontrollmechanismen, überlegt

werden muß. Vor allen Dingen mit denjenigen Leuten, die dann umgehen müssen - nämlich die Fahrer in den Bussen. Wir haben ja keine Begleitpersonen in den Fahrzeugen - aus Kostengründen! Jetzt sollte ja der Autobus-Fahrer im engen innerstädtischen Bereich vor allen Dingen sein Autobusfahren machen und weniger der Kassier und Kontrollor in einem sein. Daher war also die Überlegung zunächst einmal, die Kurzstrecken nicht zu verwirklichen. Das ist auch meine Antwort auf den Freiheitlichen Antrag. Wenn man nicht weiß, wie man das kurzfristig kontrollieren kann, dann sollte man das auch nicht so sehr in Vorschlag bringen. Gerade als Referent müßte man sich hier Gedanken machen.

Ich kann mir eine zweite Bemerkung nicht ganz verkneifen. Wir haben vor geraumer Zeit ein Fahrgast-Erhebungssystem in die Autobusse installiert und kriegen immer wieder Informationen über alle möglichen Medien und auch in den Kollegial-Organen der Stadt, daß das Nachweisen der Frequenz auf bestimmten Linien technisch nicht möglich ist! Da stelle ich schon die Frage: Entweder war es ein Blödsinn, den man uns erzählt hat, daß das Fahrgast-Erhebungssystem Grundlage sein könnte für neue Streckenstrategien und über Frequenzauslastungs-Überlegungen oder es ist ein Blödsinn,

der uns berichtet wird, daß man die Frequenz nicht nachweisen kann. Beides ist sicherlich sehr wenig erfreulich und auch sehr wenig dazu angetan, daß man überlegt an Reformen im öffentl. Verkehr geht.

Wir wollten mit unserem Antrag nachweisen, daß es möglich ist, Dinge zu ändern und ich bin sehr froh, daß Klaus Jansky auch den Hinweis gegeben hat auf die Unterlassung von Werbemaßnahmen durch die Städt. Verkehrsbetriebe, obwohl der GR das von den Städt. Verkehrsbetrieben schon seit überaus geraumer Zeit fordert! Alle Fraktionen haben immer wieder die Aufforderung gerichtet, "macht doch auf die Attraktivität aufmerksam". Es hat dann einmal einen Linienspiegel in der Zeitung gegeben und es hat kurz vor der Wahl die Einführung der Citybus-Linien gegeben. Das war die Öffentlichkeitsarbeit, aber mehr ist nicht geschehen! Einmal hat es in einer Steyrer Flugschrift ein Inserat gegeben, daß wegen der geänderten Citybus-Zeiten die Parkplätze anders sind! Ich hoffe, daß dieses Inserat nicht von den Stadtwerken ausgegangen ist, weil ich sonst an allem zweifeln muß, was jemals Verstand geheißen hat.

Darüber hinaus hat es jedoch keinerlei Eigenwerbung der Stadtwerke gegeben und keinerlei umfassende Infor-

mation über die wirklich verbesserten Vorverkauf-Systeme. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sehen von den Stadtwerken die großen und die kleinen Autobusse, haben sich sehr gefreut über die kleinen, weil sie so lieb sind und weil auch noch Steyr drauf steht. Aber daß man dem Konsumenten auch helfen muß, eine von der Öffentlichkeit gewünschte Alternative zum Individualverkehr tatsächlich als sinnvoll zu akzeptieren, das ist bis jetzt in den Erkenntnissen der Verantwortlichen nicht vorgekommen. Oder wenn es vorgekommen ist, dann ist es ein wohlgehütetes Geheimnis geblieben. Auch in diesem Blickpunkt werde ich meiner Fraktion empfehlen, sich den Vorschlag der Freiheitlichen GR-Fraktion anzusehen und sich dabei dann zu überlegen, ob man diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben kann. Ein wenig viel "Fechtereie" ist vor diesem Spiegel - abgekürzt heißt das dann Spiegelfechtereie!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag und erteile nun Koll. Zagler das Wort.

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER TRIFFT UM 11.25 UHR EIN.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Fast schade um die Budget-Sitzung, daß es so viele Themen gibt, die am heutigen Tag ebenfalls ausreichend diskutiert werden. Nicht weil diese Themen nicht wichtig wären, sondern weil vielleicht ein anderer Zeitpunkt auch möglich gewesen wäre. Ich verstehe schon, heute ist die Presse schon gespannt auf andere Sachen, daß man diese Spannung gerne nutzen wird, um sich in den Mittelpunkt zu schieben. Ich habe ja selbst einen solchen Versuch unternommen mit dem Antrag zur Demontage der Rotlicht-Kameras. So im Blick herum habe ich gesehen, daß manche freudig zustimmend nicken, manche etwas betreten geschaut haben, manche sehr kritisch dem gegenüber stehen. Daher bin ich auch der Meinung, daß es richtig ist, diesen Antrag im Verkehrsausschuß auf einer breiteren Ebene durchzudiskutieren. Das auch aus einem Grund, als ich dem Dr. Pfeil Mitteilung machte, daß dieser Antrag von uns beiden gestellt wird, hat er gesagt: "Das ist aber nicht schön von Dir - das gehört doch zuerst in den Verkehrsausschuß und dort diskutiert. Das soll doch keine Parteien-Profilierung hierherinnen sein, sondern es soll eigentlich eine Profilierung für die Stadt sein!" Ich gebe ihm recht. Umso mehr komme ich zu dieser Annahme - ich habe schon geglaubt, mich tritt ein Pferd, als ich den FPÖ-Antrag heute

vorliegen hatte, der genau wieder den Weg geht, nämlich an den Ausschüssen vorbei bei solchen wichtigen Themen.

Gerade Du, Roman, warst Vorsitzender im Kommunal-ausschuß, wo wir vor wenigen Tagen gesprochen haben über diesen ÖVP-Antrag. Eigentlich haben wir auch gemeint, es wäre besser, eine allg. und gemeinsame Vorgehensweise zu erwirken, daß wir zu einer Linien- und Tarifreform kommen, die - vielleicht gleichzeitig mit der Parkraumbewirtschaftung - im Herbst des nächsten Jahres eingebracht werden könnte.

Was mich besonders freut an der bisherigen Diskussion, ist, daß das Kind des Jahres 1991 - nämlich Citybusse einzuführen -, das damals gerade von der ÖVP-Fraktion vehement bekämpft worden ist (vom Zeitpunkt her, von der Art und Weise her) heute die Liebe gefunden hat. Jansky sagt "... ein neues 'Wir-Gefühl'...", ...'wir und der City-Bus'... ". Holub sagt auch, daß hier gute und richtige Dinge gefaßt werden.

Meine Bitte und mein Vorschlag ist, diese so wichtige Frage in einer Klausurtagung des Kommunal-ausschusses zu behandeln, dort eine ganzheitliche Tarifregelung zu finden und auch über Linienführungen nachzudenken. Leider kommt bei den heutigen Anträgen eines nicht zum Durchbruch. Daß wir

nämlich in Kürze aus der Waldrandsiedlung eine Citybus-Linie im Stundentakt führen werden. Ich glaube, das wäre viel mehr Frohbotschaft Richtung Kleinabermeir hinauf, als dieses "Gejammer" über Citybusse und mögliche Ausgrenzung der Münichholzer und anderer, wenn wir hier zu Kernzonen-Regelungen kommen.

Mein Vorschlag wäre, das wirklich über die Grenzen hinaus und ohne politische Effekthascherei in dem zuständigen Gremium zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke Koll. Zagler; als nächste hat sich Frau Kollegin Scheucher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Ich war angenehm überrascht über die Wortmeldungen der versch. Fraktions-Sprecher. Ich muß ehrlich sagen, ich hätte mich nicht getraut, so scharfe, harte Worte in Richtung Individualverkehr zu sagen, ohne das Gefühl zu haben, daß mir Hr. Mundorff schon im "Gnack" sitzt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Von Ihnen hat er das offensichtlich hingenommen. Also werde ich Sie bitten, in Zukunft

das weiterhin für mich zu übernehmen - vielleicht ist das sinnvoller!

Aber zum vorliegenden Antrag. Ich - bzw. wir von der Grünen Fraktion - sind Hr. Jansky sehr dankbar für diesen Antrag. Und zwar deshalb, weil es für uns eine Art Initialzündung ist, daß in dieser Richtung wenigstens einmal etwas unternommen bzw. diskutiert wird. Nur wir würden uns wirklich vorstellen, wenn man ein Pilotprojekt startet, wenn man sagt, probieren wir es einmal, ob die Leute umsteigen, wenn es billiger ist, dann bitte nicht Steyrer zweier Klassen zu schaffen, sondern gleich auf Linien versuchen. Wenn es wirklich etwas bringen soll. Ich würde den Antrag sogar erweitern und sagen, machen wir ein Pilotprojekt, gehen wir auf die 5 Schilling herunter, probieren wir es ein halbes Jahr aus - aber dann bitte auf allen Steyrer Linien!

Wenn ich nämlich vom Schlüsselhof mit dem normalen Linienbus in die Stadt fahre, dann bezahle ich 14 S, fahre ich mit dem Citybus ...

ZWISCHENRUF:

9 Schilling!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

9 Schilling!

... fahre ich mit dem Citybus, bezahle ich 5 Schilling. Das ist meiner Meinung nach für die

Leute nicht verständlich - wie kommen die Ennsleiten-Bewohner dazu, wie kommen die Münichholzer dazu, daß sie den vollen Tarif bezahlen. Und da gebe ich Hr. StR Holub recht - unsere Citybus-Linien sind vollwertige Verkehrslinien und eben nicht das, was man normal unter Zubringer-Linien, unter Citybus-Linien versteht.

Zum Abänderungsantrag der FPÖ möchte ich sagen, die Zonen-Regelung finde ich sehr gut, nur glaube ich nicht, daß wir heute so ad hoc imstande sind, über eine solche abzustimmen und diese zu beschließen. Ich glaube, es wäre günstig, sie wirklich in einer Sitzung des Ausschusses für kommunale Betriebe fundiert durchzuarbeiten und dann so schnell als möglich einzuführen. Aber so - seien Sie mir nicht böse, Hr. Jansky -, wie dieser Antrag der ÖVP vorliegt, können wir ihm leider nicht zustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Danke sehr. Liegen weitere Wortmeldungen vor? Herr GR Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Wir sind uns eigentlich alle darüber einig, daß es sich um einen guten Antrag handelt, der aber nicht ganz ausgereift ist. Das ist jetzt nicht

negativ besetzt - vordergründig habe ich gesagt, daß es ein guter Antrag ist. Wir haben uns hier auch - wie Sie eben daraus gesehen haben, daß wir einen Abänderungsantrag eingebracht haben - sehr wichtige Gedanken gemacht. Aber ich schließe mich der Auffassung der Sozialdemokratischen Fraktion an, daß dieses ganze Problem "Tarife" in den Ausschuß zurückgehört und dort neuerlich beraten werden muß.

Es gehört meines Erachtens wirklich eine Art Zonentarif eingeführt; es gehört auch die Art des Inkassos bzw. der Entwertung der Fahrscheine geändert - nämlich auf reine Automaten-Umstellung, auf reine Streifenkarten. Dann müssen wir den Fahrer auch nicht mehr damit belasten.

Ich glaube, daß wir hier jetzt wirklich überfordert werden, über den Antrag abzustimmen und werde - das wird mir dann der Referent sozusagen noch wegnehmen - dafür stimmen, daß der Antrag in den Ausschuß zurückgewiesen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Danke sehr - gibt es noch eine Wortmeldung? Dann würde ich an dieser Stelle Hr. Dir. Wein bitten, eine kurze Reflexion zu machen, was der eine oder andere Antrag (würde er in der vorliegenden Form beschlossen werden) auslösen würde.

DIREKTOR TOAR ING. WOLFGANG WEIN:

Zwei Dinge. Der 5-Schilling-Tarif wäre insofern nur dann möglich, wenn es sich um eine Linie handelt, die gesonderte Beförderungsbedingungen hat, ansonsten könnte er vom Land nicht genehmigt werden. Es ist klarzustellen, daß die besonderen Beförderungsbedingungen, die für diese Dinge eingerichtet werden, eines gewissen Zeitraumes bedürfen. Es sind ein Parteienverfahren und ein Ermittlungsverfahren notwendig und unsere Kraftfahr-
linienbehörde, mit der ich Rücksprache hielt, hat mir gesagt, daß dies vor 3 oder 4 Monaten nicht zu realisieren sein wird.

Nun das zweite, was ich zu den Zonen noch sagen möchte. Über die Zonen haben wir in vielen Bereichen schon diskutiert. Es müßten tatsächlich Zonenfestlegungen erforderlich sein und die müßte man aus wirklich guten Überlegungen heraus machen, zumal ja diese Dinge dann auch kontrolliert werden müssen! Denn jeder Zonenfahrerschein kann nur niedriger sein als der jetzige Einzelfahrerschein und diese Kontrolle des Fahr Scheines dann durchzuführen erfordert ebenso die Aufstockung des entsprechenden Personals und ist natürlich auch mit Kosten verbunden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte, Hr. GR Gollatsch.

GEMEINDERAT RICHARD GOL-
LATSCH:

Sehr geehrter Herr Bürger-
meister, meine Damen und Herren! Mir reicht's schön langsam! Ich höre jetzt die ganze Zeit, wie es nicht geht. Arbeiten und schauen wir, wie es gehen könnte! Mir macht es nichts, wenn ich von der Linienverkehrskommission oder was immer höre, da muß man das und das machen. Machen wir es, probieren wir es doch einmal!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für diese kurze Wortmeldung. Nun liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor - wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ein kurzes! Ja, meine Damen und Herren des GR, wertes Präsidium! Koll. Zagler hat mir an und für sich sehr viel vorweggenommen, was ich in meinem Schlußwort noch sagen wollte. Vor allen Dingen geht es mir darum, daß er gemeint hat, daß wir diesen Antrag der ÖVP im kommunalen Betriebsausschuß behandelt haben. Da müßte man aber auch ergänzend dazu sagen und das

tue ich jetzt, warum dieser Antrag behandelt wurde. Und zwar deshalb, weil ich am Tage dieser Ausschuß-Sitzung erfahren habe, daß die ÖVP vor hat, bei der nächsten GR-Sitzung (also heute) einen derartigen Antrag einzubringen. Daher habe ich unter "ALLFÄLLIGES" dieses Thema angesprochen und auch im Beisein von ÖVP-Mandataren diskutieren lassen. Das ist das eine. Nur zur Vorgangsweise war es mir sehr wichtig, dies klarzustellen.

Das andere, was Koll. Holub gesagt hat, betreffend die Linienführung bzw. die Frequenz-Zählung bei diesen Linien. Hier war es auch so und das werden Dir Deine Kollegen bestätigen, daß sich der Ausschuß des öfteren befaßt hat mit Frequenz-Zählungen. Darauf hat auch Koll. Zagler vor mir hingewiesen, daß es aufgrund dieser Frequenz-Zählung möglich ist - weil wir eben festgestellt haben, daß in der Schlüsselhoflinie der Halbstunden-Takt doch etwas zuviel scheint, weil die Fahrgäste diesen Bus nicht in dem Ausmaß benützen -, daß man diese Linie eben auf 1-Stundentakt erhöht. Und gleichzeitig damit die Möglichkeit hat, ohne weitere Kosten zu verursachen, ohne einen neuen Bus anzuschaffen, ohne Personal einzustellen, die Waldrand-siedlung mitzubedienen. Dieser Wunsch wurde ja des öfteren

durch Unterschriftenaktionen dokumentiert.

Damit bin ich schon fast am Schluß meiner Ausführungen. Ich darf noch auf das zurückkommen, was Dr. Schwager angekündigt hat. Wir werden selbstverständlich bereit sein, mitzustimmen, wenn es darum geht, daß auch unser Antrag in den zuständigen Gremien vorbehandelt wird. Wir wollten vor allen Dingen aufzeigen, daß die Vorgangsweise, die von der ÖVP gewählt wurde, eigentlich nicht dem entspricht, was hier heute so mit blauem Augenaufschlag vom Koll. Holub gemacht wurde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich möchte an den Berichterstatter eine Verständnisfrage richten. Steht der Abänderungsantrag der FPÖ noch zur Debatte oder ist er zurückgezogen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Er ist nicht zurückgezogen, sondern wir erklären uns bereit, daß wir diesen Antrag in den zuständigen Ausschüssen be-
handeln.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Hier liegt nun ein Mißverständnis vor. Ich frage noch einmal: Steht

der Abänderungsantrag noch zur Abstimmung?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, er steht noch zur Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung - zuerst stimmen wir über den Abänderungsantrag zum ÖVP-Antrag ab, der durch die Freiheitliche Partei eingebracht wurde. Wer für den Abänderungsantrag der FPÖ ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. 7 Stimmen dafür (7 FP) - das ist die Minderheit. Wer gegen den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr (Gegenstimmen: SP, VP, GAL) - das ist die Mehrheit. Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (FP). Danke.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag, der durch die ÖVP-Fraktion eingebracht wurde. Wer für diesen Antrag ist, der möge ein Zeichen der Zustimmung geben. 8 Stimmen dafür (VP). Wer gegen den Antrag ist, soll ein Zeichen mit der Hand geben. Danke (Gegenstimmen: SP, FP, GAL). Danke - das ist die Mehrheit. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag der ÖVP ist mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Pkt. Nr. 12). Ich

bitte StR Eichhübl um seinen Vortrag.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Bei meinem letzten Antrag geht es darum, daß gerade in letzter Zeit vermehrt darauf hingewiesen wurde, daß es Probleme gibt für Schüler, die eine Jahresnetzkarte lösen wollen und keinen Freifahrtschein seitens der Schuldirektion genehmigt erhalten haben. Dieses Problem wurde u. a. auch von Hr. Dir. Grillmayer (BRG) an mich herangetragen; auch unser Hr. Bürgermeister wurde mehrmals mit dieser Angelegenheit konfrontiert und hat gewünscht, daß eine entspr. Klärung dieses Problems herbeigeführt wird. Das war der Anlaß dafür, daß wir uns im kommunalen Betriebsausschuß dafür eingesetzt haben bzw. uns darüber Gedanken gemacht haben, wie man diesem Problem Herr werden könnte. Nach einer sehr langen und eingehenden Diskussion und nach Abwägung versch. Vorschläge ist es dann zu einem Lösungsvorschlag gekommen. Und zwar soll dieser so aussehen: Nach Ausstellung der Schülernetzkarte (für die durch den Schüler lt. Tarifpost F 250 Schilling, inkl. 10 % USt) stellen die Stadtwerke einen entspr. Fahrpreisersatz an die Stadt Steyr, der ölich für Schüler der Schulen mit 5- oder 6-Tage-

Woche analog der Bestimmungen des Vertrages mit dem Familienministerium ist (d. s. 2.640 S inkl. USt), in Rechnung. Dieser Betrag wird in Anlehnung der Schulwochenanzahl, die durch die Finanz-Landesdirektion f. jedes Schuljahr festgelegt wird und entweder 30 oder 40 Wochen beträgt, ermittelt. Für die nach Schulbeginn während des Schuljahres gelösten Schülernetz-karten wird der von der Stadt Steyr zu entgeltende Fahrpreisersatz anteilig nach den verbliebenen Restschulwochen mit dem Wochensatz von S 66 (inkl. 10 % USt) ermittelt. Diese Schülernetz-karte berechtigt sodann den Schüler zur unbeschränkten Fahrtenzahl während das Schuljahres auf allen Linien des städt. Verkehrsnetzes. Ich darf, meine Damen und Herren, nach diesen einleitenden Worten den Antragstext verlesen. Der Antrag lautet:

12) ÖAG-7948/92

Stadtwerke
Schülerfreifahrt - Erwerb
einer Schülernetzmarke f.
d. Benützung des gesamten
Liniennetzes d. Stadtwerke
Steyr; Erweiterung dieser
Möglichkeit für Schüler oh-
ne Schülerfreifahrtschein.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Der Einführung einer
Schülernetzmarke für die Be-

nützung des gesamten Linien-
netzes der Stadtwerke Steyr für
Schüler ohne Schülerfrei-
fahrtschein nach Maßgabe des
Amtsberichtes der Direktion der
Stadtwerke vom 30. 11. 1992
wird zugestimmt.

Die Schülernetz-karte berechtigt
zur unbeschränkten Fahrtenzahl
auf allen Linien des städt.
Verkehrsbetriebes während des
Schuljahres. Die Kosten für den
Erwerb dieser Schülernetz-karte
betragen gem. Tarifpost F der
Beförderungspreise im städt.
Kraftfahrlinienverkehr der
Stadtgemeinde Steyr S 250.—
(inkl. USt).

Der durch die Stadt Steyr an die
Stadtwerke Steyr zu
entrichtende Fahrpreisersatz hat
auf der Basis des Vertrages
zwischen dem Bundesmi-
nisterium für Familie, Jugend
und Umweltschutz und den
Stadtwerken der Stadt Steyr vom
16. 8. 1984 zu erfolgen.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die
Abstimmung darüber durch-
zuführen bzw. eine Diskussion
einzuleiten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort
gewünscht? Nicht der Fall, also
kommen wir zur Abstimmung.
Wer für diesen Antrag ist, den
bitte ich um ein Zeichen der
Zustimmung. Danke sehr.
Gegenprobe? Stimmenthaltung

wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Koll. Eichhübl - nächster Berichterstatter ist Koll. StR Holub. Ich darf ihn auffordern, seinen Antrag zu bringen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KARL HOLUB:

Ich habe einen Antrag aus dem Referat Denkmalpflege vorzulegen und hoffe auch, dabei verstanden zu werden. Ich ersuche, zur Finanzierung der Weiterführung der Restaurierung der Pfarrkirche Gleink, deren Volumen sich von 15 auf jetzt 19 Mill. S verändert hat, die in Aussicht genommenen Jahresraten für 1992 und 1993 auf S jeweils 1 Mill. abzuändern und die entspr. Freigabe für das heurige Jahr zu fassen. Der Beschluß liegt schriftlich vor.

13) Ha-8310/89

Stiftskirche Gleink - Innenrestaurierung; Finanzierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Dringlichkeitsbeschluß des Stadtsenates vom 10. Jänner 1991 wurden für die Innenrestaurierung der Stiftskirche Gleink Gesamtmittel im Ausmaß von 3 Mill. S (in den Jahren 1990/91 je S 500.000.—, in den Jahren 1992/93 je S 700.000.—, im Jahr 1994 S 600.000.—) als Beitrag der Stadt Steyr bewilligt. Gleichzeitig wurde der erste Teilbetrag für das Jahr 1990 im

Ausmaß von S 500.000.— freigegeben.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. Mai 1991 wurde die zweite Finanzierungsrate in Höhe von ebenfalls S 500.000.— freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. November 1992 wird nunmehr in Abänderung des Finanzierungsplanes einer Mittelbereitstellung für die Jahre 1992 und 1993 im Ausmaß von je S 1,000.000,— zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden als Teilbetrag für das Jahr 1992 Mittel im Ausmaß von

S 1,000.000.—

(einemillion)

bei der VA-Stelle 5/3630/777100.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke. Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? Keine Wortmeldung, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Holub, nächster Berichterstatter ist StR Ing. Schloßgangl. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und

Herren des GR! Bei meinem Antrag geht es um die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 49 in der Landarbeitersiedlung. Der Antrag lautet:

15) Bau5-1370/92

Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 49 - Grubergründe - Landarbeitersiedlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 49 - Grubergründe - Landarbeitersiedlung - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 25. Mai 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 13. November 1992 nach § 23 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972 idGF., beschlossen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht. Hr. GR Spanring bitte.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich denke, daß dieser Antrag und ein ähnlich gearteter Antrag aus der vergangenen GR-Sitzung eine kleine Lehre für uns sein sollen. Fall 1 - bei der letzten GR-Sitzung. Eingabe um Änderung des Bebauungsplanes erfolgte am 23. September 1992 durch den

Bauwerber. Die pos. Behandlung des Ansuchens kam dann in der GR-Sitzung vom 26. Nov. 1992 (das ist also innerhalb von 3 Monaten abgelaufen).

Dieser vorliegende Antrag "Aufhebung des Bebauungsplanes der Landarbeitersiedlung" wird am 12. Mai 1992 durch den gemeinderätl. Bauausschuß empfohlen und ich hoffe, daß er heute mit einer pos. Beschlußfassung am 17. Dez. zum Abschluß gebracht wird.

Ich denke, diese Fälle mögen uns allen Lehre sein, daß wir zukünftig - und ausgehend auch vom neuen Budget, das wir heute beschließen werden - als verantwortliche Mandatare im Interesse und zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger von Steyr hinter die Behandlung und vor allem hinter die Abwicklung von Anträgen gegebenenfalls ordentlich "Dampf machen"!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung liegt keine vor. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Keine. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen nun die Sitzung für

eine Stunde Mittagspause - bis 13 Uhr.

PAUSE VON 11.57 BIS 13 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der nächste Berichterstatter ist StR Dkfm. Helmut Zagler. Ich erteile ihm das Wort und bitte um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, ich darf nun - bevor die Beratung über den Voranschlag 1993 begonnen wird - die Akten noch vortragen, die aus meinem Ressort dem heutigen GR vorzulegen sind. Es sind dies vier, bevor das Budget kommt. Der erste behandelt den Ertrag aus der Sparkassen-Fusion - sprich aus dem Verkauf der Sparkasse Steyr an die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Wir hatten ja schon vor dem Verkauf damit begonnen, zu überlegen, was mit dem etwaigen Verkaufserlös geschehen soll und dort - über die Parteigrenzen hinaus, ohne, daß wir eine Beschlußfassung abgehalten haben - festgestellt, wir möchten diese Gelder in einen Fonds einfließen lassen und aus diesen Geldern eine Reihe wichtiger öffentlicher Maßnahmen finanzieren. Das kommt auch aus dem Antrag des

StS an den GR zum Tragen, der lautet:

16) Spa-605/92

Sparkassenfusion - Verwendung der Gelder; Errichtung eines Sparkassenfonds u. Zweckwidmungsbeschuß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 1. 12. 1992 wird

1. der Errichtung eines Fonds zur Förderung der örtlichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs, der Stadterneuerung, der Umwelt, der Kultur, der Wohnraumbeschaffung sowie von sportlichen und sozialen Einrichtungen in Steyr (Sparkassenfonds) zugestimmt und die Fondssatzungen in der vorliegenden Form genehmigt.

2. Als Vergabegremium für die Gewährung von Fondshilfen wird ein Gremium, bestehend aus sämtlichen Mitgliedern des StS, wobei diese stimmberechtigte Mitglieder sind, und je einem nicht stimmberechtigten Mitglied je GR-Fraktion, das nicht im StS vertreten ist, bestimmt.

3. Die Dotierung dieses Fonds erfolgt im Jänner 1993 (Auslaufmonat) auf Rechnung 1992 mit Stand 31. Dez. 1992 (Stand per 30. Nov. 1992: S 184,113.371,09). ("An und für sich könnte man diese Zahl erweitern. Es wird also aufgrund der zu erwartenden Zinsenzuflüsse ein Betrag von

187 Mill. S in diesen Fonds einfließen.")

Zu diesem Zweck wird bei VAST 5/9131/773000.7 eine Kreditüberschreitung in der erforderlichen Höhe genehmigt, wobei diese Kreditüberschreitung zur Gänze durch Auflösung der Sonderrücklage "SPK" zu bedecken ist.

4. Von den Mitteln dieses Sparkassenfonds werden für folgende Zwecke folgende Beträge zweckgewidmet:

a) für die Finanzierung diverser Vorhaben des ao. H. des Rechnungsjahres 1993 S 60,150.000,-- ("Hier liegt jedoch ein Abänderungsantrag vor; der genaue Betrag wird 61,550.000 S sein.")

b) für die Errichtung einer Fachhochschule S 15,000.000,--

c) für die Errichtung des Bahnhofparkdeckes S 15,000.000,--

d) für Maßnahmen des öffentlichen Nahverkehrs S 15,000.000,--

e) für die Sanierung des Hallenbades S 15,000.000,--
(BEILAGE)

Neben diesem Fonds gibt es ja noch zwei andere Fonds. Der eine ist schon errichtet, der zugeflossen ist mit 7,370 Mill. S. Und ein weiterer Fonds, der 6,117 Mill. S beträgt, der von den Obligos der seinerzeitigen Sparkasse und deren Entwicklung abhängig ist und den wir im Laufe des Jahres

1993 bzw. ganz genau per 1. Jänner 1994 zum Zufluß bekommen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen und den Hr. Bgm., ev. Diskussionen darüber abwickeln zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke - zu Wort hat sich Vbgm. Sablik gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des GR, ich habe Ihnen hier einen gemeinsamen Abänderungsantrag der drei Parteien SPÖ, FPÖ und ÖVP vorzulegen, wonach die in Pkt. 4 a) angeführte Zweckwidmung für die Finanzierung diverser Vorhaben des ao. H. des Rechnungsjahres 1993 um 1,400.000,-- auf S 61,550.000,-- erhöht wird.

Ich überreiche dem Hr. Bgm. den schriftlichen Antrag mit den notwendigen Unterschriften.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Ich stelle fest, daß dieser gemeinsame Antrag mit den erforderlichen Unterschriften versehen ist. Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Es wird keine Wortmeldung gewünscht, daher kommen wir gleich zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer mit diesem Abänderungsantrag

einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Daher ist der Antrag in der Form des Abänderungsantrages angenommen und einstimmig beschlossen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein zweiter, ganz besonders wichtiger Antrag für die finanzielle Zukunft unserer Gemeinde behandelt den Amtsbericht bezüglich der Neuregelung div. Bankdarlehen. Ich möchte mit dem Amtsbericht und seiner Erläuterung beginnen, um dann auf den Antrag umzuleiten.

Es geht darum, daß wir - wie der Kaufmann zu sagen pflegt - bei Durchsicht der Bücher feststellen mußten, daß etliche unserer aushaftenden Darlehen bes. lange Restlaufzeiten aufweisen. Bei dieser Feststellung wäre das gar nicht so schlecht, würden es Darlehen sein, die mit Null Prozent oder geringfügig verzinst werden. Schlechter ist die Situation - das weiß jeder, der privat Geld aufgenommen hat oder in seinem berufl. Bereich, in seinem Gewerbebetrieb Geld aufgenommen hat -, wenn die Zinssätze hoch sind. Je höher die Zinssätze sind, umso höher werden auch die Zinseszins-Zahlungen angesetzt.

Unsere Überlegung, die zu diesem Antrag, der in der MA II ausgearbeitet wurde, Anlaß gegeben hat, war, daß wir beabsichtigen, die Restlaufzeiten generell (all jener Darlehen, die über dem augenblicklichen Marktzinssatz verzinst werden) auf eine max. Restlaufzeit von 10 Jahren zurückzuführen.

Ein zweiter Punkt. Es geht darum, daß hier viele dieser Darlehen zu Zinssätzen aufgenommen worden sind, die sich nicht an Marktgrößen, an Geld- oder Kapitalmarktgrößen orientieren, sondern die eine fixe Verzinsung haben. Und zwar manchmal sogar eine bes. ungünstige für den augenblicklichen Zeitpunkt. Klarerweise ist vom Aufnahmedatum des Kredites oder des Darlehens abhängig, wieviele Zinsen dort die Kreditwirtschaft zu verlangen imstande ist. Aber wir haben hier Darlehen, die 10 1/2 % dekursiv gerechnet an Zinsen erbringen, während der augenblickliche Sekundärmarkt-Zinssatz (ich habe ihn gestern aus dem Standard herausgeschrieben, also der Stand ist Dienstag dieser Woche) 7,726 % beträgt und es durchaus auf dem Markt üblich ist, hier mit etwa 1/8, 1/4, 3/8 bis zu 1/2 % über diesen Sekundärmarkt-Zinssatz Darlehen zu erhalten.

Das würde also bedeuten, wenn ich zu dieser Sekundärmarkt-Rendite von 7,726 % ein halbes Prozent dazugebe, daß ich

nurmehr rund 8 1/4 % an Zinsen zahlen müßte im Vergleich zu 10 1/2 %. D. h. unsere zweite Richtung in dem Antrag geht dahin, daß wir diese aushaftenden Darlehen dahingehend verhandeln wollen mit den Darlehensgebern, ob hier freiw. Besserungen möglich sind.

Was wir hier im GR natürlich auch machen können, ist, daß wir für den Fall, daß die Kreditwirtschaft nicht in der Lage ist, unserem Gedankengang Folge zu leisten, daß wir dabei auch die Möglichkeit haben sollen, Neuregelungen durchzuführen, indem man den Darlehensgeber austauscht. D. h., daß man aushaftende Darlehen fällig stellt und durch marktgerechte und marktkonform verzinste Darlehen ersetzt.

Was passiert als Folge davon? Das haben Sie in der Zusammenfassung des Amtsberichtes enthalten. Es gibt auf Basis des Amtsberichtszeitpunktes (das war in einer Zeit, als der Sekundärmarkt-Zinssatz noch deutlich über 8 % lag) eine Berechnung, daß wir uns an Zinszahlungen und Zinseszinszahlungen mehr als 100 Mill. S, auf die Laufzeit gerechnet, ersparen. Natürlich muß man der Ehrlichkeit halber dazu sagen, daß diese über 100 Mill. S heute nicht 100 Mill. S wert sind. Man muß sagen, daß diese Beträge klarerweise

abgezinst werden müssen auf die heutige Basis.

Trotzdem - und das ist auch die Überlegung, die wir anschließen - kann es sich die Gemeinde gerade dank der Zahlungszuflüsse aus dem Sparkassenverkauf und vor allem dank der hervorragenden Geschäftsentwicklung der BMW Motoren-Werke in Steyr leisten, hier eine vorzeitige Rückzahlung zu tätigen. Das ist auch hier im Amtsbericht enthalten, was im ersten Jahr etwa 6 Mill. kostet und nach dem vierten Jahr bereits den BREAK-EVEN-POINT bringt - d. h., daß wir ab dem vierten Jahr dann weniger und immer weniger an Darlehen zurückzahlen müssen - können wir diese Umschuldung zustande bringen.

Was - und das ist die weitreichende Bedeutung dieses Antrages - uns für jene Jahre, wo die Sparkassen-Gelder hoffentlich Nutzen bringen, für Steyr angelegt, verbraucht und investiert wurde, und uns wieder Spielraum gibt, daß wir auch in Zukunft finanzierbare Budgets zustande bringen.

Das hauptsächlichste Argument, das Sie dazu bringen sollte, den Antrag (wie es auch im StS war) einer einstimmigen Beschlußfassung zuzubringen, ist in der Zusammenfassung (Pkt. B) erklärt. Wir verbessern das Verhältnis von Kapitaltilgung:Zinsenzahlung von knapp 1:1 (also wir zahlen gleich viel

Kapital zurück, als wir Zinsen zahlen) auf mehr als 2/3 zu einem Drittel. D. h., wir bedienen unsere Kapitalgeber in rascherer Folge und haben daher einen entspr. Zinsspielraum für die Zukunft zur Verfügung.

Der Antrag, der im StS auch noch eine Ergänzung erfuhr, liegt in der abgeänderten Form allen vor und lautet wie folgt:

17) Ha-3820/92

Neuregelung diverser
Bankdarlehen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den im Amtsbericht der MA II vom 1. Dezember 1992 vorgeschlagenen Maßnahmen (Vorzeitige Tilgungen, Laufzeitreduktionen, Zinssatzbindungen, Umwandlung von Annuitätendarlehen auf Kapitalratarlehen) für die in der Beilage I angeführten Darlehen wird zugestimmt.

2. Zu diesem Zweck werden für das Rechnungsjahr 1992 bei VASt 1/9110/346000.9 S 5,430.000,-- und bei VASt 1/9110/650000.9 S 600.000,-- freigegeben.

Der Zusatz lautet:

Für die Sicherung der vorgeschlagenen erhöhten Rückzahlungen (in den nächsten vier Jahren) ist im o. H. eine Zweckerücklage zu bilden, die aus den im Jahr 1992 erzielten Gewerbesteuerzahlungen zu dotieren ist.

Ich bitte den Bgm., die Diskussion - sofern eine gewünscht wird - abhalten zu lassen und den Beschluß durchführen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Zu Wort ist Hr. StR Holub gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist von ziemlich großer Tragweite; genauso, wie es der vorvergangene war. Es ist eigentlich sehr erstaunlich, daß die Widmung der großen Beträge, die aus der Veräußerung der Sparkasse hergekommen sind, im GR der Stadt Steyr nicht erwähnt wurden, obwohl es von der finanziellen Tragweite her der größte Beschluß ist, den die Gemeindevertretung gefaßt hat - zumindest seit ich diesem GR angehöre (das sind jetzt auch schon fast 20 Jahre).

Ich möchte jetzt nicht den alten Antrag wieder aufwärmen; ich möchte aber zu der letzten Anmerkung des Koll. Zagler dem GR der Stadt Steyr doch noch eine Betrachtung liefern, die wir bei allem vielleicht auch zur Einbegleitung der Budget-Sitzung mitbedenken sollten. Wir haben im StS über dieses Thema ausführlich diskutiert. Ich werde eine kleine Zusammenfassung liefern.

Meine Damen und Herren, es ist in der heutigen Zeit wirklich bemerkenswert, daß wir momentan sehr viel Geld zur Verfügung haben. Nicht nur aus dem Sparkassen-Verkauf, sondern auch aus einer erfolgreichen Zeit eines Teiles der Steyrer Unternehmungen. Während auf der einen Seite ein Teil der Industrie in großen Schwierigkeiten ist, boomt auf der anderen Seite Gott sei Dank ein anderer und bringt uns Einnahmen, die in ihrer Höhe nicht voll vorhersehbar waren. Vor diesem Hintergrund spielt sich auch dieser Antrag ab, den Koll. Zagler vorgelegt hat und der insbes. durch die Anmerkung, daß die verstärkten Tilgungen, die jetzt nach diesem Vorschlag fällig werden, gesichert sind. Und zwar durch Mittel, die nicht durch Investitionsverzicht der Stadt stattfinden müssen. Das ist das Wesentliche daran! Daß gerade dadurch, daß dieser Investitionsverzicht nicht stattfinden muß, die kaufm. Wahrheit der verkürzten Laufzeit = Zinsenersparnis eingehalten werden kann, ohne daß wir die so. Vorhaben reduzieren müssen oder gefährdet sehen müßten. Das ist auch der Grund, warum ich allen nur empfehlen kann, diesen Antrag anzunehmen. Weil er ganz einfach der Stadt bei gleichbleibender Investitionsfähigkeit einen besseren Finanzspielraum auf die Dauer

von etwa 5 Jahren beginnend darstellen wird. Warum werden wir diesen Spielraum brauchen? Diese Überlegung sollten wir vor der Budget-Debatte noch einmal anstellen. Wir leben, meine Damen und Herren, in einer Zeit, die wirtschaftl. viel schwieriger ist, als wir es in unserem österr. Wohlstand derzeit noch wahrhaben. Wenn Sie die heutigen Zeitungen gelesen haben - manche haben das auch während der Sitzung schon getan -, werden Sie festgestellt haben, daß die große Fahrzeugindustrie in Europa vor ziemlich großen Problemen steht. Ich nenne keine Namen. Bis auf einen großen Hersteller scheinen sich alle auf Kurzarbeit vorzubereiten. Gott sei Dank hat dieser eine große Hersteller in Steyr einen Standort. Diese Kurzarbeit bedeutet nicht nur ein Problem der Fahrzeugindustrie, sondern bedeutet ein Problem der allg. Wirtschaft, weil wir ja ganz genau wissen, daß durch die Erscheinungen unserer heutigen Zeit ungefähr 50 % der gesamten Nationalprodukte direkt oder indirekt mit der Fahrzeugindustrie verbunden sind. Daraus läßt sich die notwendige Ableitung treffen, die auch der Bundesgesetzgeber in diesen Tagen treffen muß, daß er nämlich sein Budget korrigiert, weil sich die Wirtschaftszahlen grundsätzlich nicht positiv entwickeln.

Es wäre der vorliegende Antrag sicherlich kritikwürdig, hätten wir nicht die nötigen Mittel zur Seite geschaffen und wäre das nicht auch noch zusätzlich dokumentiert im Nachtrag. Sie können also dem Antrag wirklich unbesorgt zustimmen. Sie begeben sich - trotz schlechter Zahlen - nicht in ein finanzielles Wagnis. Das finanzielle Wagnis könnte so groß sein, wie es eine finanzielle Mißsituation seit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen noch nicht gegeben hat.

Wir müssen uns, meine Damen und Herren, darüber im klaren sein, daß eine Situation eingetreten ist, wie sie es seither noch nicht gegeben hat. Es hat Flauten auf den drei größten Weltmärkten immer gegeben - Europa, USA und Japan. Ein vierter großer Block war ja auch noch vorhanden, nämlich der Ostblock, der Rat f. gemeinsame Wirtschaft oder wie immer der seinerzeit jeweils geheißen hat. Der vierte Block ist eindeutig abhanden gekommen; der Zusammenbruch der Wirtschaft ist fundamental und grundsätzlich. Und die anderen drei Weltmarktteile haben zur gleichen Zeit - das ist das Einmalige - eine Flaute! Eine Flaute, die an die Grenze der Depression sich ahnen läßt. Wir wollen hoffen, daß es nicht so wird. Aber wir werden uns darauf einstellen müssen, daß die gewohnten Zuwachsraten

zumindest auf die - und darum geht es ja - drei bis vier Jahre, die wir hier verstärkt tilgen müssen, nicht eintreten. Gerade darum ist es wichtig und gut, daß wir erwähnt haben, daß die finanziellen Mittel für die verstärkten Tilgungen aus den Erlösen, die vorhanden sind, zur Verfügung gestellt werden können.

Bedenken wir bitte auch bei den Maßnahmen, die wir in Zukunft machen müssen, die wirklich fundamental veränderte wirtschaftl. Situation. Wir haben auf kurze Zeit nicht Anlaß zu sehr viel Hoffnung, daß die Konjunktur innerhalb der letzten Schwankungen hochspringen wird. Das ist kaum zu erwarten. Die Finanzkraft der Stadt wird möglicherweise sehr wohl auch dazu dienen müssen in der nächsten Zeit - im Sinne einer antizyklischen Budgetpolitik -, in unserem kleinen und doch so komplexen Gefüge "Stadt Steyr" die nötigen Konjunktur-Impulse zu geben. Es hat eine ganze Reihe von Entscheidungen gegeben, die das reglementieren - die Regelungen zur Wirtschaftsförderung, die Regelungen zur Nahverkehrsförderung, die Vitalisierungsmaßnahmen für Steyrdorf. Alles das stellt Konditionen dar, die vor dem sich wirtschaftl. verändernden Szenario doch klare Bedingungen schaffen.

Die Laufzeitverkürzung der Darlehen, die hier vorgeschlagen

wird, scheint nicht unzweckmäßig zu sein. Ich möchte nur noch einen Hinweis machen; daß nämlich die ursprünglichen Kreditentscheidungen der Verantwortlichen in der Stadt nicht so grundfalsch waren, wie sie jetzt vielleicht ausschauen. Koll. Zagler hat das ebenfalls so erwähnt, weil ja die seinerzeitigen Kreditlaufzeiten - das ist jetzt der Zusatz - sich auch an der gewöhnlichen Nutzungsdauer der Investitionen orientiert haben, die mit diesen Darlehen finanziert wurden. Es ist sicherlich eine Indexbindung für manche Kredite noch nicht zur Diskussion gestanden, weil das noch gar kein übliches Finanzierungsinstrument war.

Es scheint mir nicht unrichtig, hier Änderungen vorzunehmen. Ich habe im StS an der Abstimmung nicht teilgenommen, weil ich nicht als Mitarbeiter in einem Geldinstitut dem anderen in die "Suppe spucken" möchte. Ich bin also hier in einer Situation, daß ich an der Abstimmung nicht teilnehmen kann. Kann also Ihnen mit ruhigem Gewissen empfehlen, den Antrag anzunehmen, weil er ökonomisch richtig ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke StR Holub für seine Ausführungen, die das Thema ausgeleuchtet und Erläuterungen beinhaltet haben. Ich darf

fragen, ob noch eine Wortmeldung vorliegt? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung über diesen wichtigen Antrag. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich danke dem Hr. Bgm., daß er mir auf feine Art und schleichende Tour das Schlußwort entzogen hat, aber ...

Gelächter

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

... aber ich hätte das auch nur mehr bekräftigen können, was StR Holub gesagt hat. Ich hätte auch noch dazu gesagt, als Privater würde ich haarscharf genauso handeln, wie ich das hier zum Ausdruck gebracht habe.

Beim nächsten Antrag geht es um die Bezugsregulierung per 1. Jänner 1993. Wie aus den Medien hinlänglich bekannt, haben die Bundesbediensteten, also die Bediensteten im öffentl. Sektor eine Gehalts- oder Bezugserhöhung um 3,95 % in Verhandlungen durchgebracht. Nur aus diesem Grund, weil die Gesetzgebung vom Bund über das Land bis zur Gemeinde her

ehe sie wirksam wird immer mit Zeitverzögerung entfällt und die Lohn- u. Gehaltsliquidation auf dem laufenden sein soll, wird gebeten, dieser Bezugsregulierungs-Änderung, die uns spätestens im Februar durch die Landesgesetze wieder einholt und damit diesen Beschluß sozusagen nichtig macht, durchzuführen. Damit wird einer entspr. Auszahlung ab 1. 1. 1993 die Möglichkeit eingeräumt.

18) Präs-910/92

Bezugsregulierung 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt I

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1991 geltenden Bezugsansätzen und den angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und Krankenfürsorgebeitragspflicht, sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 10 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr seit 1. 1. 1991 in Kraft stehenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) fest-

gesetzt werden. Die genauen Entlohnungsansätze sind aus den Gehaltstabellen in der Anlage ersichtlich.

Abschnitt II

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1992 um 3,95 v. H. erhöht.

Abschnitt III

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1992 um 3,95 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes v. V/2) erhöht.

Abschnitt IV

Die Bestimmungen der Abschnitte I, II und III treten ab 1. 1. 1993 in Kraft.

Ich bitte, darüber - ohne Schlußwort - abstimmen lassen zu wollen, Hr. Bgm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr; wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der letzte Antrag vor dem Haushaltsvoranschlag behandelt die Änderung der Zusammensetzung des Personalbeirates aufgrund des OÖ. Objektivierungsgesetzes. Es geht darum, daß das Land OÖ. in seiner Sitzung das Objektivierungsgesetz novelliert hat und dabei postuliert, daß dem Personalbeirat der Städte mit eigenem Statut nunmehr 5 pol. Entscheidungsträger angehören werden - bisher waren das vier. Aufgrund des d'Hondt'schen Verfahrens ist die Sitzverteilung 3 SPÖ, 1 FPÖ, 1 ÖVP. Der Vorschlag, den ich hier zu unterbreiten habe, bzw. der Antrag lautet:

19) Präs-35/91

OÖ. Objektivierungsgesetz
- Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Ab 1. 1. 1993 wird die Zusammensetzung der Dienstgebervertreter des Personalbeirates wie folgt festgelegt:

Dienstgebervertreter: StR Dkfm. Mag. Helmut Zagler als Vorsitzenden (Ersatz: Vbgm. Erich Sablik); Bgm. Hermann Leithenmayr (StR Ingrid Ehrenhuber); GR Ing. Dietmar Spanring (GR Gerhard Bremm); Vbgm. Dr. Leopold Pfeil (GR Günter Fürweger); GR Wilhelm Spöck (GR Engelbert Lengauer)

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung erteilen zu wollen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt; der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit zu Antrag 20), Koll. Zagler, bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, habe ich folgenden Antrag des StS an den GR vorzutragen:

20) Ha-3900/92

Voranschlag der Stadt Steyr f. das Rechnungsjahr 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1993 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 885.046.000,-- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 260.363.000,-- ausgeglichen.

- Im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".

b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 47.150.000,-- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 105.700.000,--, der Finanzplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 10.800.000,-- sowie der des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 12.100.000,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen: Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.

Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag 172 v. H.

Gewerbsteuer nach der Lohnsumme 1000 v. H.

Ich möchte dann, wenn es gestattet ist, diesen Voranschlag

im einzelnen begründen und erläutern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Ich erteile nun Vbgm. Sablik das Wort, um den Abänderungsantrag vorzutragen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Wenn Sie erlauben, meine Damen und Herren des GR, möchte ich einen gemeinsamen Antrag von FPÖ, ÖVP und der SPÖ vortragen. Er liegt Ihnen im einzelnen vor und ich möchte bitten, von der gesamten Verlesung Abstand nehmen zu dürfen. Ich möchte Sie nur ersuchen, den Voranschlag für das Jahr 1993 -- wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 886.536.000,-- und im ao. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 261.563.000,-- festgestellt - in der abgeänderten Form zu beschließen.

Wir machen das deswegen jetzt, damit wir gleich über die richtigen Zahlen debattieren. Darf ich diesen Antrag nun dem Bürgermeister vorlegen - versehen mit der notwendigen Anzahl der Unterschriften - und um Behandlung bitten.

"Der Antrag des StS an den GR, Ha-3900/92, Mag. Le/he, vom 4. 11. 1992, beschlossen in der Sitzung des StS vom 5. 11. 1992, wird wie folgt abgeändert:

1. Der Voranschlag für das Finanzjahr 1993 wird im o. II. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 886.536.000,-- und im ao. II. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 261.563.000,-- festgestellt.

Im einzelnen sind von der Änderung folgende Voranschlagsstellen betroffen:

1.1 Ausgaben des o. II.:

a) VSt. 1/3000/728000.6 von S 900.000,-- auf S 1.570.000,--

b) VSt. 1/3000/757000.0 von S 150.000,-- auf S 300.000,--

c) VSt. 1/3600/043000.1 von S 150.000,-- auf S 550.000,--

d) VSt. 1/4690/757000.7 von S 180.000,-- auf S 450.000,--

1.2 Einnahmen des o. II.:

a) VSt. 2/9810/298000.0 von S 21.888.000,-- auf S 23.378.000,--

1.3 Ausgaben des ao. II.:

a) VSt. 5/3600/010290.8 von S 200.000,-- auf S 1.400.000,--

1.4 Einnahmen des ao. II.:

a) VSt. 6/3600/298000.2 von S 200.000,-- auf S 0,--

b) VSt. 6/3600/874000.4 von S 0,-- auf S 1.400.000,--

2. Weiters werden noch folgende Abänderungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf genehmigt:

2.1 Zusätzlicher Bautechniker für das Kontrollamt:

Der dem Voranschlagsentwurf beiliegende Dienstpostenplan wird um einen Bautechniker für den Bereich des Kontrollamtes aufgestockt.

2.2 Ausbau des Gasnetzes:

Der ebenfalls dem Voranschlagsentwurf beiliegende Finanzplan des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr wird im Ausgabenbereich bei der Position Rohrnetz von S 8.010.000,-- auf S 13.310.000,-- und auf der Einnahmenseite um eine Position Darlehen des Sparkassenfonds von S 0,-- auf S 5.300.000,-- erhöht."

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Der Abänderungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Behandlung. Ich darf nun unserem Finanzreferenten das Wort erteilen für seine Erläuterungen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich danke dafür, daß dieser Abänderungsantrag jetzt eingebracht wurde, was uns allen Gelegenheit gibt, gleich über die wahrscheinlich endgültigen Zahlen des Budgets 1993 zu sprechen. Eine Vorbemerkung zum Zeitpunkt der Budgetrede heute: "Ein voller Bauch, der denkt nicht gern!" Gott sei Dank sind wir Leute, die mit dem Kopf denken. Ich hoffe daher, daß die arbeitsmedizinische Abschwungphase in den frühen Nachmittagsstunden von uns dadurch trotzdem überbrückt werden kann.

StR Holub hat vorher schon erwähnt, daß der Punkt "Sparkassenfonds" bzw. Neuregelung der Bankdarlehen ein fast ebenso wichtiger und bedeutender Beschluß ist, wie das jetzt vorliegende Budget, also der vorliegende Voranschlag. Was hat sich gegenüber dem Voranschlag oder der Vorgangsweise vom vorigen Jahr zu heuer geändert? Gott sei Dank der zeitliche Ablauf, was meine Person betrifft. Hatten wir voriges Jahr am 7. November 1991 erst die Konstituierung des GR und auch - so wie heuer - am 17. Dezember die Budgetsitzung, so hatte ich heuer die Gelegenheit, von der Geburtsstunde des Budgets im Frühsommer dieses Jahres an schon dabei zu sein und daher auch viel besser und eindeutiger informiert, die Budgetrede vorzubereiten.

Was ist noch anders? Alle neu angelobten Gemeinderäte und auch StS-Mitglieder haben genauso wie ich ein Jahr an - glaube ich - wichtiger Erfahrung sammeln können. Für uns alle ist es dazu so geworden, daß wir dazugelernt haben und heute die Zusammenhänge besser verstehen, als noch vor einem Jahr.

Noch etwas hat sich geändert. Meine wirklich übertriebene Eitelkeit, im Vorjahr für mich erstmalig ein einstimmiges Budget fast um jeden Preis zu erhalten, ist ernüchtert und

einem so sachlichen Ansatz gewichen, daß die Zustimmung keinem, keinem schwerfallen darf. Eine ausbleibende Mehrheit wäre nämlich kein Drama mehr für mich, so wie ich das voriges Jahr gesehen habe, sondern ein Drama für die Stadt Steyr und ihre auf Lösung wartenden Probleme. Die Vorstellung des vorliegenden Entwurfes gibt mir - so wie auch im vorigen Jahr - die Möglichkeit, auf einige wesentliche Rahmenbedingungen für ein solches Budget hinzuweisen. Wir hören täglich - und auch das hat StR Holub vor wenigen Minuten gesagt - ein Weltwirtschaftskrisen-Szenario, das von Pessimisten sehr gerne verbreitet und an die Wand gemalt wird. Faktum ist aber, daß es keine Sachgründe für diese Krise gibt, denn wir schaffen als Weltwirtschaft auf eine produktive Art und Weise so viele Sach- und Dienstleistungen, wie noch nie in unserer Menschheitsgeschichte. Ergo sind es keine Wirtschaftskrisen, sondern Finanzkrisen, es sind Vertrauenskrisen, es sind Verteilungskrisen, es sind Moralkrisen, es sind Psychokrisen, die durch den Slogan "Only bad news are good news" durch die Medien noch verbreitet werden. Ich möchte die Schuld auch bei mir hier ohne weiteres ansiedeln, denn auch wir sind Medium. Nicht mit einem so groß geöffneten

Sprachrohr, wie das heute das print und das elektronische Medium sind, aber immerhin auch wir sollen dazu beitragen, von diesem Pessimismus zumindest zu einer größeren Sachlichkeit weiter zu kommen. Das Barometer - wenn man hier vom Wetterbeobachten ausgeht - steht weltwirtschaftlich auf fallend.

Der zweite Punkt - Europa. Europa wird anders! Der Witz, der gerade grassiert, daß es 1995 noch 8 europ. Staaten geben wird - nämlich die EG, die Schweiz und die 6 jugoslawischen Republiken -, soll kein Bosheitsakt in meiner Rede sein, aber sollte auf die Realität hinweisen. Jeder Experte beweist und versucht es tagtäglich zu beweisen, daß der Vorteil für alle Mitglieder eines vereinten europäischen Raumes rechenbar ist. Aber, siehe vorne die Krisen, die keine Wirtschaftskrisen sind, sondern andere Ursachen haben, daß uns hier das Vertrauen fehlt in die zukünftige Verteilungsgerechtigkeit. Bei allen Ressourcen! Aber vielleicht fehlt uns dieses Vertrauen gar nicht, sondern wir fürchten diese Verteilungsgerechtigkeit. Also auch Europa ist - was die Wirtschaft hier anlangt und wie wir dem entnehmen können - barometermäßig auf fallenden Druck ausgerichtet.

Zur österr. Szene auch ein Beitrag. Die Wirtschaftsforscher - sie haben immer gegen

Jahresende besonders viel zu tun und mitzuteilen - sprechen von kaum noch Wachstumschancen. Im Gegenteil - das berühmte Minuswachstum ist hier in manchen dieser Berichte drinnen. Das einzige ist, daß dieser EG-Verhandlungsimpuls, der aus Schottland zu uns herüber gekommen ist, vielleicht das Barometer auf gleichbleibend stellen könnte.

Bei den Finanzausgleichs-Ansätzen, die unsere österr. Situation für das Steyrer Budget beleuchten, geht es darum, daß wir sowohl vom Statistischen Zentralamt gewissermaßen abhängig sind und vor wenigen Minuten erst ist das Geheimnis gelüftet worden, - Sie haben das auch den Medien entnommen, daß bis heute 12 Uhr Nachrichtensperre aus dem Stat. Zentralamt herrschte - wieviele Bewohner, welche Bevölkerungszahl Steyr nun wirklich hat. Seit wenigen Minuten wissen wir es also, daß wir mit einem Plus von 395 Einwohnern abschließen werden können. Das ist gar nicht so unbedeutend, wie es zu sein scheint. Alleine diese 395 "Plus-Einwohner" werden uns zusätzl. - noch nicht budgetiert - für unser Budget an Steuerertragsanteilen etwa 4 Mill. S bringen. Es geht dann über veredelte Einwohnerzahlen auch noch dahin, daß gerade Steyr einen bestimmten Faktor hat, der höher ist, als der der

Umlandgemeinden, aber leider deutlich niedriger ist, als der Faktor, den Wels, Linz und vor allem die Bundeshauptstadt zur Verfügung haben.

Was noch für die Budgeterstellung an Einflußgrößen vorhanden war, hat uns der Städtebund mitgeteilt. Der Städtebund spricht, daß wir günstige Finanzierungsmöglichkeiten bekommen, vor allem über die Pflegeversicherung; leider nicht ab 1. Jänner, wie es geplant war, sondern erst ab 1. Juli, wo einerseits neue Pflögetarife und auch Pflegeheimtarife, die nach der Betreuungswürdigkeit gestaffelt sind, ermöglicht werden, sowie was Zuschüsse anlangt, die die Renovierung bzw. Erneuerung von Pflegeheim-Einrichtungen bedeuten. Außerdem ist die Forderung des Städtebundes aufrecht, 5 Mrd. mehr für den öffentlichen Nahverkehr zu erhalten und das außerhalb von Wien. Bisher war das ja so, daß zwar sehr viele Nahverkehrs-Milliarden von den Regierungen beschlossen wurden, aber immer nur ein kleiner Tropfen auf die Bundesländer und damit auf die Städte draußen entfiel, weil der größte Teil durch die Wiener U-Bahn-Bauten verwendet wurde. Hier ist also ein Umdenken da, es soll 5 Mrd. S für solche Zwecke geben.

Noch eine erfreuliche Meldung, die vielleicht für die Budget-

Finanzierung nicht ganz so erfreulich war, weil es einen vermehrten Aufwand an Investitionen gebracht hat im Bereich der Kanalbauten und der damit verbundenen Straßenbauten. Es ist auch vereinbart, daß der Wasserwirtschaftsfonds eingereichte Projekte noch zu den alten Konditionen fördern wird. Noch etwas ist für die Stadt Steyr von Bedeutung, daß wir nämlich von der Regierung und vom Wasserwirtschaftsfonds her ein Zersiedeln der Landschaft erreichen, indem Neuprojekte nicht mehr oder nicht mehr in diesem Ausmaß genehmigt werden, sondern die immer mehr erforderliche Sanierung alter Bestände, ebenfalls vom Wasserwirtschaftsfonds, finanziert wurden. Der Obmann des RHV Steyr, Vbgm. Sablik, kann darüber sicherlich auch im Detail berichten.

Was nicht sehr positiv ist an dieser Maßnahme, ist, daß ein großer Brocken der Altsanierung wieder in die Bundeshauptstadt fließt. Und was noch nicht positiv ist in diesen Verhandlungen des Städtebundes mit der Regierung, ist, daß leider die Grundsteuer-Einheitswerte seit den beginnenden 70er Jahren unverändert geblieben sind. GR Engelbert Huber schaut zu mir her - ich weiß schon, für alle Siedler, zu denen ich mich auch zähle, eine günstige Sache; aber für mich als Finanzreferent natürlich keine so günstige! Ich

wäre im Sinne der Finanzen der Stadt interessiert, daß hier endlich eine Fortschreibung in Gang kommen kann.

Es gibt noch etwas, das uns - obwohl wir das gar nicht so wahrhaben wollten - betrifft: Die Zweitwohnsitzsteuer oder die Zweitwohnungssteuer. Es geht darum, daß wir in OÖ die Diskussion des LH mit vielen Gemeinden im Salzkammergut oder in anderen Fremdenverkehrsgebieten haben, die gerne eine Zweitwohnsitzsteuer einheben möchten. Ich sage jetzt schon als Vorwarnung für künftige Budgets, daß wir uns als Steyrer nicht ausschließen sollten, sondern mit den Spitzenreitern unter den Gemeinden OÖ und auch in anderen Bundesländern mithalten sollten, um nicht - ich habe gerade die Zahlen der Volkszählung relativiert - Gefahr zu laufen, daß aus Kostengründen mehr und mehr Steyrer ihre Wohnsitze in ihre Zweitwohnsitze verlegen und damit unsere zukünftigen Steuereinnahmen in Gefahr sind. Alleine aus Selbstschutz möchte ich hier schon diese Mahnung abgeben. Noch etwas fordert der Bund von uns: Ein Mehr an Geld für Kindergärten! Durch viele Maßnahmen: Die Maturawertigkeit der Bediensteten und damit eine entsprechende Gehaltssteigerung; kleinere Gruppengrößen in den Kindergärten; aber - und das ist das,

was ich als "leider" auslege - keine zusätzl. Mittel für die Förderung auf diesem Gebiet. Weder vom Bund noch vom Land! Darüber hat unser Bürgermeister erst in einer der jüngsten Sitzungen berichtet, wo die Kindergarten-Förderungsmittel leider hinfließen. Leider nicht in die angeblich so reiche Stadt Steyr!

Ich komme jetzt auf die Steyrer Verhältnisse direkt zurück und darf mit einem alten Kreisky-Wort, nämlich der "Insel der Seligen", beginnen. Wenn wir das Budget anschauen, sind wir auf einer Insel. D. h., uns geht es so gut durch Maßnahmen, wie Sparkassen-Verkauf, durch die Gewinnsituation bei BMW-Motoren in Steyr, durch die erneute Überschreitung der Gewinnschwelle bei der Steyr Nutzfahrzeuge AG und auch in einigen anderen Bereichen; daß es sozusagen antizyklisch zu anderen Gemeinschaften stattfindet. Das erlaubt uns auch, daß wir einen antizyklischen Haushalt vorlegen können, ohne daß wir uns, so wie andere Kommunen, einer zusätzl. übertriebenen Verschuldung herangeben müssen.

Trotz dieser "Insel der Seligen" müssen wir wachsam sein und sehr aufpassen, daß uns nicht in Kürze etwas ereilt, was schon laufend droht: Absiedlung von Betrieben! Erst vor wenigen Wochen mußten wir beklagen, daß Weinbergmaier nach

Wolfers absiedelt. Wir hören von Verhandlungen zwischen dem Land OÖ und den Betreibern der Fa. Braunsberger über eine entsprechende Genehmigung eines Einkaufszentrums von Möbel Braunsberger. Auch hier droht die Gefahr, daß die Genehmigung nicht in Steyr erteilt wird, sondern wenige Meter außerhalb der Stadtgrenzen. D. h., daß eintritt, was ich als Finanzreferent im Sinne unserer gemeinsamen Entwicklungsbestrebungen für Steyr nicht ertragen kann; daß nämlich das, was man für Steyr als schlecht abtut, einige Meter außerhalb der Grenze, wenige hundert Meter vom Standort entfernt, ermöglicht werden soll, was wir als dringende, zukünftige Steuereinnahmequelle erhalten sollten.

Wir haben Industrie- und Gewerbegrundstücke und da stehe ich nicht so ganz hinter dem, was heute schon gefallen ist, daß wir so manchen Ankauf schon verschlafen hätten. In diesem konkreten Fall ja, die Dukartstraßen-Liegenschaft hätten wir kaufen müssen, da stimme ich zu. Wir waren sehr offensiv und haben uns damals auch sehr weit verschuldet, um Gewerbegrundstücke zu kaufen. Nämlich so weit verschuldet, daß wir die Liegenschaften in Hinterberg damals gar nicht aus eigener Kraft finanzieren konnten, sondern leider - wie

man auch in der letzten Zeit gesehen hat - den Weg über die Z-Leasing gehen mußten. Aber - und das ist das Betrübliche aus meiner Warte - diese Grundstücke liegen brach, sie sind unbebaut! Der Drang von Unternehmungen, sich hier anzusiedeln und mit unserer Stadt vernünftige Ansiedlungsgespräche zu führen, ist leider ein Keimling, dem die Wachstumskraft im Augenblick noch fehlt, obwohl die Gesprächsbereitschaft hier - und das wissen wir auch - im GR von seiten der Stadtverwaltung vorhanden ist. Natürlich können wir bei diesen Gesprächen eines nicht machen, nämlich unsere Standortnachteile dadurch wettmachen.

Das ist die nächste Sache, die man mit dem Budget besprechen muß und soll: Wie können wir die wenigen Nachteile, die Steyr hat, wettmachen? Der größte davon ist sicherlich die verkehrsmäßige Randlage am oö. Zentralraum. Wir haben heute schon wieder einen Appell gehört: "Westbahn über Steyr"! Liebend gerne, obwohl das nicht Steyr ist, sondern nur die Nähe von Steyr; liebend gerne, wenn wir das erreichen könnten. Es geht genauso um die Straßenverbindungen! Gerade für unser Projekt Nordspange - Dipl.-Ing. Mundorff nickt auch, weil BMW ebenfalls höchst interessiert ist, dort eine bessere Anbindung zu bekommen.

Außerdem ist das für das gesamte Industrieviertel Hinterberg eine wichtige Maßnahme. Umso befremdlicher, wenn ich so ein Gesamtpaket wie ein Budget sehe, ist dann das Verhalten von einigen aus unserem Kreis, die sich bei jeder Bürgerinitiative anhängen und eigentlich das gemeinsame Gesamtziel dabei außer Augen lassen.

Noch etwas ist schlecht und wir müssen als Gemeinderat dagegenwirken. Ich habe das mit dem Krisenszenario weltwirtschaftlich schon geklärt als Vertrauenskrise. Wir kommen in den Medien immer wieder vor als die Krisenregion schlechthin. "In Steyr funktioniert nichts, aber schon gar nichts! Tourismus gibt es erst, seit die Schilling-Redaktion in Steyr war." So als hätten wir die letzten Jahre auf diesem Sektor total verschlafen. Wir haben die Krisengebiete; zunächst war das Ennsdorf an der Reihe, die City-Buslinien - das Ennsdorf war in Aufregung: um Gottes willen, wir machen keine Umsätze mehr, es kommen keine Leute mehr usw. Die Kaufleute haben Gott sei Dank sehr bald verstanden, daß mit dem Krankjammern eines Viertels genau das Gegenteil von dem eintritt, was man bewirken will. Wenn ich jeden Tag jedem, der zuhört oder auch nicht zuhört, hineintrommle, daß es dort ohnehin nicht gut ist, wer

geht dann freiwillig noch dort hin? Wer geht freiwillig dorthin, wo es nichts zu sehen, zu holen, zu ernten oder zu erben gibt? So ähnlich ist das Szenario auch im Steyrdorf. D. h., viele machen durch die permanente Negativ-Reklame über dieses Viertel das Viertel erst noch viel schlechter, als die Situation tatsächlich ist; also zu dem, wo es jetzt hingekommen ist!

Noch etwas trifft uns als Stadtgemeinde, dem wir auch entgegenwirken sollten. Es geht um den berühmten abgestuften Bevölkerungsschlüssel. D. h., daß wir einerseits zwar aus dem Finanzausgleich etwas mehr Geld pro Bürger erhalten, als die Umlandgemeinden, auf der anderen Seite aber in einem viel deutlicherem Ausmaß zur Kassa gebeten werden für die Umlandgemeinden. Nämlich in dem Ausmaß, daß wir - das beweist das Budget - Zuschüsse von Bund und Land in Höhe von etwa 62 Mill. S für 1993 zu erwarten haben, aber Beiträge - d. h. wieder an das Land abliefern - in Höhe von rd. 120 Mill. S leisten. Fast 58 Mill. S zahlen wir auf diese Art und Weise an die Landgemeinden zusätzlich hinaus. Zusätzlich zu dem, was wir an Infrastrukturleistungen für jene, die ursprünglich Steyrer Bürger waren, aufbringen, die inzwischen ihr Häuschen im Grünen errichtet haben.

Daher müssen wir die Gegenstrategien herantreiben und dazu dient auch das Budget, an dem die zuständigen Referenten wirklich in vorbildhafter Weise mitgewirkt haben. In einer vermehrten Wirtschaftsförderung; in Ansätzen für den Bau der Nordspange bzw. der Begleitmaßnahmen, die notwendig sind; in Investitionsansätzen für das Parkdeck und damit für die Nahverkehrsdrehscheibe, damit auch für das Schließen des innerstädtischen Verkehrsrings und für die Möglichkeit des Park-and-Ride-Verkehrs von Steyr nach auswärts. Geldmittel für den Verkehrsverbund, Geldmittel für den Tourismus, wobei es nicht nur um die 1,4 Mill. S Tourismusförderung geht, sondern wo es auch um viele andere Maßnahmen geht, gerade aus dem Kulturbereich, wo wir Fremdenverkehrspolitik betreiben. Wenn wir heute mit diesem Budget einen Beschluß fassen werden über den Ausbau des Schloßmuseums, wenn wir einen Beschluß fassen über die Öffnung der Adelsbibliothek, dann sind das ja deutliche Zeichen Richtung Kultur. Wenn wir rd. 8 Mill. S an Beiträgen beschließen werden für Denkmalschutz, dann sind das jene Dinge, die wir auch der Öffentlichkeit anbieten können, die wir unseren Gästen und Besuchern anbieten können. Nicht zuletzt das Hallenbad. Auch

dieser Ansatz des Hallenbades ist nicht nur dazu da oder so zu verstehen, daß damit die Steyrer einem entsprechenden Badevergnügen nachgehen können, sondern ebenfalls für den Tourismus. Nicht jedoch für jenen Tourismus, daß man vielleicht der Meinung ist, es kommt jemand her aus Norddeutschland, aus Holland oder aus Schweden, um hier 14 Tage Badeurlaub im Steyrer Hallenbad zu machen. Denken wir an die vielen Geschäftstouristen, die das ganz einfach als Abrundung brauchen. Wir müssen auch die überregionale Raumplanung vorantreiben, die wir eigentlich bereits beschlossen haben. Die Breitling-Studie ist in Auftrag gegeben, damit wir auch eines machen, nämlich die infrastrukturelle Einbindung der Umlandgemeinden. Im Laufe des abgelaufenen Jahres hatten wir einmal eine Auseinandersetzung, Garsten an das Erdgasnetz anzuschließen. Das war ein erster Versuch, diese Interessen über die Stadtgrenzen hinweg auszutragen, und zwar nicht von uns als Geschenkgeber, sondern von uns als gleichberechtigte Verhandlungspartner! So ähnlich sehe ich das auch bei anderen Maßnahmen auf diesem Sektor und auch mit anderen Gemeinden. Anfänge gab es - jahrelang schon! Z. B. der RHV, es gibt auch einen Abfallverband Steyr-Umgebung, wo eben auf

diese Gemeinsamkeiten hingearbeitet wird. Es kann auch nicht im Interesse unserer Umlandgemeinden sein, nur unsere Infrastruktur zu nutzen, ohne hier eine vernünftige Anbindung zu haben. Nun noch ein letzter Punkt zum Szenario, wie man die Gefahren verhindern oder verkleinern könnte. Und zwar die Investition in unser Humankapital. Damit meine ich nicht nur in jenes Kapital des menschlichen Zusammenlebens, sondern auch in das Bildungskapital (also in die Ausbildung unserer Jugend). Ich habe wirklich mit Freude das Engagement festgestellt, das die Steyrer Industrie und auch die Vertreter der Steyrer Politik an den Tag gelegt haben, um Richtung Fachhochschule oder bei anderen Maßnahmen die Dinge voranzutreiben. Zur Entstehungsgeschichte dieses Buches, das insgesamt 390 Seiten dick geworden ist, verweise ich auf die Tischvorlage. Sie alle haben - sozusagen noch druckfrisch - das neue Amtsblatt der Stadt Steyr vor sich liegen; incl. einem Pressebericht und einem Artikel, den ich geschrieben habe und in dem genau geschildert ist, was von Mai beginnend alles zu tun war, um zu einem solchen Buch zu kommen. Mit einem Zusatz, daß die Abteilungsleiter bzw. die Referatsleiter gemeinsam mit den politischen Referenten die Möglichkeiten noch mehr

wahrgenommen haben, in dieses Budget mit ihren Vorstellungen hineinzukommen. Was sich - dafür wurde uns schon von allen Fraktionen und auch von der Presse gedankt - gebessert hat, ist die Lesbarkeit des Budgets. Nicht jener Teil, der weiß gehalten ist. Leider müssen wir aufgrund der VRV dieser Verfahrensvorschriften für den Voranschlag und für die Rechnungsabschlüsse immer wieder diese Titel wie "Entgelt für sonstige Leistung von Gewerbetreibenden, Firmen und jur. Personen" bzw. "Transferzahlungen an priv. Institutionen ohne Erwerbscharakter" hineinnehmen. Aber - und das glaube ich, ist das Wesentliche - im rosa Teil, jeweils nach dem o. H., als auch nach dem ao. H. haben wir alle jene Bereiche, die durch unsere Beschlüsse zu bewirtschaften sind, noch einmal hineingenommen und mit einem Textverarbeitungsprogramm so hergerichtet, daß sie wirklich für jedes Mitglied des GR lesbar sind! Sollte es trotzdem Schwierigkeiten der Koordination geben, steht die MA II zur Verfügung. Wenn man das in bezug auf den Eislaufplatz ausdrücken will (wir werden heute über das Eislaufplatzdach sicher im Budget noch einmal reden), dann könnte man sagen, der weiße Teil ist die Pflicht und der rosa Teil ist die Kür!

Dank gebührt also den Referenten, den Beamten, im speziellen aber dem neuen Leiter der MA II, Hr. Mag. Helmut Lemmerer, mit dem ich Gott sei Dank dieselbe Wellenlänge habe. Und zwar in fachlicher Hinsicht und den ich auch in der kurzen Zeit seiner Amtsführung persönlich sehr schätzen gelernt habe. Ich bitte Dich, Helmut, Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank ebenso weiterzugeben, denn Du allein hast dieses Werk ja auch nicht aus der Taufe gehoben. Ein besonderer Dank an dieser Stelle gilt aber jenem Mann, der die Beschlußfassung für das Budget vorweg gerettet hat. Wir waren gemeinsam - Bgm. Leithenmayr, StR Holub und ich - bei Landesrat Klausberger in Sache "Finanzierung der Renovierungsarbeiten für das Alten- und Pflegeheim Tabor". Seine großzügige und spontane Zusage hat es uns ermöglicht, Euren Wunsch, das Renovierungswerk entsprechend voranzutreiben, in das Budget hineinzubringen und damit auch die Qualität des Budgets zu verbessern. Dem Landesrat Klausberger, der sich hier wirklich über die Maßen für seine Heimatstadt Steyr engagiert hat, an dieser Stelle Dank. Ich weiß nicht, ob - weil die Fernsehkamera läuft - wir unserem Gerhard Klausberger einen guten Dienst erweisen, wenn das über die Medien

hinüber geht. Denn ich kann mir vorstellen, daß die Begehrlichkeit auch anderer Städte und Institutionen vielleicht am Steyrer Maßstab gemessen wird und das dann für ihn nicht mehr finanzierbar größer wird.

Nun zu den Zahlen - ich habe Sie jetzt lange genug auf die Folter gespannt. Wie im Abänderungsantrag von Vbgm. Sablik vorgetragen, soll der o. H. 886 Millionen (ich erspare mir die Zahlen dahinter) betragen; der ao. H., und zwar der eigentliche ao. H. rund 200 Millionen plus Sonder-ao. H. 62 Millionen. Also jener Teil des ao. H., der über einen Teil der Sparkassen-Verkaufs-Erlöse finanziert wird. Das sind zunächst einmal, wenn man es addiert, 1,148 Mrd. S. Gerechnet mit dem Auto, das ich fahre und der Preisklasse dort, sind das ungefähr 6.000 kleinere Mittelklasse- oder größere Kleinwagen. Das nur zur Erklärung, damit für die Schüler des BRG, die uns heute besuchen, die Zahlen etwas transparenter werden.

Dazu kommt noch, daß wir nicht nur als Gemeinde Steyr diese Budgets zu erstellen und zu verwirklichen haben, sondern daß wir eine GWG haben, die insgesamt rd. 330 Mill. S hier umwälzen, dann die Stadtwerke, und zwar die eigentlichen Stadtwerke und der Versorgungsbetriebeverbund, der zusammengerechnet rund 180 Mill. S betrifft; und rund 130

Mill. S aus dem Sparkassen-Fonds. Das heißt, jener Rest, unter Abzug dieser 62 Mill. S, von denen ich gesprochen habe. Noch eine wichtige Kennziffer dazu: Mehr als 20 % oder mehr als jeder fünfte Schilling wird von diesem Budget für Investitionen geleistet. Die Investitionsfreudigkeit dieses Budgets ist daraus sicherlich abmeßbar!

Daß es ein antizyklisches Budget werden konnte - das habe ich bereits angeführt - und trotzdem kein deficit-spending nach J. M. Keynes ist, weil wir eben keine zusätzl. neue Verschuldung brauchen, ist erklärt mit den unerwarteten Geldzuflüssen der letzten Jahre.

Zum einzelnen. Ich nehme das dicke Buch in die Hand und beginne im blauen Teil zu blättern. Und zwar auf Seite III haben wir die Aufstellung aller Einnahmen aus dem o. H. Erlauben Sie mir, daß ich die einzelnen Posten von diesen Dingen nicht noch weiter zerlege. Der größte Anteil entfällt auf die Steuern! Für alle jene, die im Amtsblatt nachschauen wollen; dort haben Sie die Einnahmen des o. H. in der oberen Grafik auch tortenstückmäßig dargestellt.

Insgesamt eben 885 Mill. Das muß so sein - vielleicht auch für die Schüler gedacht -, denn das ist in der öffentlichen Hand ein bißchen anders als in der Buchhaltung durch die

Kameralistik. D. h., man legt hier die Ausgaben fest. Diese müssen gedeckt sein. Der Ausgleich findet entweder durch Rücklagenentnahme - das ist das, was man sich aus den Vorjahren erspart hat - statt bzw. man muß Kredite oder Darlehen aufnehmen. Das ist hier in diesem Sinne der Fall.

Die Ausgaben des o. H. sind schon etwas interessanter. (Wir haben das auf den Seiten V, VI und VII, wo dann die Zuschüsse geklärt sind.) Auf Seite V haben wir als größten Einzelposten 323 Mill. S für das Personal. Wer sich im Prozentrechnen üben möchte, kann dies machen. Ich habe es auf jeden Fall ausgerechnet und wer mir das Vertrauen schenkt, braucht es nicht nachzurechnen; es handelt sich um einen Anteil am Budget von 28,2 %. Im Vorjahr hatten wir 30,2 % zu verzeichnen. Das gibt aber nur eine quantitative Größe ab und noch keine qualitative! Die qualitative Größe das Personal betreffend, ist für mich hier noch viel wichtiger als diese Zahlenmenge. Da haben wir im Jahr 1992, mit Wirkung 1993 und Folgejahren, Sachen hinein gepackt und initiiert, die sich sehen lassen können. Die KDZ-Analyse, die einer Organisations-Reform des Magistrates gleich kommt, die die Schlagkraft unserer Verwaltung, aber auch der Dienstleistungssektoren erbringen wird. Wir haben - Bgm. Leithenmayr hat das heute

schon erwähnt - die Gleitzeitregelung über die Rampe gebracht, die einerseits uns die Möglichkeit gibt, als Dienstgeber mehr Flexibilität zu erreichen, aber auch Chancen für die Mitarbeiter mit sich bringt. Wir haben in diesem Zusammenhang den oftmals beklagten und den Magistratsbediensteten gegenüber oftmals belachten arbeitsfreien Geburtstag abgeschafft. Und schließlich haben wir eine Maßnahme gesetzt, nämlich einen Personalentwickler, einen Weiterbildungsbeauftragten gesucht. Wir sind noch auf der Suche, die Ausschreibung ist bereits erfolgt, um eben auch in diese Richtung die Qualität des Personals zu heben.

Wir haben dann eine Reihe anderer wichtiger Positionen. Der nächst größere Posten ist unter "Verwaltungs- und Betriebsaufwand" zu sehen. Hier sind rund 40 Mill. Fremdkapitalzinsen genauso enthalten, wie Versicherungen, die wir abgeschlossen haben, wie Instandhaltungsleistungen, die wir zahlen u. ä. Transferzahlungen an den Bund - der nächste Posten mit 145 Mill. S; hier sind beispielsweise Wohnbau-Subventionen enthalten.

Um mir zu ersparen, alle diese Posten der Reihe nach durchzugehen, möchte ich mich auf die wichtigsten Zuschußbedarfs-Sparten beschränken, die sie im blauen Teil

auf den Seiten VI und VII sehen. Es geht darum, hier aufzulisten, wo denn das viele Geld bleibt, das wir den Steuerzahlern abnehmen - Gott sei Dank nicht direkt, sondern im Regelfall indirekt durch die Finanzämter, dann wird es den Gemeinden über Bund und Land wieder zur Verfügung gestellt. Für die Feuerwehren fast 6 Mill. S, für die Volks- und Hauptschulen rund 30 Mill. S - mit den Sonderschulen dazu 35 Mill. S. Wenn die anwesenden Schüler jetzt fragen: "Wo sind denn unsere Schulen?". Nicht im städt. Budget, darum heißt es ja auch Bundesrealgymnasium. Das zahlt der Bund aus seinem Budget. Schließlich Kindergärten, Tagesheimstätten und Schülerhorte zusammen über 30 Mill. S Abgang. Ich darf darauf verweisen, was ich vorhin diesbezüglich besprochen habe und den Appell so wie immer hier an dieser Stelle an das Land OÖ richten, dem Vorschlag der SPÖ-Fraktion dort endlich nachzukommen und die Kindergartenförderung entsprechend aufzustocken.

Auf Seite VII. Das Theater kostet uns über 10 Mill. S an Zuschußbedarf. Da soll noch einer sagen, wir seien nicht kulturfreundlich! Das Altenheim Tabor mit rund 41,5 Mill. S - als Jahresabgang kalkuliert. Für Straßenreinigung, die der Wi-Hof im Winter- und im Sommerdienst macht sowie für

die Gestaltung der Garten- und Parkanlagen und Spielplätze insgesamt über 30 Millionen. Man soll es gar nicht glauben, daß das Licht, das abends in den Straßen brennt und die Beleuchtung des Schlosses Lamberg einen Abgang von rund 10 Mill. S ausmachen. Was bei diesen Zahlen, obwohl sie im o. H. drinnen stehen, alleine für die Umweltbereiche, für Abwasserentsorgung, Müllentsorgung - was also die Müllabfuhr und die Mülldeponie betrifft - incl. Investitionen steht, kostet uns rund 135 Mill. S. Ich will das jetzt nicht im Detail aufteilen, es kommt dann über den ao. H. noch zur Geltung. Bei diesen 135 Mill. ist auch dieser Posten mit 32 bis 33 Mill. Kanalbau inkludiert.

Der nächste Punkt betrifft den ao. H. Hier möchte ich der didaktischen Reihenfolge nach mit den Ausgaben beginnen. Denn das ist ja das Maß der Dinge und sozusagen die Gegenseite, die Finanzierung kommt erst im nächsten Punkt dazu. Auf den blauen Seiten VIII und IX haben wir das postenweise zusammengefaßt. "Ankauf und Adaptierung Kommunalzentrum" - man könnte sagen, für Steyr ein Jahrhundert-Projekt, die städt. Betriebe - vom Verkehrsbetrieb angefangen über den Wi-Hof, über die Gärtnerei, über andere Bereiche - zusammenzufassen in ein schlagkräftiges Kommunal-

zentrum am Standort der ehem. Repa der Steyr-Daimler-Puch AG ==> 35,5 Mill. S.

Straßenbau, Kanalbau - zusammen rd. 65 Mill. S. Sanierung Altersheim, also zu den 41 Mill. Abgang ein Sanierungsschub im nächsten Jahr von fast 25 Mill. S. Für Grundstücksankäufe - leider nicht für neue, sondern Ratenzahlungen für bereits erfolgte - rund 15 Mill. S. Für unseren Sozial-Wohnbau rund 9 Mill. S. Stadtwerke-Investition 7 Mill. Parkscheinautomaten - damit unsere Besucher Bescheid wissen, im nächsten Jahr ist zumindest finanziell vorgesorgt, daß ab Mitte des Jahres, spätestens ab Herbst des Jahres, Parkscheinautomaten aufgestellt werden, um den ruhenden Verkehr entsprechend in den Griff zu bekommen. Und noch viele andere Dinge. Wer das im Detail nachlesen möchte, sollte im rosa Teil hinter dem ao. H. mitblättern (beginnend ab Seite 287), um das noch zu sehen. Was ist drinnen? Repa, sagte ich bereits - 33,5 Mill. S; Stadtentwicklungskonzept, erste Rate: 600.000 S; für die Feuerwehren rund 9 Mill. S an Investition; im Pflichtschulbereich: 2,5 Mill. S an Investition, dazu kommt noch ein Leasingbau, ein Zubau bei der Taborschule, ebenfalls rund 6 Mill. S. Für Kindergärten und Tagesheimstätten: rd. 9 Mill. S aus dem ao. H.

Für den Eislaufplatz Rennbahn: 4,3 Mill. Leider! - Muß ich sagen. Unser Bürgermeister wird ganz blaß! Leider deswegen, weil wir das 1993 noch einmal budgetieren müssen, obwohl wir das im Jahr 1992 schon drinnen haben. Aber leider eben durch div. Maßnahmen oder Tätigkeiten, die nicht im Sinne der gesamten Aufgabe stehen, verzögert worden sind. Fragen Sie jene Eltern, die mit ihren Kindern an den ersten Adventsonntagen zu Hause gesessen sind, warum sie die Kinder nicht auf den Eislaufplatz geschickt haben, damit sie sich etwas bewegen! Sie hätten sie schon schicken können. Nur wäre ihnen das Wasser oben hinein geronnen und unten wieder heraus.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ähnliche Zustände sind im Hallenbad, da brauche ich nicht auf den Eislaufplatz gehen!

Gelächter

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Aber ins Hallenbad geht man mit der Badehose. Auf dem Eislaufplatz habe ich das eher erst am Fasching-Dienstag gesehen!

Hinein reklamiert vom Kulturausschuß - Schloßmuseum-Weiterbau bzw. Adaptierung der Bibliothek Schloß Lamberg: ebenfalls vorgesehen insgesamt

1,4 Millionen. Denkmalpflege - ich sagte es bereits - eine Fülle von Maßnahmen in der inneren Stadt, im Enns- und Steyrdorf; Altersheim: 26,5 Millionen. Rot-Kreuz-Gebäude (Neubau); unsere Jahresrate für 1993: 4,1 Mill. S. Leider ist auch - ich darf das trotzdem anmerken - die Sache mit der L.-Werndl-Straße in einem Ansatz drinnen. Ich habe mir das deswegen in meinem Budget hergeschrieben und habe auch "Taborknoten" dazu vermerkt. Wir hatten heute schon so eine Diskussion. Da haben wir von Deinem Sitznachbar, Othmar, gehört, daß unser Hauptaugenmerk dorthin gerichtet werden muß. Ich meine das auch so.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Beides!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Aber die Reihenfolge bei Prioritäten sehe ich auch so, wie Dein Kollege GR Spöck.

Gemeindestraßen: 32 Mill. incl. Fuß- und Radwege. Schließlich die Parkscheinautomaten 5,4 Millionen. Ich habe es bereits erwähnt. Wirtschaftspolitische Maßnahmen: 19 Mill. S. Abwasserbeseitigung, sprich Kanalbau: 33 Mill. S. Müllbeseitigung + Deponie + Wi-Hof und div. Anschaffungen: fast 10 Millionen. Vbgm. Sablik nickt zufrieden! Hallenbad: für die

Planung 5 Mill. S; bis dorthin, daß man also im Herbst bereits beginnen könnte, etwas zu machen.

Bei den Grundkäufen für die Knogler-Gründe: die Ausfinanzierung 13 Millionen; für den Sozial-Wohnbau 10,9 Millionen; für die Stadtwerke, für den Versorgungsbetriebeverbund rund 6,340 Millionen Zuschuß.

Ich darf das hier erwähnen, denn ich habe mich bei dem Antrag "Schülernetzwerken" nicht zu Wort gemeldet. Wir haben das aber im Ausschuß so vereinbart, daß das auf diese Investition dann buchhalterisch angerechnet wird.

Das war eine Tour d'horizon durch den ao. H. Ich glaube, in der Diskussion werden sich noch viele Redner mit einzelnen Positionen auseinandersetzen.

Wie sieht es mit den Schulden aus? Auch das sollte uns interessieren. Wir haben einen Schuldenstand per Ende 1992 geplant von 503 Mill. S. Wir haben geplant, im Jahr 1992 davon noch 52 Mill. aufzunehmen, wie es auch im Nachtragsvoranschlag vorgesehen ist. Wir haben das noch nicht durchgeführt. Wir werden es vielleicht auch nicht durchführen, denn es hätte keinen Sinn, jetzt ein Darlehen aufzunehmen, das ich vielleicht erst im Laufe des nächsten Jahres brauche. Ich hätte um diesen Betrag wieder mehr Zuführungsmöglichkeit in die

Rücklagen und daher die Finanzkraft in das nächste Jahr hinüber gerettet.

Tilgungen, die wir gezahlt haben 43 Millionen. Zinsen, die anlaufen werden, schon aufgrund des Nachtragsvoranschlages. D. h., weniger Zinsen - mehr Kapitalrückzahlung, so wie wir den Beschluß von 38 Mill. S heute gefaßt haben. Geplante Aufnahmen an Darlehen im Jahr 1993: 80 Mill. Dies würde einen Darlehensstand geben von 592 Mill. S.

Was die Finanzabteilung noch macht, um unsere Situation zu verbessern, ist, daß wir versuchen, das Verhältnis von Bankdarlehen zu geförderten (sprich Sonderdarlehen) zu verbessern. D. h., daß wir mehr an Sonderförderungsdarlehen in unserem Darlehensbestand haben werden als Bankdarlehen. Und nun - auch das ist heute schon beschlossen worden - die Frage der Umstrukturierung unserer Darlehensverbindlichkeiten, die uns zwar im Augenblick ein Mehr an Kosten verursacht, aber ab dem Jahr 1995 einen größeren Spielraum ergibt.

Der nächste große Brocken unseres Budgets ist der Dienstpostenplan. Der Dienstpostenplan laut Budget bedeutet, daß der Soll-Stand von 883 und einem halben oder einer halben auf 908,5 aufgestockt wird. Das ist nicht mehr der aktuelle Stand, denn im Abänderungsantrag, den

Vbgm. Sablik eingebracht hat, ist ein 26. zusätzl. Bediensteter drinnen - nämlich ein Mann für das Kontrollamt für die begleitende Baukontrolle. Dadurch wollen wir zusätzl. den Impuls setzen, nicht nur Richtung Weiterbildung und Richtung Controlling im Hause durch diesen Bautechniker, der begleitende Baukontrolle machen wird, sondern auch noch durch eine Maßnahme, die bereits ausgeschrieben ist. Für die Abteilung II sind wir nämlich auf der dringenden Suche nach einem "Controller", nach einem Kostenrechner. Einer, der sich im Berichtswesen auskennt, ein HAK-Absolvent mit Berufserfahrung; nicht einer, der frisch von der Schulbank kommt. Wo sind nun diese Zusätze? Ich weiß nicht, ob Ihr das in Eurer Erklärung drinnen habt, Roman! Euer Steuerberater, mein ehem. Schüler und lieber Freund Franz Priester, der Euch ja bei den Budget-Sachen Gott sei Dank fachlich gut berät, hat mir einmal vorgerechnet, wie weit die Personalaufstockung - ich glaube seit 1972 oder 1978 - gekommen ist. Ich möchte sozusagen in Vorwegnahme schon etwas sagen, wofür sind die zusätzl. Dienstposten geschaffen? Das ist schon eine interessante Sache. Nicht in der Tintenburg, in der allgem. Verwaltung! Nein! Sie könnten jetzt beklagen, "da müßten wir sogar noch etwas abbauen"! Auf jeden Fall ist dort

keine Steigerung drinnen, sondern da kompensiert sich Einsparung mit Neubeschäftigung. Es sind nämlich: 12 Dienstposten im Alten- und Pflegeheim (9 Stationsgehilfinnen, 3 in der Küche); 6 zusätzl. Buschauffeure - nachdem sich das ja auch herumgesprochen hat, daß City-Busse Chauffeure brauchen, damit sie fahren können! Die Begeisterung habe ich heute bemerkt, wie die City-Busse inzwischen von allen beklatscht und angenommen werden. 3 Kindergärtnerinnen. Mehr Gruppen bedeuten auch hier mehr Dienstposten! Umweltberatung: 1 1/2 Dienstposten und letztlich in der Jugendherberge 1 1/2. Ich hoffe, daß ich mich jetzt nicht verrechnet habe, das müßten 25 sein + Controller sind 26! Was gibt es heute noch zu beschließen? Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Und zwar sowohl der Stadtwerke einerseits, die sich aus Bestattung, Krematorium mit Leichenhalle, Wasserwerk, Stadtbad und Kunsteisbahn zusammensetzen und insgesamt 47,150.000 Schilling umsetzen möchten im kommenden Jahr. Der Wirtschaftsplan des Versorgungsbetriebsverbundes - Gaswerk und Verkehrsbetrieb -, der 105,7 Mill. S umsetzen wird. Die dazugehörigen Investitionspläne der Stadtwerke Steyr mit 10,8 Mill. S und schließlich der Steyrer Versorgungsbetriebsverbund mit 12,1 Millionen;

aufgrund unseres Abänderungsantrages aber um die Retzenwinklerstraße und um die Gasrohre in der Neuschönau ergänzt - wie gesagt um rund 6 Millionen S mehr.

Letztlich die Wilhelm-Groß-Stiftung, die inzwischen über 500.000 S erbracht hat, von denen aber nicht einmal 2 % der Erträge ausgeschüttet werden. Weil eben leider - das darf ich auch sagen, als aufmerksamer Betrachter dieser Szene - immer weniger Studierende der Mathematik, für die dieser Fonds geschaffen wurde, zu verzeichnen sind, vor allem sozialbedürftige Mathematik-Studenten! Es sind inzwischen andere Studienzweige gekommen, die diese Zweige ablösen und es geht alles mehr in Richtung Informatik usw. Vielleicht kann man auch das zum Denkanstoß nehmen.

Zum Schluß die Meilensteine dieses Budgets: Das Budget beträgt heuer erstmals mehr als 1 Milliarde Schilling. Die Personalkosten sind - ich glaube, das durch die Prozentzahl auch gesagt zu haben - im Griff! Wir haben das Budget ohne "troubles" finanzierbar gehalten. Wir bekennen uns dazu, daß wir die Mittel - und das zeigt dieses Buch - sinnvoll einsetzen. Vor allem hat dieses Budget aber eines - "Zukunft-Sicherheit". Und zwar insofern, als die mittelfristige Finanzplanung auf dem aufbauend auch

durchgeführt und durchgebracht werden kann.

Daher ist es fast logisch, daß das Budget auch mehrheitsfähig ist und ich darf den Appell noch einmal an jene richten, die den Weg zu uns diesbezüglich noch nicht gefunden haben, vielleicht doch hier die Zustimmung zu erteilen. Im Augenblick haben wir einen budgetären Partnertausch aufgrund des gemeinsamen Abänderungsantrages vor uns liegen. Ich appelliere auch an alle, die mit der Vollziehung zu tun haben, dieses Budget sparsam durchzuführen. Ich bitte Sie, hier noch eines mitzunehmen nach dem Spruch "Nobody is perfect" - "No budget is perfect", nicht zu glauben, daß das der Weisheit aller letzter Schluß ist! Erst vor wenigen Wochen hatten wir den Nachtragsvoranschlag, wo auch mir nachgewiesen wurde, daß man sich trotz bester Vorbereitung verschätzen kann und ich stelle also den Anspruch auf Lückenlosigkeit und auf Richtigkeit aller Schätzungen nicht!

Nun möchte ich Dich bitten, Herr Bürgermeister, die Diskussion zum Voranschlag 1993 durchführen lassen zu wollen.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke für diese umfassenden Ausführungen, die jetzt zur

Diskussion stehen. Koll. Vbgm. Sablik hat sich zu Wort gemeldet; ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ich möchte für die Sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung zu diesem Budget abgeben. Es liegt uns heute ein wissenschaftlich fundiertes, einmaliges, für Deine Eitelkeit ja direkt meisterhaftes Werkstück vor, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

... an dem von SPÖ, ÖVP und FPÖ lange gefeilt wurde. Es sind nicht nur die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben 1993, die uns beschäftigten, sondern viele flankierende Maßnahmen, wie die Widmung der Sparkassen-Millionen, die die Richtung weisen sollen für die Zukunft.

Namhafte Wirtschaftsforscher geben Alarmzeichen, weil gewisse Wirtschaftsdaten auf starke Depressionen hinweisen. Österreich ist zwar das 6.reichste Land der Welt, aber gerade deshalb sehr empfindlich für internationale Schwankungen. Es war daher notwendig, hausgemachte Gegensteuerungen in den ao. H. einzubauen, finanziert aber nicht mit Deficitspending. Im Gegenteil,

durch Umschuldung - Sie haben es gehört - bei Darlehensgebern, kürzere Laufzeiten, weniger Zinsen, mehr Kapitaldienst.

Das Budget zeigt ein Sozialdemokratisches Rückgrat, weil die wohldurchdachten Projekte der 4 Hauptanliegen unserer Fraktion, wie Arbeit, Wohnen, Umwelt und Verkehr ausreichend mit Mittel bedacht sind. Natürlich mußte auch unsere Fraktion Abstriche bei ihren Wünschen an das Budget hinnehmen, wir machen dies aber der gemeinsamen, einvernehmlichen Beschlußfassung im Gemeinderat und dem politischen Klima in der Stadt zuliebe. Unsere Fraktion wird daher dem Budget die Zustimmung erteilen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Als nächster hat sich Herr StR Eichhübl zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! An sich sollte ja heute hier von dieser Stelle aus Vbgm. Dr. Leopold Pfeil eine Fraktionserklärung zum Budget '93 für die FPÖ-GR-Fraktion abgeben. Aus bekannten, bedauerlichen Gründen ist ihm dies aber nicht möglich und daher obliegt es mir, eine kurze

Stellungnahme, die zwar nicht ganz so kurz ausfallen wird, wie die vom Koll. Sablik, für die Freiheitliche GR-Fraktion zu diesem Haushaltsvoranschlag '93 abzugeben.

Die Freiheitliche GR-Fraktion hat, soweit aus Protokollen nachzulesen ist, seit 1973 jede Budgetvorlage abgelehnt; d. h. 20 Jahre hindurch war es der Freiheitlichen Fraktion nicht möglich, ihr wesentlich erscheinende Vorhaben in die Budgets einzubringen. Dies war sicher auch damit begründet, daß die bis 1991 vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse es einfach nicht zuließen, daß man als Minderheitsfraktion wesentliche Vorhaben im Budget unterbringen konnte. Die mit einer 2/3-Mehrheit ausgestattete SPÖ hatte es offensichtlich nicht nötig, sich von den Ideen und Vorschlägen anderer inspirieren zu lassen. Diese Haltung der damaligen Sozialisten war sicherlich nicht die demokratischste und hat auch sicherlich zu ihrer Wahlniederlage beigetragen. Seitdem haben sich die Mehrheitsverhältnisse, wie bekannt ist, gewaltig geändert. Nun gibt es auch eine beachtliche Ressortverantwortlichkeit Freiheitlicher Mandatare. Es gibt nicht nur den Verlust der 2/3-Mehrheit, sondern auch den Verlust der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei.

Der ursprünglich vorgelegte Budgetentwurf für das Rechnungsjahr 1993 ist der Ausdruck eines gegenwärtigen Seelenzustandes - so meinen wir - der Steyrer SP, der insbesondere durch Mangel an Gestaltungswillen geprägt war. Darüber hinaus will oder wollte man Ressorts, die unter der Führung von politisch Andersgläubigen stehen, finanziell aushungern. Nur 2 Beispiele aus dem Kulturbereich: Das Hauptkulturkonto, über dem Honorare für Veranstaltungen bezahlt werden, wurde gegenüber dem Voranschlag '92 von S 1,570.000,-- auf S 900.000,-- gekürzt. Das entspricht einer Reduzierung um 42 %! Das Konto Volkshochschule wurde von 3,2 Millionen auf 3,0 Millionen reduziert.

Dies alles mit dem Hinblick, daß Steyr besonders im kulturellen Bereich einen großen Aufholbedarf hat. Dies kommt auch aus dem jüngst vorgelegten Tourismuskonzept klar zu Tage. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, wurden weitere Erdgasaufschließungen, konkret im Stadtteil Neuschönau und Retzenwinklersiedlung, vorerst aus dem Investitionsplan der Stadtwerke herausgenommen. Investitionen, die für den Umweltschutz sicher von größter Bedeutung sind und Priorität haben sollten und die sich auch finanziell amortisieren.

Erst bei späteren Verhandlungen konnte die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mit ihren Vorschlägen im wesentlichen durchkommen. Zu früh hat sich offensichtlich die Allianz von SP- und VP-Fraktion geeinigt. Man konnte erkennen und sich einfach des Eindrucks nicht erwehren, daß zunächst kein ernstes Interesse an ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Budget vorhanden war. Aber ich glaube, daß der Ansatz im Wandel der Sozialistischen Partei zur Sozialdemokratischen Partei begonnen hat. Hier liegt auch die Erwartungshaltung der Freiheitlichen, nämlich die Erwartungshaltung in der Richtung, daß man nun erkennt, daß eine monocolor Dominanz in Steyr keine Gültigkeit mehr hat - und dies ist auch gut so für Steyr, denn es müssen nun alle Fraktionen ihr Ideengut einbringen und, so fassen wir eigentlich die Politik auf, aus diesem Wettbewerb an Ideen und Visionen soll Steyr und seine Bevölkerung schließlich profitieren. Es sollen nämlich die besseren Ideen dann auch verwirklicht werden durch Beschlußfassung hier in diesem GR. Wir haben jedenfalls durch offen ausgetragene Verhandlungen erreicht, daß hier im Budget wesentliche freiheitliche Forderungen, die insbesondere mit unseren Ressortver-

antwortlichkeiten - damit meine ich Dr. Pfeil und mich - zu tun haben, ihren Niederschlag finden. Wenn ich sage wesentlich, dann sind dies sicherlich nicht alle, aber - um noch einmal auf das zurückzukommen, was ich vorher bereits gesagt habe - so geht es auch den anderen Parteien - auch der stärksten Fraktion hier im GR, habe ich soeben vom Fraktionssprecher gehört -, daß man aufgrund dieser ausgewogenen Mehrheitsverhältnisse im Steyrer GR nicht alles 100%ig durchbringen kann. Das bedingt daher, daß die Politik in Steyr nunmehr von mehreren Ideenträgern geprägt und getragen wird. Das bewirkt das Miteinanderreden und -verhandeln, das bewirkt aber auch, daß es von einer Partei ausgehend, nicht mehr zu einer selbstherrlichen Dominanz kommen kann, und schließlich, daß die Freiheitliche Fraktion - obwohl nicht alle Wünsche budgetär erfüllt werden konnten - heuer erstmals der gesamten Budgetvorlage, mit einigen Abstrichen natürlich, die Zustimmung erteilen wird. Feststeht, daß wir bei den Verhandlungen um dieses Budget zumindest den Willen registrieren konnten, daß man bemüht ist, einen breiten Konsens zu finden. Die Freiheitliche Fraktion wird zwar weiterhin im nächsten

Rechnungsjahr 1993 eine kritische Haltung zu verschiedenen Vorhaben und Fragen, die die Stadt und die Bevölkerung betreffen, einnehmen, jedoch will die Freiheitliche Fraktion mit ihrem heutigen JA aber auch dokumentieren, daß sie durchaus bereit ist, Mitverantwortung zu tragen und Obstruktion ablehnt. Diese Mitverantwortung ist ja schließlich auch durch die Mandatsverhältnisse vorhanden und gegeben. Wir setzen aber auch in die anderen Parteien die Erwartungshaltung, daß man dort bereit ist, freiheitlichen Vorstellungen die Zustimmung zu geben, wenn es da und dort Übereinstimmung in Sachfragen gibt. Die bisher von manch anderen Parteien praktizierte Haltung, weil dieser oder jener Vorschlag, dieser oder jener Antrag von den Freiheitlichen kommt, daher muß er oder daher müßten diese Anträge abgelehnt werden, diese Haltung, meine Damen und Herren, soll auch bei den anderen Parteien weichen, zugunsten einer konstruktiven Politik.

Wir haben jedenfalls im kommenden Jahr die Chance - mit "wir" meine ich alle Fraktionen -, daß wir aus Fehlern der Vergangenheit lernen. Selbstverständlich soll jede Fraktion ihre eigenen Ideen und ihre eigene Linie beibehalten und immer wieder ihre grundsätzlichen Vorstellungen

vorbringen; aber bei dieser Mandatskonstellation muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß eine Durchsetzbarkeit von urbanen Parteivorstellungen nicht möglich ist, wenn man nicht einen Partner hier in diesem GR findet. Keine Partei kann ihre Vorstellungen alleine zum Durchbruch bringen!

Das war in den vergangenen Jahrzehnten hier im GR wesentlich anders und was damals passiert ist, das soll sich nicht mehr wiederholen. Z. B. als 1976 unsere Vorgänger Fahrenberger und Fuchs einen Antrag stellten auf Schaffung von Objektivierungsrichtlinien für die Wohnungsvergabe, kann man in einem Protokoll nachlesen: "... es gab einen einstimmigen Gemeinderatsbeschuß darüber und es wird der Wohnungsausschuß beauftragt, sich mit dieser Thematik zu befassen".

Man höre und staune, von 1977 bis 1992 hat es gedauert, daß sich dann tatsächlich der Wohnungsausschuß mit diesem an sich beschlossenen Antrag befaßt hat. Jetzt sind die Dinge anders geworden. Kaum war dieser neue Gemeinderat für die Legislaturperiode 1991 bis 1997 konstituiert, hat man sich wiederum an diesen alten Vorschlag bzw. Antrag erinnert und alle Parteien waren hier im GR bemüht, Punktevergabe-richtlinien zu schaffen. Mittlerweile gibt es solche, aber in

Hinkunft sollte es nicht passieren, daß man derartige Anträge so lange verschleppt, oder man kann es auch anders zum Ausdruck bringen, abwürgt. Aber das ist nun Vergangenheit und wenn man ernsthaft zum Wohle der Bevölkerung gute Politik betreiben will, dann soll man nicht nachtragend sein, sondern man sollte sich an der Zukunft orientieren.

Meine Damen und Herren, ich darf nun einen Blick über unsere Stadt hinaus machen, weil es natürlich auch mit dem Budget in Zusammenhang steht und der Stadt sehr viel kostet. Ich meine die "Landesumlage". Bezüglich dieser "Landesumlage", die der Stadt in der Höhe von 40 Millionen S abverlangt wird, haben wir auch an das Land OÖ. einige Forderungen zu stellen, wobei ich meine, daß diese Forderungen von allen Fraktionen unterstützt werden sollten. Es gibt im Landesbudget den Titel "Beiträge an Gemeinden zum laufenden Aufwand". Das Land ist aber hier - man kann es ruhig sagen - sehr "knausrig", wenn Gemeinden Beiträge verlangen, etwa für folgende, notwendige Vorhaben, die mit Umwelt-, Gesundheitsfragen und Arbeitsplatz zu tun haben:

1. Ausreichende Vorsorge zur Sicherstellung von Trinkwasser. Daher sind auch vom Land Mittel bereitzustellen, um in Gewässerschutz- und Schongebieten ein

Gründeckenprogramm zu fördern.

2. Beim Bau von Wasserversorgungsanlagen sollte das Land OÖ Mittel zur Zwischenfinanzierung hergeben, bis Fördermittel vom Wasserwirtschaftsfonds eintreffen.

Ein weiterer Bereich, der auch hier in Steyr von sehr großer Bedeutung ist und der meines Erachtens im Budget zu wenig seinen Niederschlag gefunden hat, das sind die Lärmschutzmaßnahmen. Frau Koll. Scheucher schaut mit sehr ernstem Blick; Sie werden ja auch festgestellt haben, daß dafür sehr wenig vorgesehen ist. Ich glaube 300.000 Schilling, wenn ich mich richtig erinnere. Dazu meinen wir:

3. Straßen- und Bahnanrainer sind zunehmend vom Lärm geplagt. Das Land müßte daher den Gemeinden finanziell stärker unter die Arme greifen, um Lärmschutzmaßnahmen besser finanzieren zu können. Im Zusammenhang mit dieser an das Land OÖ gerichteten Forderung darf ich festhalten, daß am 9. 12. 1992 die Freiheitliche Landtagsfraktion bei der Budgetdebatte einen Antrag um Aufstockung der Mittel für die Gemeinden stellte, für die Errichtung von Lärmschutzwänden 20 Mill. S zusätzlich bereitzustellen. Dieser Antrag wurde - wie vielleicht viele von Ihnen wissen - abgelehnt. Daher ist eigentlich nur zu hoffen, daß

die heute beschlossene Resolution, die eingangs dieser Sitzung zu sehr umfangreichen Diskussionen geführt hat, - nämlich die Förderung betreffend die verstärkte Einsetzung von umweltschonenden Verkehrsmitteln; hauptsächlich haben wir dann verlangt, daß damit der öffentliche Personennahverkehr gemeint wird - tatsächlich auch vom Land erhört wird! Wir hoffen es!

4. Die Förderungen, meine Damen und Herren des GR, von Betriebsansiedlungen müßten weit stärker, als das derzeit der Fall ist, vom Land unterstützt werden. Da Steyr abseits von verkehrsmäßig begünstigten Linien, sowohl auf der Straße, als auch auf der Schiene liegt, treten daher die Probleme der Arbeitsplatzsicherung noch stärker als in den meisten anderen öö. Gemeinden auf. Wir haben ja bereits heute hier in diesem GR darüber gehört; die Zahlen sprechen für sich - ca. 3.000 Arbeitssuchende sind beim Arbeitsamt in Steyr vorgemerkt. Derartige Probleme erfordern die Solidarität des ganzen Landes.

Das Land tut sich relativ leicht, man schreibt ganz einfach "Landesumlagen" vor und wenn Steyr etwas haben will, dann wird man tatsächlich zum Bittsteller degradiert!

Nun, meine Damen und Herren, zu einem weiteren, sehr ernsthaften Problem, das heute sicherlich noch zu Diskussionen

führen wird. Ich möchte dieses Problem in meiner Grundsatzerklärung zum Budget 1993 nur streifen. Es geht um das Ausländerproblem.

Wir können das auch in Steyr vorhandene Ausländerproblem nicht durch Wegschauen oder durch Verniedlichen lösen. Es ist Realität, daß wir nicht nur ein Arbeitsplatz-, sondern auch ein Wohnungsproblem durch die ca. 3.000 in Steyr wohnhaften Ausländer haben. Selbstverständlich soll Österreich und damit auch Steyr seinen Verpflichtungen als Asylant nachkommen. Aber lassen wir einmal in Steyr nachprüfen, wieviele illegale Wirtschaftsflüchtlinge bei uns in desolaten Unterkünften wohnen. Es ist ja wirklich widersinnig, wenn man uns Freiheitliche beschimpft, weil wir eine Ausweispflicht bei Ausländern verlangen im Sozialversicherungsbereich. Andererseits wird durch das Fremdenpolizeigesetz festgelegt, daß jeder EWR-Bürger einen Ausweis bei sich haben muß, der sich aber nicht nur auf die Sozialversicherung alleine bezieht, sondern auf die gesamte Identität der betreffenden Person.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren des GR, höre ich, daß man in Steyr die Dienststelle "Staatspolizei" aus Einsparungsgründen auflösen möchte, obwohl mir von kompetenter Stelle aus

versichert wird, daß sich die zu bearbeitenden Akte in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Ausländer-Nachforschungen verdoppelt haben. Wir sollten daher nicht nur gemeinsam an die Bundesregierung, an den Verteidigungsminister und an den Innenminister appellieren, daß Steyr seine Trollmann-Kaserne in der Rooseveltstraße behält, sondern wir sollten auch dafür Sorge tragen, daß die Abteilung der Staatspolizei hier in Steyr nicht aufgelöst wird.

Im Kulturbereich sollten wir ebenfalls neue Wege beschreiten, und dies wird auch nächstes Jahr in Steyr zur Geltung kommen! Niemand wird erwarten, daß man kulturelle Leistungen am finanziellen Beitrag mißt, am ehesten kann man dies über die Umwegrentabilität erkennen, vor allem durch stärkeren Besucherandrang nach Steyr. Nur wenn das kulturelle Angebot im Wettbewerb mit anderen Städten bestehen kann, werden wir den kulturellen Auftrag, der an uns als Gemeinde gestellt ist, erfüllen können. Es ist uns klar geworden, daß das Nahebringen von Kultur und Kultureinrichtungen eines eigenen Managements bedarf.

Auch Sport und Sporteinrichtungen sind nicht ertragsmäßig meßbar. Dennoch haben wir eine gewisse Verpflichtung und Aufgabe, auch in dieser Beziehung unseren gemeinsamen Auftrag zu erfüllen. Ich verweise auf den

einzigsten oberösterreichischen Erstdivisionär "Vorwärts Steyr", der zu den acht besten Fußballclubs Österreichs zählt. Ein Vorstandsmitglied ist aufgestanden. Ein zweites gibt es auch noch! Wie bekannt ist, gibt es ja in absehbarer Zeit im Bereiche dieses Clubs - ich weiß nicht, ob Koll. Zagler schon so im Detail informiert ist darüber - Probleme. Und zwar deshalb Probleme, weil vom ÖFB eine Flutlichtanlage gefordert wird.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Wollen wir gerne machen! Machen wir gleich einen Zusatz!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Und zwar geht es darum, daß sonst die Gefahr besteht, daß dieser Verein seine Lizenz verliert. Es sei mir gestattet, daß ich auch dieses Problem anschneide.

Jetzt wird es schon ein wenig unruhig, Herr Bürgermeister, aber ich bin etwa erst bei einem Viertel meiner Budgetrede angelangt und darf daher bitten,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich bitte um Konzentration für die Ausführungen des Koll. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen - Koll.

Zagler, weil Du davon gesprochen hast, einen Zusatzantrag zu stellen -, daß 7 Mill. Schilling für diese Flutlichtanlage zu bezahlen sind. Der ÖFB beteiligt sich mit 1,5 Mill. S.

Meine Damen und Herren, nun zu einem anderen Bereich. Es gibt zwar ein Sonderwohnbauprogramm in Steyr, aber wir könnten doch - so meine ich - noch etwas mehr erreichen.

Ich möchte meine Kritik nicht gegen die GWG richten - das sei hier klargestellt -, sondern allgemein die Wohnbaupolitik beleuchten. Wie sehr der Einfluß der Politik auf Reformen hemmend wirkt, erkennen wir zweifelsohne auch beim Wohnbau - oder im besonderen Maße beim Wohnbau. Allen erscheinen sie dringend notwendig. Schließlich begleitet uns der Wohnungsmangel in Steyr bei unserer allgemeinen politischen Tätigkeit und beim Kontakt mit der Bevölkerung von Steyr schon seit Jahren und wird trotz intensivster Bemühungen immer stärker. Aus der Sorge, daß man die Mieter nicht der Willkür privater Hausherrn überlassen will, hat man seinerzeit das Instrument der Gemeinnützigen Bauvereinigungen geschaffen.

Inzwischen ist aber von der Nützlichkeit der Gemeinnützigen für Mitglieder, Mieter und Wohnungseigentümer nicht mehr viel übrig geblieben. Die Erfinder des Proporz haben das

Wohnungswesen an sich gerissen und sich dessen bemächtigt. Man weigert sich, den Wohnbau dem Wettbewerb auszusetzen, um dort andere Verhältnisse zu schaffen. Man wird die Gemeinnützigkeit in der derzeit bestehenden Form grundsätzlich überdenken müssen, weil es unhaltbar und untragbar ist, daß die saturierten Wohnbaugesellschaften und Wohnbaugenossenschaften in Österreich auf einem unbesteuerten Milliardenvermögen sitzen, während hunderttausende Österreicher auf eine finanzierbare Wohnung warten müssen.

Eine Studie von Prof. Schneider hat klar beziffert, wie wenig effektiv "Gemeinnützige" Förderungsmittel einsetzen, wie wenig Wohnraum sie mit dem Geld schaffen können, das sie erhalten. Und es hat nicht sehr viel Sinn, an diesem Gutachten seine Zweifel zu haben, sondern es wäre sinnvoll, sich mit der Problematik nicht nur rhetorisch, sondern auch in der Praxis auseinanderzusetzen.

Man scheut in diesem Bereich den Wettbewerb und fürchtet die Kontrolle - dieses Eindrucks kann man sich nicht erwehren. Das zeigt das Scheitern des FPÖ-Antrages im Landtag auf Überprüfung der Grundtransaktionen der WAG, das zeigt das Scheitern des Einsetzens von Untersuchungsausschüssen in der WEB-Angelegenheit. Die Lage

auf dem Wohnungsmarkt, meine Damen und Herren des GR,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ein bißchen zur Sache, bitte!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

..... wird aber auch die unbeweglichsten Verteidiger des derzeitigen Systems zum Umdenken zwingen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ja, aber ich würde jetzt schon ersuchen, zum Budget der Stadtgemeinde Steyr zu sprechen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich glaube, es war bisher immer so üblich, daß es möglich ist, Ausführungen etwas umfangreicherer Art zu machen - das hängt ja auch mit dem Budget zusammen! Ich nehme selbstverständlich den Ruf "zur Sache" zur Kenntnis.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Die Bürgermeister waren auch immer bemüht, zur Sache aufzurufen! Ich kann mich da noch an viele Debatten erinnern.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich glaube schon, und das darf ich abschließend bemerken, daß gerade das Wohnungsproblem von besonderer Bedeutung ist und ich glaube, daß auch die Koll.

im GR Verständnis dafür gehabt haben, daß ich einen kleinen Ausflug gemacht habe.

Aber nun, meine Damen und Herren des GR, darf ich dieses Thema verlassen und feststellen, daß die Freiheitliche GR-Fraktion noch nicht ganz zufrieden ist mit diesem Budget, das heute hier vorgelegt wird, weil eben versch. freiheitl. Einsparungsvorschläge noch nicht konkret ihren Niederschlag gefunden haben. Ich meine dabei im besonderen - darüber ist heute auch schon diskutiert worden - die Überdachung der Kunsteisbahn, wobei wir davon ausgegangen sind, daß man in diesem Bereiche der Freizeiteinrichtungen Prioritäten hätte setzen müssen. Ich kann hier feststellen, daß die Überdachung dieser Kunsteisbahn incl. der Planung nunmehr 14,6 Mill. S kostet (Beitrag vom Land 3,9 Mill.). Um mit den Worten des Herrn Bgm. zu sprechen: Das ist doch ein sehr teures Nebengeräusch, das hier finanziert wird! - Der Hr. Bürgermeister hat nicht zugehört, aber er wird das sicherlich im Protokoll nachlesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

14,6 Mill. - ich habe das sehr wohl gehört! Aber ich werde mir dann erlauben, ein bißchen näher zu erläutern, wer schuld ist an dieser Verteuerung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke bestens. Ich bin schon sehr erfreut darüber und werde mich sicherlich bemühen, genau zuzuhören. Ich darf auch bitten, mir weiterhin Ihr Ohr zu leihen, wenn ich in meiner Betrachtung des Budgets fortfahre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wenn es interessant ist, immer!

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist oft gar nicht so sehr das Interessante, sondern sehr oft das Unangenehme, das nicht zum Zuhören anregt!

Kritisch und bemerkenswert, meine Damen und Herren des GR, sind auch die Schwerpunkte dieses Haushaltsvoranschlags '93, aber auch dieser Legislaturperiode.

Bitte, das muß man schon sehen, das war ein Solidaritätsbeitrag für Hr. Dir. Zagler. Der hat bereits ausgesprochen, also ist es nicht verwunderlich, wenn die Schüler den Raum verlassen. Darf ich nun weitersprechen; ich danke bestens für die Worterteilung! Meine Damen und Herren, ich kann Sie beruhigen, ich komme dann schon zum Wesentlichen, es wird nicht mehr so lange dauern!

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war nur die Einleitung, denn ich habe das Glück, daß vor mir

Koll. Sablik so kurz gesprochen hat, weil der Hr. Bgm. schon vorher die Budgetrede gehalten hat, weil er das Konzept so genau gelesen hat - das hat er zumindest gesagt!

Nun darf ich aber in meinen Ausführungen zum Budget weiter fortfahren. Ich habe damit aufgehört, daß ich festgestellt habe, daß wir die Schwerpunkte dieses Haushaltsvoranschlags '93 sehr kritisch beurteilen und einige Kapitel doch mit etwas Nachdruck betrachten müssen. Es ist eigentlich doch nicht sehr erbaulich, wenn man feststellt, daß jetzt im Bereich vom Sozialen - ich meine, daß vorher sozialistische Stadträte dafür verantwortlich waren - Schwerpunkte gesetzt werden müssen, wie im Altenheim, in den Kindergärten, Geschützte Werkstätte usw.

Gerade im Hinblick auf die sich abzuzeichnende Konjunkturabschwächung sind die gesetzten Signale bestimmt notwendig, aber sicherlich nicht ganz richtig. Auch der Rechnungshof empfahl, die grundsätzliche Überlegung anzustellen, inwieweit mit den vielfältigen Möglichkeiten im Bereich des Fremdenverkehrs ein zusätzliches Standbein in der Wirtschaftsstruktur der Stadt geschaffen werden soll. Erst danach wären nicht nur die Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen im Rahmen dieser Zielvorgaben auszurichten, son-

dem auch der Fremdenverkehrsverband in der Erfüllung des Tourismus- und Marketingkonzeptes entsprechend zu unterstützen. Jetzt muß man endlich einmal vagen Absichtserklärungen auch konkrete Taten folgen lassen. Mit jeder vertanen Legislaturperiode wird es nämlich schwieriger, dieses Terrain, das verloren wurde, wieder aufzuholen!

Das Budget '93 war und ist aber zum Teil heute noch ein fortgeschriebenes Zahlenwerk, wo man sozusagen schicksalhaft diverse großvolumige Kostenerweiterungen in Kauf nimmt. Trotz der doch aner kennenswerten Überschaubarkeit dieser Budgetvorlage ist doch festzustellen, daß einige Definitionen doch nicht so sind, daß man einfach "Zugang" zum Budget findet, wie das Koll. Zagler vorhin in seiner Grundsatzrede erklärt hat.

Schicksalhaft werden Personalzuwächse hingenommen. Der Personalstand - da darf ich etwas weiter zurückblicken - ist von 1980 von 739 auf 882 im Jahre 1992 angestiegen. Die Zuwachsrate im letzten Jahr betrug aber davon alleine 22. Die Personalkosten haben sich daher von ca. 143 Millionen im Jahre 1980 auf über 300 Millionen S im Jahre 1992 mehr als verdoppelt!

Die alte freiheitliche Forderung nach Abschaffung der durch keinerlei Einzahlungen gerecht-

fertigten Stadtsenatspensionen wurde in den letzten Jahren noch heftig belacht, möchte ich feststellen. Heute kann ich von dieser Stelle aus feststellen, daß sie abgeschafft ist!

Die interne Organisationsanalyse des Magistrates, die die Freiheitlichen vehement im Jahr 1991 gefordert haben, ist mit den Stimmen der SP und VP auf eine Analyse des KDZ reduziert worden. Man braucht kein professioneller Organisationsanalytiker zu sein, um zu erkennen, daß die 2. Führungsebene mit 18 Abteilungen und Referaten um ca. 10 zu breit angelegt ist. Die Straffung der Organisationsstruktur des Magistrates soll auch finanzielle Einsparungen ermöglichen.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich die Begründung anführen, warum wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion - mit Ausnahme eines Mandatars, der sich nicht davon überzeugen hat lassen und er wird das auch begründen, daß dieser Entwurf nicht seinen Vorstellungen entspricht - diesem Budget die Zustimmung geben werden? Die FPÖ-Fraktion konnte bei den Verhandlungen folgendes erreichen:

Im kulturellen Bereich:

Adaptierung und weiterer Ausbau der Schloßgalerie 1,100.000 S; Adaptierung der Bibliothek im Schloß Lamberg 300.000 S; das Hauptkonto der

Kulturabteilung (Honorarkonto) 1,570.000 S; für Kunstankäufe insbesondere Steyrer Künstler 250.000 S; für die Gründung eines Automuseums 300.000 S; Förderung von Kunst und Kulturvereinen 300.000 S.

Im Verkehrsbereich:

Für Maßnahmen des öffentlichen Nahverkehrs sind 15.000.000 S aus den Mitteln des Sparkassenverkaufes vorgesehen. Dies ist auch insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung des Stickler-Verkehrskonzeptes zu sehen. Es ist auch die Zusage für die Installierung eines Mobilitätsberaters gemacht worden.

Freibad:

Hier wurde im Zusammenhang mit der Sanierung des Tauchergartens eine Absichtserklärung abgegeben, daß, sofern die Standortfrage und sämtliche Fragen, die das Umfeld des Freibades betreffen, geklärt sind, eine Kreditüberschreitung bzw. -aufnahme in einem Nachtragsvoranschlag gewährt wird.

Ausbau des Gasnetzes:

Hier wurde vereinbart, daß die Aufschließung der Retzenwinklersiedlung, 2. Teil, mit einem Betrag von 2,100.000 S, und die Aufschließung der Neuschönau, 3. Teil, mit einem Betrag von 3,200.000 S, in den Investitionsplan der Stadtwerke Steyr wieder aufgenommen wurde.

Kontrollamt:

Hier wurde vereinbart, daß ein zusätzlicher Bautechniker im Kontrollamt eingesetzt wird und dies in Form eines Abänderungsantrages zum Dienstpostenplan beschlossen werden soll. Darüber hinaus sollen im Rahmen eines Zweckwidmungsbeschlusses über die Verwendung der Sparkassengelder folgende Zweckwidmungen enthalten sein: Errichtung einer Fachhochschule: 15.000.000 S; Errichtung des Bahnhofparkdecks: 15.000.000 S; Sanierung Hallenbad: 15.000.000 S, zu den 5 Mill. S zusätzlich dazu, die von StR Zagler vorhin angezogen wurden und die der Finanzierung für die Planung und Ausschreibung dienen sollen. Das ist unter dem Aspekt zu sehen, daß dies doch ein deutliches Signal sein soll in Richtung Land, um die angesprochenen Förderungsmittel so rasch als möglich erhalten zu können. Denn es ist wirklich höchst an der Zeit, daß wir diese Mittel erhalten, um entsprechende Maßnahmen setzen zu können, bevor das Hallenbad zugesperrt werden muß! Das möchte ich auch sehr deutlich hier zum Ausdruck bringen.

Diese, von der FPO gestellten Forderungen, meine Damen und Herren, wurden neben einer Reihe von weiteren Wünschen und Anregungen auf Partei-Ebene - da hat es ja auch eine Einladung gegeben, Vorstellungen zum Budget 1993

einzubringen - erfüllt, sodaß wir dieser geänderten Budgetvorlage unter Berücksichtigung, daß über einzelne Budgetkapitel nicht getrennt abgestimmt werden kann, die Zustimmung geben werden. Mit einer Ausnahme, das habe ich bereits vorhin angekündigt. Wir haben in unserer Fraktion Verständnis für diese Haltung, denn GR Günter Fürweger wird es dann noch aus seiner Sicht genau erläutern und begründen.

Daher bleibt mir nun noch abschließend, meine Damen und Herren des GR, Ihnen, werte Herren Bürgermeister, allen Beamten und Bediensteten des Hauses, sofern es nicht noch eine andere Gelegenheit dazu gibt, ein angenehmes Weihnachtsfest sowie ein gesundes und schaffensreiches Jahr 1993, namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zu wünschen.

Ich danke für die teilweise Aufmerksamkeit!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke für die Ausführungen. Normalerweise wäre lt. Regieplan nun die Kaffeepause an der Reihe. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

PAUSE VON 15.11 BIS 15.30 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Wir setzen unsere Sitzung fort. Der nächste am Wort ist der Vorsitzende der ÖVP-Fraktion, Hr. StR Ing. Schloßgangl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1993 wird heuer erstmalig die Milliardengrenze überschreiten und mit einer Gesamtsumme von 1,145.409.000 S - das ist nicht mehr ganz richtig, denn mittlerweile wurde sie korrigiert auf 1,148.099.000 S - um rund 15 % höher sein, als der Voranschlag 1992. Der o. H. ist mit Einnahmen und Ausgaben von 886,536.000 S (korrigiert) ausgeglichen. Er ist um ursprünglich 68,4 Mill. S oder 8,4 % höher als jener von 1992. Wobei eine Rücklagenentnahme von 21,888.000 S vorgesehen ist. Einen Schwerpunkt des o. H. bilden wie immer die Personalausgaben. Mit den Pensionen und Ruhebezügen sowie der Aufwandsentschädigung für Funktionäre betragen sie rd. 380,000.000 S oder - hier differiert der Prozentsatz etwas von dem des Koll. Zagler - 43 % der Gesamtausgaben des o. H. Dies

entspricht einer Steigerung von rd. 37,8 Millionen gegenüber '92. Der ao. H. mit Ausgaben von 260,363.000 S - korr. 261,563.000 S - muß durch eine Rücklagenentnahme von 90,513.000 und eine Darlehensaufnahme von 80,100.000 ausgeglichen werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß der Voranschlag für das Jahr 1993 bes. übersichtlich und gut gegliedert erstellt wurde. Durch die beigefügten Erläuterungen und Ausführungen erspart man sich das früher erforderlich gewesene Nachfragen; vor allem über die diversen Transferzahlungen bzw. die genaue Verwendung der Mittel, sodaß aus dem vorliegenden Werk auch weniger Geübte sich leicht in diesem Budget '93 zurechtfinden können.

Laut Dienstpostenplan 1993 beträgt die Zahl der Beschäftigten beim Magistrat 908,5 Bedienstete, wobei noch 58 Bedienstete, die sich im Karenzurlaub o. ä. befinden, nicht berücksichtigt sind.

Die ÖVP hat bei ihrer Zustimmung zum Budget 1992 u. a. gefordert, daß Überlegungen angestellt werden müssen, um eine Strukturanalyse zu erstellen, um durch Umstrukturierung und Rationalisierung eine bessere Effizienz zu erreichen. Und letztlich, um durch ein entsprechendes Kosten-Nutzen-Denken und eine Kosten-

stellenrechnung, neben der Verbesserung der Aufbauorganisation, der Führungsstruktur, der Bürgerorientierung und Personalentwicklung, auch effektive Einsparungen zu erzielen.

Zu Beginn dieses Jahres wurde das KDZ (Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum) mit der Organisationsberatung für den Magistrat der Stadt Steyr beauftragt und bei der Vorlage des vorläufigen Untersuchungsergebnisses Anfang Dezember d. J. wurden recht brauchbare und vernünftige Vorschläge unterbreitet. Hier möchte ich beispielsweise ganz kurz erwähnen: Straffung der Organisation - 8 Abteilungen statt bisher 12; eigene Kontrollabteilung (Bürgeranwalt); Stabstellen der Magistratsdirektion; Zusammenlegen von Abteilungen; Autonomie der wirtschaftl. Einrichtungen; Einführung der Kostenrechnung - wie bisher schon im Wi-Hof sehr erfolgreich durchgeführt; und vor allem die Verselbständigung von GWG, der Stadtwerke und des RHV. Wobei natürlich die organisatorischen, steuerrechtl. und arbeitsrechtl. Fragen abgeklärt werden müssen. Wir sehen hier eine jahrelange Forderung der ÖVP in Bälde realisierbar. Eine zweite wesentliche Forderung zum Budget '92 war die Realisierung eines Stadtent-

wicklungskonzeptes. Auch hierfür wurde heuer der Auftrag an Univ.-Prof. Dr. Breitling, Graz, vergeben. Anfang 1993 soll damit begonnen werden. Von verschiedenen Seiten wurden gegen die Bestellung von Prof. Breitling Bedenken geäußert, daß er nur ein Raumordnungskonzept und kein Stadtentwicklungskonzept erstellen könne und werde. In der BAO ist unter § 55 das örtliche Raumordnungsprogramm - Entwicklungskonzept = die Gesamtheit der planerischen Leistungen zur Festlegung von Zielen und Maßnahmen der örtlichen Raumplanung, soweit diese Leistungen nicht Inhalt anderer Planungsstufen sind - genau festgelegt. Die Gesamtleistung besteht aus folgenden Teilleistungen, die ich nur ganz kurz streifen möchte:

Erfassung und Darstellung aller verfügbaren Daten und räuml. Gegebenheiten, die für das örtl. Raumordnungsprogramm von Bedeutung sind, unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung sowie Auswertung und Problemanalyse in Plan und Schrift. Die Bestandsaufnahme besteht im allg. aus Feststellung der räuml. funktionalen Verflechtungen mit dem Umland und den Einwirkungen überörtlicher Planungen und Festlegungen - z. B. Arbeitspendler, Zentralitäten, Versorgungseinrichtungen und -anlagen, Wirtschaftsverflechtung,

überörtliche Raumordnungspläne und -programme, Planungen, benachbarte Gemeinden udgl. Weiters Feststellung möglicher Randbedingung für die Planung, die sich aus der Natur und Umweltsituation ergeben - z. B. Gefährdungsbereiche, natürliche Standortfaktoren, Gelände Klima usw.

Feststellung der Entwicklungstendenzen und Struktur der Bevölkerung (Wohnbevölkerung, berufstätige Arbeitsbevölkerung, Altersstruktur, sozio-ökonomische Struktur, Migration udgl.).

Feststellung der Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Betriebsstruktur, Produktionsschwerpunkte, Handel, Industrie und produzierendes Gewerbe - z. B. Standortvoraussetzungen.

Feststellung von Entwicklungstendenzen des Baugeschehens und der Siedlungsstruktur; Wohnbaugeschehen, Funktionsbereiche, Randbedingung der Entwicklung; Fremdenverkehr, Kapazitäten und Rentabilität, Feststellung der Randbedingungen bzw. Mängel der Infrastruktur - z. B. Verkehrssysteme, technische Ausstattung, Leistungsfähigkeit und Einzugsbereiche. Feststellung der Versorgungssituation mit öffentl. Einrichtung (Verwaltung, Bildung, Kultur, soz. Betreuung, Gesundheitswesen, Sport, Erholung udgl.).

Letztlich die Feststellung der Finanzsituation und Finanzkraft

der Gemeinde - z. B. Gemein-
dehaushalt, Steuerkopfquote,
Investitionsschwerpunkte udgl.
Es wird dann in einem
Vorentwurf fortgesetzt -
anschließend wird ein Entwurf
erstellt und letztendlich die
Ausfertigung.

Bereits im Jahre 1972 wurde von
der TU Graz unter Prof. Dr.
Hierzegger eine Broschüre "Steyr
- Grundlagen zur Stadter-
neuerung 1972", finanziert von
den Service-Clubs Steyr, unter
der Führung des Round Table
Clubs Steyr, erstellt. Diese besitzt
in Grundsätzen und Teilen heute
noch Aktualität; leider wurde sie
1972 im Archiv abgelegt und
dürfte etwas verstaubt sein! Mit
großem Interesse sehen wir
daher der Verwirklichung eines
Stadtentwicklungskonzeptes
entgegen. Wir erwarten uns eine
intensive Bürgerbeteiligung und
eine offene und rege Diskussion,
vor allem auch in den politischen
Gremien. Die Entscheidung für
die Umsetzung dieses Konzeptes
müssen ja letztendlich die
Politiker treffen und auch
verantworten.

Nun gehe ich auf das Budget
näher ein: Heuer sind für dieses
Stadtentwicklungskonzept 0,6
Millionen vorgesehen!

Ich möchte im wesentlichen die
Schwerpunkte auf den ao. H.
legen: Das sind die Ausgaben für
den Ankauf und die Adaptierung
des Kommunalzentrums mit 35,5
Millionen; die Ausgaben für den
Straßenbau mit 32,5 Millionen;

die Ausgaben für den Kanalbau
mit 32,3 Millionen.

Ein besonderes Schwerpunkt-
thema für die ÖVP-Fraktion ist
die Sanierung des ZAH (neu:
Alten- und Pflegeheim Tabor),
welche zum größten Teil in den
nächsten 3 Jahren realisiert
werden soll und wird. In sehr
intensiven, aber sachlichen
Verhandlungen mit dem
Finanzreferenten ist es hier
gelingen, die erforderlichen
Mittel für die erste Jahresrate in
Höhe von 24,6 Mill. S
bereitzustellen und im Budget
1993 festzuschreiben.

Für Altstadterhaltungsmaß-
nahmen aus dem Referat
Denkmalpflege - ebenfalls ein
Referat von Koll. StR Holub -
wurden 4,95 Mill. S
bereitgestellt.

Ein besonderes Anliegen waren
und sind uns die
Sonderförderungen für Steyrdorf
(Sonderwirtschaftsförderung 1,5
Mill; Wohnbausonderförderung
2,5 Mill.). Eine nicht mindere
Bedeutung hat für uns aber auch
die allg. Wirtschaftsförderung.
Hier sind vorgesehen: für die
Erstellung eines Wirtschafts-
Entwicklungskonzeptes 1 Million;
für Zinsenzuschüsse 2 Millionen
und für Einmalzuschüsse
allgemein und für Steyrdorf je 1
Million, also wiederum 2
Millionen. Für die Nahversorgung
sind 500.000 S präliminiert. Der
Rest auf die Gesamtsumme von
21,33 Mill. S teilt sich mit 11

Millionen an BMW und 3,33 Millionen an SNF auf. Für den Wohnbau sind 9,05 Mill. vorgesehen. Beträchtliche Summen sind für die längst fällige Parkraumbewirtschaftung (Anschaffung der Parkscheinautomaten) präliminiert. Ebenso ist aus diesen Mitteln aufzubringen: das Geld für den Übergang Plenkberg, für die Überdachung der Kunsteisbahn, für die EDV-Ausstattung sowie der jährl. Investitionskostenbeitrag für die Stadtwerke, der heuer 7,34 Mill. beträgt. Für die Modernisierung der Rot-Kreuz-Dienststelle sind über 4 Mill. S vorgesehen. Die Feuerwehr, die Kindergärten und das FAZAT bekommen ebenfalls beträchtliche Mittel - ich möchte jedoch jetzt nicht die einzelnen Summen nennen. Erfreulicherweise sind für die Planung einer neuen Musikschule 0,5 Mill. S vorgesehen. Ebenso für die Behindertenwohnanlage der Lebenshilfe in Gleink. Für den Bau eines Fußgängerüberganges beim Schulzentrum Leopold-Werndl-Straße - Krackowitzerstraße sind als 1. Teil für Grundeinlösen 100.000 S und für die Gehsteige (Baukostenanteil) 20.000 S vorgesehen. Hier soll als 1. Etappe ein gesicherter Fußweg (vermutlich Schutzweg mit Ampelregelung) errichtet werden. Es gibt seit über drei Jahren eine Forderung, die mittels Unterschriftenlisten seitens der betroffenen

Wohnbevölkerung im Magistrat eingebracht und auch dem Verkehrsausschuß damals unterbreitet wurde. Für den Ausbau der Gleinker Hauptstraße mit entsprechender Platzgestaltung vor dem Klostereingang - eine langjährige ÖVP-Forderung - sind heuer 2 Mill. S vorgesehen, sodaß dieses Projekt auch in Angriff genommen werden kann. Eine besondere Bedeutung für uns hat der Ausbau der Gußwerkstraße als Entlastungsstraße der Haager Straße. Hier sind für 1993 4 Millionen geplant. Die Grundeinlöseverhandlungen mit der Steyr-Daimler-Puch AG stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Begonnen mit dem Ausbau wird beim Anschluß an das Industriegelände Hinterberg und als 1. Etappe bis zum Gußwerk SLR geführt werden. Durch den Ankauf der Hauptrepa kann auch die versprochene Verbindungsstraße zwischen Ennser- und Resthofstraße in Angriff genommen werden. Für die Projektierung des Bahnhof-Parkdecks, wofür Zusagen von rd. 60 Millionen S vorliegen, sind 3 Millionen vorgesehen. Weiters wird der Ausbau der Hausleitnerstraße bis zur Mülldeponie (von der Nordspange) sowie die Oberflächengestaltung in der Kirchen- und Gleinkergasse nach dem Leitungsbau immerhin 4,2 Millionen S kosten.

Das Radwegenetz wird durch den Fußgängerübergang Plenkberg, die Verlängerung in der Gartenbauerstraße und den Radweg "Ennser Straße" ergänzt. Im Umweltbereich sind Mittel für die Deponieerweiterung, Sonderanlagen (Deponieentgasung mit entsprechenden maschinellen Einrichtungen) sowie eine Kehmaschine vorgesehen. Für die Detailplanung und Ausschreibung des dringend sanierungsbedürftigen Hallenbades sind Mittel von 5 Millionen vorgesehen. Für Grundankäufe - allerdings nur für den Wohnbau und als Tauschgrund für die Erweiterung der Mülldeponie) benötigen wir 15 Millionen Schilling. Für die Errichtung von 40 Kleinwohnungen sind 10,9 Millionen vorgesehen. Für die Erschließung eines neuen Brunnenfeldes ist eine Million bereitgestellt.

Wenn man die Gesamtsumme der Darlehen ansieht, so ergibt sich ein Schuldenstand für 1993 von 592,164.175,33 S, der präliminiert ist. Das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von etwas über 15.000 S.

Wenn ich nun zusammenfasse, so kann ich feststellen, daß es auch heuer wieder möglich war, daß die jeweiligen Referenten in ihren eigenen Ressorts bei der Budgeterstellung mitwirken konnten. Die Verhandlungen über die notwendigen und geforderten Mittel möchte ich als zäh, hartnäckig und schwierig,

aber fair bezeichnen, wobei sie praktisch bis zum letzten Tag geführt wurden. Ich würde mir wünschen - ich möchte das als Forderung meiner Fraktion in den Raum und an den Finanzreferenten stellen -, daß im nächsten Jahr das endgültige Budget früher stehen muß, sodaß die entsprechende Vorlagefrist von 1 Woche vor Behandlung im GR auch eingehalten werden kann.

In den Nachverhandlungen wurden Mittel für die Adaptierung des Schloßmuseums von 1,1 Millionen S, die eigentlich alle Fraktionen gefordert haben, für die Adaptierung der Bibliothek im Schloß Lamberg 0,3 Millionen, sowie die Aufstockung der Kulturausgaben auf 1,57 Mill. beschlossen und festgestellt.

Trotz des relativ guten Verhandlungsergebnisses, mußten - so glaube ich - von jeder Fraktion Abstriche bei den Wünschen der einzelnen Ressorts gemacht werden. Dabei haben wir heuer das Glück, daß 1991 im o. H. Mehreinnahmen von rund 153,8 Mill. S gemacht wurden und damit durch das unvorhergesehene zusätzliche Gewerbesteueraufkommen ein Überschuß von 77,6 Millionen erzielt werden konnte, der an die allg. Betriebsmittelrücklage zugeführt wurde. Auch für 1992 sind entsprechende Rücklagen zu erwarten.

Die Mehrausgaben im ao. H. 1991 betragen rund 66,2 Millionen. Der Abgang beträgt 200,7 Millionen, der durch 148,7 Millionen Rücklagenentnahme (82 Mill. Zuschußbetrag aus o. H.) und Darlehensaufnahmen von 52 Mill. abgedeckt wird.

Der ao. H. 1993 beträgt ca. 261 Millionen, wovon zur normalen Deckung von 200,213.000 Rücklagenentnahmen von 90,5 Mill. und Darlehensaufnahmen von 80,1 Mill. gemacht werden und der Rest von 60,15 Mill. durch Verwendung von Geldern aus dem Sparkassenverkauf finanziert bzw. gewidmet wird. Dabei war es unsere Forderung, für Maßnahmen des öffentlichen Nahverkehrs 15 Millionen, für die Errichtung einer Fachhochschule 15 Millionen, für die Errichtung des Bahnhof-Parkdecks 15 Millionen und für die Sanierung des Hallenbades 15 Millionen einem entsprechenden Zweckwidmungsbeschluß zuzustimmen. Gemeinsam wurde dieser Beschluß erreicht; ebenso wurden oder werden entsprechende Fondsrichtlinien beschlossen.

Trotz des glücklichen Umstandes, daß wir im Sparkassenfonds derzeit Mittel in Höhe von rund 184 Mill. zur Verfügung haben, werden wir angesichts der angespannten und auch in weiterer Zukunft zu erwartenden Konjunkturschwäche im nächsten Jahr vorsichtig budgetieren müssen. Dazu ist unbedingt die

Erstellung eines mittelfristigen Finanzplanes notwendig, der auch längerfristige Projekte und Planungen beinhalten muß. Hiefür wird vor allem auch das Stadtentwicklungskonzept von maßgebender Bedeutung und Grundlage sein.

Aufgrund der Berücksichtigung der von uns begründeten und sachlich fundierten Budgetwünsche, nicht zuletzt auch wegen der Erstellung der Fondsrichtlinien für die Verwendung der Gelder aus dem Sparkassenverkauf, der Bestellung eines Vergabegremiums sowie dem Zweckwidmungsbeschluß für die Fondsgelder, werden wir dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1993 unsere Zustimmung geben.

Abschließend möchte ich mich bei den mit dem Voranschlag befaßten Beamten, besonders bei Hr. Mag. Lemmerer, für die klare und übersichtliche Darstellung, sowie beim Finanzreferenten, Mag. Zagler, auch dafür bedanken, daß die Referenten zur Mitberatung eingeladen wurden.

Da dies heute die letzte Sitzung in diesem Jahr ist, möchte ich mich namens meiner Fraktion, aber auch in meinem eigenen Namen, bei allen Kollegen des GR bedanken und wünsche allen Beamten sowie Ihnen, meine geschätzten Damen und Herren, friedvolle Weihnachten und für das neue Jahr Glück und persönliches Wohlergehen!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich danke vielmals für diese Ausführungen seitens der VP-Fraktion. Nun darf ich Frau Kollegin Scheucher bitten, Stellung zu nehmen, denn sie hat sich als nächste zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich habe heute zum zweiten Mal das Vergnügen, die Fraktionsrede der GAL zum Budget halten zu dürfen und ich kann mich noch sehr genau an das Vorjahr erinnern, als ich zum ersten Mal hier stand. Auch an die Atmosphäre, die hier im Raum geherrscht hat und an dieses Gefühl, das mich damals beherrscht hat. Es war ein Gefühl - ich habe mir gedacht, es hat etwas Neues begonnen, irgendetwas hat sich verändert, versteinerte Strukturen brechen auf, es muß in eine neue Richtung gehen, es kommt etwas in Bewegung. Es war einfach auch von uns das Gefühl, leisten wir unseren Beitrag zu diesem Neuen, das sich anzubahnen scheint.

Seither ist, wie Hr. StR Zagler schon gesagt hat, ein Jahr vergangen, seither hat man etwas mehr Überblick gewonnen,

etwas mehr Zeit gehabt, Dinge auch anders zu sehen. Wenn ich nun zurückblicke, dann ist die Euphorie längst verflogen und von dieser Aufbruchstimmung, die wir alle hier gespürt haben, ist für mich nichts mehr zu spüren. Der alte Trott ist wieder eingeekehrt. In der Politik herrscht nach wie vor zum Teil die Politik der Intervention - ich denke dabei an das heute schon angesprochene Genehmigungsverfahren für Mc Donalds; ich denke hier an gewisse Verkehrsberuhigungs-Maßnahmen, die - wenn genug interveniert wird - einmal so und einmal so zurückgenommen werden. Ich denke aber auch daran, daß in der Politik in Steyr eine gewisse Machtdemonstration bemerkbar ist: Wer die stärkste Lobby hat, der setzt sich letzten Endes durch - da fällt mir der Bau des Eislaufplatzdaches ein, von dem auch der Hr. Bgm. heute schon gesprochen hat. Ich glaube nicht, daß man den Anrainern den Vorwurf machen kann, nur weil sie ihre Rechte wahrgenommen haben, wird dieses Eislaufplatzdach teurer. Denn diese Zusatzzusagen hätten wahrscheinlich auch ohne frühzeitigen Einspruch der Anrainer gemacht werden müssen. Man muß sich nur das schalltechnische Gutachten ansehen, dann hätte die Stadt das früher oder später sowieso machen müssen. Hier den

Anrainern Vorwürfe zu machen, finde ich verkehrt.

Es gibt bei wichtigen Projekten noch immer keine echte Bürger(innen)-Beteiligung in dieser Stadt. Es werden Befragungen, Fragebogenaktionen oder teilweise Stadtteilgespräche - wie ich sie einmal erlebt habe und die sich auf Stammtischniveau bewegt haben - als Bürger(innen)-Beteiligung verstanden. Das ist es für uns nicht. Für uns ist Bürgerbeteiligung ein demokratischer, konsequenter, begleitender Prozeß für jedes gravierende Vorhaben.

Die GAL ist einfach mit den Strukturen der Steyrer Politik nicht einverstanden und deshalb auch nicht mit einem Budget, das diese Strukturen im nächsten Jahr finanzieren wird. Oder sind Sie vielleicht damit zufrieden, daß die Stadt langsam zuwuchert, daß die Verkehrsstaus immer länger werden? Wenn Sie damit nicht zufrieden sind, warum setzen Sie keine deutlichen Alternativen? Über das Budget hätten wir die Möglichkeit, Impulse in eine neue Richtung zu setzen. Doch wir merken nichts von Impulsen in diese Richtung. Vielleicht ist Ihre Richtung nicht die Richtung der Grünen Fraktion. Vielleicht merken wir nur deshalb nichts davon. Es gibt nämlich auch schon Gemeinden, die den Problemen mit neuen Ideen begegnen. Wenn ich mir z. B. in Krems die wirklich

vorbildliche Altstadtrevitalisierung ansehe, dann ist das mehr, als wir mit Fassadenrenovierungen erreichen!

In Steyr betreiben wir - erlauben Sie einen medizinischen Ausdruck - eine Art symptombezogene Politik. Wir kurieren Symptome, Erscheinungen - oft mit sehr viel Geld -, aber wir packen das Übel nicht an der Wurzel.

Uns Grünen wird oft vorgeworfen, wir seien immer nur in Opposition. Aber solange wir sehen, daß hier nur hinter den Ereignissen nachverwaltet wird, solange können wir uns mit dieser Politik nicht mehr identifizieren!

Wir geben uns keinen Illusionen hin, daß man in Steyr die allgemeinen Trends total umkehren kann, aber wir sehen auch keine Ansätze, daß man versucht, das Möglichste zur Verringerung der Umweltbelastung, zum schonenderen Umgang mit der begrenzten Ressource Boden, zum sparsamen Umgang mit Energie und zur Solidarität mit den Benachteiligten dieser Welt (seien es 3. Welt-Länder oder seien es die Flüchtlinge, die hier herkommen wollen) zu tun.

Man gibt sich damit zufrieden, wenn man Zerstörungsprozesse nicht akut bemerkt, wenn die so langsam und schleichend vor sich gehen, daß der Gewöhnungseffekt das Umfeld des Einzelnen gar nicht wesentlich

beeinträchtigt. Aber wenn Sie bitte einmal 10 - 15 Jahre zurückdenken an Straßen, Plätze, Gegenden in Steyr, die Ihnen vertraut waren, und das über diese Zeitspanne im Rückblick betrachten, dann werden Sie sehen, wie gravierend die Veränderungen im Stadtgebiet waren. Die Grundreserven der Stadt werden zunehmend verbraucht und die Verschuldung der Stadt wächst ständig! Und wer weiß, ob das Budget 1993 noch finanzierbar gewesen wäre, hätte es nicht gegen Jahresende einen unerwarteten Geldsegen gegeben. Was ist, wenn dieser Geldsegen eines Tages ausbleibt? Sie selber haben ja auch von den eher düsteren Konjunkturprognosen gesprochen!

Wir glauben einfach, daß man in Steyr in dieser Beziehung aus den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit nichts gelernt hat und sich neuerlich abhängig macht. Machen wir eben vom wirtschaftlichen Wohlergehen eines großen Betriebes, dem es Gott sei Dank noch gut geht, das Wohlergehen der Stadt Steyr abhängig! Was ist, wenn das einmal ausbleibt?

Das vielzitierte "Familiensilber", von dem immer geredet wird, haben wir nämlich auch schon verscherbelt und es deckt einen beträchtlichen Brocken unserer städtischen Aufwendungen. Wir glauben, daß man genau bei Ausgaben, die irreversible Ver-

änderungen bewirken, besonders sparsam sein müßte und daß man sehr viel mehr Hirn, Zeit, Energie und auch Geld in eine solide Planung stecken müßte! Nämlich in eine langfristige, grundsätzliche Planung!

Sie mögen uns "Konzeptionitis" unterstellen, doch gut durchdachte Konzepte machen sinnvolle Arbeit erst möglich und helfen vielleicht auch Geld sparen.

Für die Stadt Steyr fehlt ein Planungskonzept! Nach dem Motto, wie es der Hr. Bgm. formuliert hat: "Der Weg ist das Ziel", befinden wir uns in Steyr auf dem Weg, ohne zu wissen wohin. D. h., wir lassen uns von irgendwelchen Sachzwängen vorantreiben. Wir glauben noch immer, daß Steyr trotz allem ein in der nötigen Breite angelegtes Stadtentwicklungskonzept dringend nötig gehabt hätte - und keine Schmalspurversion davon! Wir glauben, daß Grünland-erhaltung und Altstadtrevitalisierung in einem engem Zusammenhang stehen. Gehen Sie einmal am Abend über den Stadtplatz, wenn die Lichter in den Geschäften und Banken ausgegangen sind. Sie werden bemerken, daß sehr wenige Häuser bewohnt sind. Dafür nimmt das Hinauswuchern der Stadt ins Grünland immer mehr zu - mit allen Problemen, die Sie ja selber kennen! Hier müßte man steuernd eingreifen. Und ein Weg, der in Steyrdorf beschriftet

wurde, ist richtig. Hier hat man zaghafte Ansätze in die richtige Richtung gemacht. Allerdings hat man im Zuge dieser ganzen Steyrdorf-Diskussion, die zwar für OÖ ganz lustig war, aber für die Betroffenen weniger, schlußendlich einen wunderschönen Platz ruiniert! In der jetzigen Situation ist nämlich vom Wieserfeldplatz nichts mehr übrig geblieben. Sogar die Anrainer sind in dieser Beziehung ganz unserer Meinung. Diese Denkweisen muß ich leider auch im Umwelt-Budget feststellen. Es ist ein sehr großes Budget, aber - sind Sie mir nicht böse - es ist ein "Entsorgungsbudget". Es wird viel Geld für Entsorgung jeder Art ausgegeben - notwendigerweise! Aber es ist ein Nullbudget in bezug auf Umwelt-Prophylaxe. Es gibt keine Ideen zur Müllvermeidung. Es gibt auch keine Ideen zu Energiesparmaßnahmen (Kraft-Wärme-Kupplungen u. ä.). Ebenso gibt es keine Maßnahmen für das Wassersparen - z. B. Förderungen von Brauchwasserleitungen und andere dieser Dinge.

Ein weiterer gewaltiger Budgetposten ist der Sozialbereich. Sehr viel Geld wird für das Alten- und Pflegeheim veranschlagt, um Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit zu reparieren. Wir halten diese Ausgaben für dringend notwendig und richtig; keine Frage - trotzdem: für Neues, für

die von allen Fraktionen befürworteten, dezentralisierten Altenhäuser in den Stadtteilen ist aufgrund dieses "Nachverwaltens" kein Geld mehr vorhanden. Außerdem ist es üblich geworden - nicht nur in Steyr, sondern allgemein -, daß wichtige Sozialarbeit auf Vereine abgeladen wird. Engagierte Menschen verwenden sehr viel Zeit, Arbeit und Ideen, um Lücken im Sozialnetz zu stopfen. Ich brauche Ihnen die Vereine gar nicht alle aufzählen und möchte nur einige nennen: Eltern-Kind-Zentrum, Kinderschutzzentrum, Frauennotruf, Verein Frauenarbeit, Verein für Arbeit, Beratung und Bildung, Atrium usw. Doch einen Großteil ihrer Zeit und Energie müssen diese Vereine aufwenden - ich möchte fast sagen "verschwenden" zur Geldbeschaffung. Sie stehen immer in der Rolle eines Bittstellers da. Die GAL schätzt den Wert der Arbeit dieser Vereine und setzt sich daher auch sehr für sie ein. Deshalb hat sich offensichtlich in der letzten Zeit eingebürgert und man hat sich angewöhnt, unsere Zustimmung zu einem Milliardenbudget von der Zuwendung weniger hunderttausend Schilling an diese Sozialvereine mehr oder weniger zu erwarten.

Die GAL ist nicht mehr bereit, diese Rolle zu spielen. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir sehen es nicht als Gnadenakt

an, daß diese Vereine finanziell abgesichert werden. Sondern wir sehen es als Verpflichtung der Stadt, die Vereine, die ihr so viel an "Kleinkram" in der Sozialarbeit abnehmen, auch ordentlich zu unterstützen. Müßte diese Arbeit nämlich von der Stadt selbst erledigt werden, wäre das mit Sicherheit wesentlich teurer!

Ähnliches gilt bei uns für den Kulturbereich. Da gibt es Initiativen, die nicht nur nicht gefördert, sondern behindert werden. Besonders Jugendkultureinrichtungen sind manchem Steyrer Politiker etwas suspekt - weil vielleicht lauter als gewohnt, weil unkonventionell usw. Sind wir doch froh, wenn wir die Jugendlichen von der Straße wegbringen, wenn sie sich irgendwo aufhalten können, wo sie sich wohlfühlen. Anstatt das zu verhindern, sollten wir es fördern! Die Steyrer Kultur-Szene könnte ich treffend mit Christian Morgenstern beschreiben. Offensichtlich hat er das Steyrer Kulturbudget gekannt; er sagt: "Ihr karret in ewig gleicher Spur, und narret euch vor, das sei Kultur!"

Weiters das bereits angesprochene große Budget für das Stadttheater und sehr wenig für Alternativ-Kultur. Wir fordern gar nicht so wie Hr. Vbgm. Dr. Pfeil in seinen ursprünglichen Medien-Meldungen 10 Prozent des Steyrer Budgets für die Kultur. Er gibt sich dann mit

einem wesentlich kleineren Betrag zufrieden - das ist seine Sache! Für uns wäre eine Umschichtung im Kulturbereich wichtig! Weg vom traditionellen Bereich - nicht völlig weg, aber hin zu einer etwas anderen Kultur. Diese neuen Ideen sollen auch gefördert werden.

Für uns gehört allerdings zu Kultur noch etwas. Für uns ist Kultur auch der Umgang mit den Problemen, die sich aus dem Zusammenleben von Österreichern und Ausländern ergeben. Deshalb finden wir, daß die Einrichtung einer Integrationsstelle in Steyr eine dringende Aufgabe der Stadt gewesen wäre. Es ist leider im Budget dafür nichts vorgesehen. Viele österr. Gemeinden haben schon begriffen, wie wichtig diese Aufgabe ist. Linz hat es leider erst begriffen, nachdem es zu sehr unangenehmen Vorfällen gekommen ist. Ich hoffe für Steyr, daß hier nicht auch etwas Ähnliches passieren muß, bis man begreift, daß so eine Stelle dringend benötigt wird und sie kein Wunsch der GAL Steyr an das Christkind ist!

Ich muß jetzt noch ein paar Worte zum Steyrer Hauptproblem - aus grüner Sicht - sagen. Ich habe es heute schon einmal angedeutet, natürlich ist es der Verkehr! Es ist eben nicht möglich, auf diesem Gebiet allen Einzelwünschen nachzukommen und jeden einzelnen zu fragen, wie er es denn gerne hätte.

Trotzdem ist es so, daß sich der Verkehrsausschuß vielfach mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung oder mit einem Halteverbot drei Mal beschäftigt, weil immer wieder jemand interveniert und dann wird das wieder in eine andere Richtung abgeändert. Dadurch wird die Situation nicht besser! Außerdem glauben wir nicht, daß es gut ist, wenn alles gebannt - wie das Kaninchen vor der Schlange - auf das fertige Verkehrskonzept wartet, denn in seinen Grundzügen ist es ja bereits bekannt. Man könnte damit schon ganz gut arbeiten. Zumindest geht jetzt schon ganz klar daraus hervor, daß auch Prof. Stickler die Auffassung vertritt, daß es nicht möglich ist, den umweltverträglichen Verkehr und den MIV - ich verwende sehr gerne diese Abkürzung für den motorisierten Individualverkehr; sie ist sehr aussagekräftig - gleichzeitig zu verbessern. Das eine geht immer auf Kosten des anderen. Und nun muß ich Sie wieder einmal - und ich werde das hier noch sehr, sehr oft tun - an den Grundsatzbeschuß des Steyrer GR erinnern, der eindeutig eine Bevorrangung des öffentlichen und des umweltfreundlichen Verkehrs festlegt. Ich halte es in dieser Frage mit Cicero und seinem "ceterum censeo" in der Hoffnung, daß ich genauso wie er irgendwann doch Gehör finde.

Für uns - weil gesagt wurde, daß wir Vorschläge bringen sollen - heißt dieses Bekenntnis zum umweltfreundlichen Verkehr: Keine Straßenbreite über das unbedingt notwendige Maß hinaus, wenn wir die Geschwindigkeit im Stadtgebiet unter Kontrolle bringen wollen. Keine Parkgarage, zu deren Erreichung stark bewohnte oder besiedelte Gebiete durchfahren werden müssen. Autofreie Innenstadt und kostenloser Zubringerdienst von Stadtrandparkplätzen. Beschränkung, ja sogar - wenn Sie mir auch Polemik vorwerfen - Behinderung des MIV, aber gleichzeitig das Anbieten von Alternativen (Busspuren, Fahrradstreifen auf den breiten Hauptverkehrsstraßen, zonen-gestaffelte Tarife - wir haben heute schon vieles davon gesagt -, abgestimmte Fahrpläne, bessere Anbindung entlegener Stadtteile, Anruf-Sammel-Taxi - das ist uns alles bestens bekannt -, Verhandlungen mit den Betrieben über bessere Zubringerdienste für ihre Angestellten). Und, - auch bereits angesprochen - da der Verkehr nicht an den Stadtgrenzen aufhört, Beteiligung an überregionaler Verkehrsplanung. Diese Grundlinien müßten auch im Budget durch andere Gewichtung von Straßenbau und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs Ausdruck finden.

Man hat oft das Gefühl, daß wirksame Verkehrslösungen aus Angst verhindert werden, Autofahrer zu vergrämen und eventuell so Wählerstimmen zu verlieren. Denken Sie daran, auch Fußgänger und Anrainer geplagter Straßenzüge haben eine Stimme. Wir halten die Menschen dieser Stadt nicht für so kurzsichtig, nicht zu erkennen, daß es so nicht weitergehen kann. Umfragen in vielen Städten geben uns in dieser Frage recht. Viel mehr Menschen, als die maßgeblichen Politiker glauben, wären bereit umzusteigen, wenn das Angebot stimmt! Zum Schluß möchte ich noch einmal zusammenfassen, daß für die GAL das Budget einer Stadt die Summe ihrer Politik ist. Einer Politik, die in Steyr mit immer höherem Geldverbrauch in denselben alten Schienen dahinfährt. Mit dieser Politik kann sich die GAL Steyr nicht einverstanden erklären und daher einem Budget, das Ausdruck dieser Politik ist, nicht ihre Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-
THENMAYR:

Danke sehr, Frau Kollegin Scheucher. Als nächster hat sich GR Fürweger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWE-
GER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste

der Presse und Steyrerinnen und Steyrer! Diese eine Meldung von der Zunahme der Steyrer Bevölkerung sehe ich nicht so positiv - vielleicht nur der Finanzstadtrat. Aber wenn wir uns Städte ansehen auf der Welt, die groß sind, haben diese die größten Probleme im kommunalen Bereich. Wenn ich nur an wirkliche Großstädte denke - Koll. Tatzreiter sieht mich an - das Wohnungsproblem ist dann sicher noch viel größer. Also ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn wir glauben, wenn die Bevölkerung in Steyr zunimmt, daß es uns besser gehen wird. Ich glaube auch, daß wir unseren Lebensstandard deswegen so gestalten können, weil wir nicht mehr eine Familie haben mit 5 oder 6 Kindern, sondern auf ein gew. Maß heruntergegangen sind. Ich habe mir die Mühe gemacht und im letzten Protokoll vor einem Jahr nachgelesen. Hier spricht schon der Koll. Zagler, daß es ihm ein großes Anliegen ist, den Personalkostenanteil zu senken. Mit Verwunderung nehme ich dann aber schon zur Kenntnis, daß es mehr Leute geworden sind. 25 Leute mehr ist meiner Meinung nach zu viel! Man hätte hier Umschichtungen machen müssen, wir hätten auch Leute freisetzen können durch den Verkauf von städt. Betrieben. Ich denke hier nur an die Bestattung, von der wir auch vor einem Jahr gesprochen haben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Die lassen wir ja zu Diplom-schwestern ausbilden!

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Weiters war auch die Rede von einer mittelfristigen Finanzplanung. Eine mittelfristige Finanzplanung hat es im letzten Jahr auch nicht gegeben.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das stimmt überhaupt nicht, was Du da sagst!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Mit Freude habe ich nachgelesen, daß schon Koll. StR Schloßgagl damals gesprochen hat von der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Das hat auch in der letzten GR-Sitzung Koll. Spöck wieder erwähnt. Durch diese Maßnahmen könnten sicher wieder neue, zusätzliche neue Gelder für die Stadt hereinkommen.

Ganz untergegangen ist auch der Verkauf des Hotels NAGL - eines Hotels, das man einem Fremden in Steyr meiner Meinung nach nicht empfehlen soll. Es liegt auch nicht sehr gut. Wenn ich mir nur den Eingang vorstelle, wie das aussieht in dieser

Seitengasse. Für mich ist es kein Renommee der Stadt, so ein Hotel zu besitzen.

Zu unserem Hr. Bgm. - er hat damals erwähnt, daß die Stadt nur dann einen Grund kaufen kann, wenn der Käufer bereit ist. Das mag zwar stimmen, widerspricht aber komplett einer modernen Stadtentwicklung. Denn wenn wir immer so weitergehen, dann haben wir immer wieder unsere "Satellitenstädtchen", dann haben wir immer wieder das Problem mit zusätzl. Verkehrslinien hinaus, dann wird das nicht besser.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Herr Kollege, wie kaufe ich Ihnen einen Grund ab, wenn Sie ihn nicht hergeben wollen?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Zum Verkehr, den Sie damals als Problem Nr. 1 - ich weiß nicht, ob es jetzt auch noch Problem Nr. 1 ist - angeschnitten haben, ist bis jetzt eigentlich noch nicht sehr viel gekommen. Mir geht das auch im Budget ziemlich ab. Wir haben erst vor kurzer Zeit eine Sitzung gehabt und hier war es dann so, daß von der Sozialdemokratischen Fraktion nurmehr ein Herr, Hr. Huber, anwesend war. Ich muß wirklich sagen, daß es Hr. Dr. Stickler dieses Mal sehr gut gemacht hat. Er hat uns wirklich Sachen

gesagt, die wir machen müssen. Er hat uns einen Maßnahmenkatalog vorgestellt; er hat gesagt, wir müssen kurzfristig, mittelfristig und langfristig planen. Ich sehe hier kurzfristig in Steyr eigentlich nichts. Es wird immer davon gesprochen, daß wir auf das Konzept warten. Wir brauchen nicht warten! Wir können es machen. Koll. Oberstleutnant Gollatsch hat es gesagt, wir können es machen! Wir brauchen nicht wegen 5 S im GR herumdiskutieren. Wir haben einen kaufm. Direktor, der soll den Preis machen, der soll eine Wirtschaftsrechnung anstellen. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns vielleicht den Kopf zu zerbrechen, wieviel ein Fahrschein kosten soll. Zum Koll. Jansky. Das habe ich ganz gern nachgelesen. Er hat damals schon diese 5 S in seiner Budgetrede drinnen gehabt. Außerdem hat er von einem "Rundherum" gesprochen. Das "Rundherum" fehlt ihm. Das ist das, was wir bis jetzt noch nicht haben - Park & Ride-Parkplätze, ein Parkhaus, und, und, und. Ich sehe auch hier keine Ansätze im Budget. Beim Budget selbst ist mir aufgefallen, daß die Bürger jetzt natürlich mit fast 10 Millionen mehr bei der Müllabfuhr-Gebühr belastet werden. Ich glaube, daß sich die Leute auch etwas erwarten, wenn sie mehr zahlen müssen. Hier muß ich schon

sagen, ich war sehr enttäuscht, daß es nicht zu dieser Luftgüte-Meßanzeige gekommen ist! Weil das ist eine Dienstleistung an den Bürgern, die wir uns schon leisten müssen. Wenn die Bürger mehr zahlen müssen für den Müll, dann sollen wir ihnen auch die Möglichkeit einer Information geben. Auf diese paar Schillinge wäre es nicht angekommen. Wir haben auch im letzten Ausschuß darüber gesprochen, wir brauchen nicht nur die Zahlen aufzeigen, wir können das auch mit Worten darstellen. Es ist nicht so schwierig dann, wenn eben darauf steht, die Luft ist schlecht, sehr gut, weniger gut usw. Man muß nicht nur die Zahlen angeben.

Jetzt zum Ankauf des Kommunalzentrums, das auch immer so dargestellt wird, daß es sehr billig gewesen ist mit diesen 100 Mill. Hr. Bgm., es kann uns vielleicht teuer kommen! Weil in letzter Zeit habe ich erfahren, daß es dort oben schon reinregnet in die Halle. Es könnte das ein Pyrrhus-Kauf werden. Vielleicht haben wir dann sogar den Grund zu teuer gekauft. Ich möchte nicht, daß wir das immer so erwähnen, daß es sehr gut heruntergehandelt worden ist. Wir müssen da vielleicht noch einiges Geld hineinstecken. Wir wissen nicht einmal noch, ob uns nicht sogar wieder Entsorgungskosten anfallen werden. Es waren dort oben ja

immerhin Werkstätten. Wir wissen, was uns die Entsorgung des Bodens bei den Hack-Werken gekostet hat!

Zur Überdachung Kunsteisbahn. Mir fällt es nur auf - jetzt 4,3 Millionen hier herinnen; Wirtschaftsförderungs-Maßnahmen 2,3 Mill. Bei einer Arbeitslosigkeit von über 7,5 % in Steyr, steht das in keinem Verhältnis. Ich weiß, das ist auf der nächsten Seite, aber für mich war das praktisch nicht mehr das Budget; die Hausaufgabe war schon fertig. Ich gebe mich mit dem nicht zufrieden, wenn dann zwei Wochen vor der Sitzung noch irgendetwas dazukommt.

Zum Hallenbad - diese 5 Mill. Hier muß man sagen, daß die 5 Mill. auch wahrscheinlich wieder hinausgeschmissenes Geld sein werden, denn wo sind die 120 Millionen, Koll. Zagler, vom 6. August '92, die Du angekündigt hast? Sie sind nicht da! Wir tun praktisch nur wieder Ausbesserungsarbeiten durchführen, sonst nichts! Wenn ich Koll. Bremm anschau, fällt mir natürlich ein, er als Sportsprecher unseres Bürgermeisters hätte sich auch vielleicht über das Hallenbad ein bißchen mehr äußern können. Was mir abgeht in Steyr - ich kenne die Schwimmer sehr gut und es hat Schwimmer gegeben, wie Vollnhofer, Pötsch u. Keiler, aber leider sieht man von diesem Schwimmverein momentan nichts mehr. Der Eishockey-

Verein ist jetzt mit Feuerhuber sicher besser dran, aber man soll das nicht so einseitig sehen. Die Leute haben sicher auch ein Recht auf den Schwimmsport und ich bin sehr, sehr skeptisch, ob das Hallenbad den Betrieb noch fortführen kann. Ich bin wirklich sehr skeptisch!

Zur Wohnbau-Sonderförderung Steyrdorf mit 2,5 Mill. - wir kommen heute noch einmal zu Steyrdorf. Ich finde, es ist einfach zu wenig! Wir können, Koll. StR Tatzreiter - er kann die Wohnungen gar nicht so schnell bauen im Resthof, wie die feuchten Kellerwohnungen in Steyrdorf angefüllt werden. Wir kommen da gar nicht nach. Da haben wir überhaupt keine Chance! Wir müssen dort ansetzen; wir müssen verhindern, daß uns die alten Häuser angefüllt werden und dann wir praktisch - natürlich weil wir das machen müssen, weil das keine zumutbaren Zustände sind in diesen alten Häusern, wie sie jetzt ausschauen - neue Häuser bauen müssen. Wir kommen hier gar nicht nach. Zu den 40 Kleinwohnungen am Resthof fällt mir ein Ausspruch von Fritz Muliari ein - erst vor kurzer Zeit gesagt. Er ist ja jetzt mit diesem Stück "SIBIRIEN" beschäftigt, in dem er einen alten Mann spielt, der im Krankenhaus liegt und aufgrund seiner Rolle ist ihm jetzt wahrscheinlich auch gekommen, daß man die Großfamilien wieder viel mehr

berücksichtigen soll. Wenn wir jetzt Kleinwohnungen bauen, 40 Garconnières, so hat das mit Großfamilien nichts zu tun. Er selber sagt, Großfamilie wird wahrscheinlich wieder notwendig sein - wir können sonst gar nicht mehr das Ganze finanzieren. Angefangen von "Essen auf Rädern", von der Altenbetreuung etc., etc. Es müssen Wohnungen geschaffen werden, wo in einem Stockwerk 1-, 2- und 3-Raum-Wohnungen sind. Daß dann wirklich ein Ehepaar vielleicht auch seine Mutter dazunehmen kann, wenn sie alt ist. Aber nicht, daß wir solche Monostrukturen schaffen, die uns nur auf den Kopf fallen. Jetzt zu meinen Wünschen für das nächste Jahr: Für mich ist es auf jeden Fall notwendig, ein Parkhaus zu errichten. Dr. Stickler hat uns das klipp und klar gesagt, daß wir ein Parkhaus brauchen. Wir müssen eine Entscheidung fällen; wir sind schon sehr weit damit - ich sehe auch hier keinen Ansatz. Zu den Park & Ride-Parkplätzen - die wären kurzfristig machbar. Wir brauchen wirklich nur an der Osteinfahrt, an der Nordeinfahrt und an der Westeinfahrt von Steyr Plätze schaffen; das geht sehr kurzfristig. Das brauchen wir nächstes Jahr auf jeden Fall. Und zusätzlich brauchen wir auch mind. wieder 5 City-Busse. Ich sehe auch hier keinen Ansatz im Budget.

Zu den City-Bussen allgemein - wir haben das voriges Jahr sehr stark beworben vor der Wahl, wie Ihnen bekannt sein wird und sie sind auch ziemlich rasch angekauft worden. Man hat sich aber über die Linienführung zu wenig Gedanken gemacht. Die Linienführung ist überhudelt gemacht worden und das Ergebnis sehen wir jetzt - wie es die Leute in Steyr oft sagen - in den leeren Bussen. Zum Management der Stadtwerke. Vielleicht bin ich heute hier herinnen wieder der einzige, der das sagen wird. In anderen GR-Sitzungen ist es auch schon von anderen Herren gesagt worden - auch vom Koll. Zagler, daß er nicht sehr zufrieden ist mit dem Management der Stadtwerke. Wir müssen uns hier sicher auch personelle Maßnahmen überlegen in Zukunft. Ich sehe hier keine Verbesserung, wenn wir beim gleichen Management bleiben. Es fehlt leider Dr. Gottlieb-Zimmermann - er hat das Management schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß wir mehr Eigenwerbung machen müssen. Es ist jedoch nichts zu sehen gewesen!

Der Kreisverkehr, der immer wieder kommt, der aber auch sehr kurzfristig machbar wäre. Da ist kein großes Bauwerk notwendig, wir könnten den sehr rasch hinstellen. Koll. Spöck hat das schon irrsinnig oft gesagt. Wir brauchen keine teure Variante, wir müssen es nur

versuchen; wir müssen es anpacken! Dr. Stickler hat es das letzte Mal gesagt - er ist für diesen Kreisverkehr. Hr. Ing. Klinger vom Land sagt uns, er wartet nur auf das O. k. der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEINMAYR:

O. k.!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ist schon da!

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich erwarte mir dann aber eine rasche Umsetzung - eine raschere als z. B. bei den Parkautomaten, von denen wir auch gesprochen haben, daß wir sie heuer im Herbst schon haben. Zum Lärmschutz - da war ich voriges Jahr das erste Mal am Wort - hat mich Koll. Zagler darauf aufmerksam gemacht, daß es Landes- und Bundessache ist. Ich habe es leider verschwitzt - Du hast gesagt, ich brauche nur einen Antrag für Lärmmessungen stellen, diese werden dann gemacht. Wenn es zu laut ist, kommt das Geld. Vielleicht ein Tip an unseren Vbgm. Sablik, daß wir Lärmmessungen machen, dann bekommen wir ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Auf Antrag!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ja, auf Antrag - o. k.! Aber ich glaube, es könnte auch manches ohne Antrag kommen.

Mietkauf - wurde schon erwähnt. Und jetzt kurz zu dem freien Tag, der hier eingespart worden ist. Dafür kriegen die Leute drei Tage frei bzw. sie können 3 Tage Sonderurlaub bekommen. Ich muß sagen, das ist kein gerade guter Handel mit diesen 3 Tagen Sonderurlaub. In meiner Firma könnte ich mir nicht vorstellen, daß das gehen würde.

Weiters erwarte ich mir eine größere Dienstleistung von seiten des Magistrates, daß man am Mittwoch und Freitag nachmittag auch Dienststellen besetzt. Es muß einfach die Serviceleistung verbessert werden. Die Bürger haben ein Recht darauf, daß sie sich nicht nur den Anrufbeantworter anhören können. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, Image, ... - ist gefallen. Warum das Image der Stadt so schlecht ist, ist sicher nicht unsere Schuld. Ich möchte hier schon sagen, daß diese Volkshilfe-Geschichte Steyr bekannt gemacht hat! Es war im Standard erst vor kurzer Zeit der Bericht über den RH drinnen. Das sind alles Sachen, die wir uns selber gemacht haben, als Stadt selber! Das Image ist nicht gut,

das müssen wir verbessern. Ich könnte mir vorstellen, daß wir auch, um die Bürgerbeteiligung zu verbessern, Stadtgespräche durchführen. Einmal im Quartal, wo sich wirklich die Bürger melden und uns ihre Anliegen bzw. Probleme mitteilen können. Ohne daß wir immer zu Gesprächen aufrufen, wenn es um den Plenkberg oder um Steyrdorf geht. Sondern einfach allg. Stadtgespräche.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Die werden ja jetzt von Euch mit einem Riesenerfolg gemacht! Die Gasthäuser sind zum Bersten voll!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich meine nicht Gasthäuser, ich meine richtige Stadtgespräche, wie sie Ihr Koll. Dr. Helmut Zilk früher gemacht hat. Im großen Rahmen!

Zum Schluß kommend möchte ich noch sagen, daß der Fremdenverkehr in Steyr anscheinend komplett untergeht. Wir haben jetzt die Weihnachtszeit, wir nennen uns Christkindlstadt und was haben wir am 1. Adventsamstag in Steyr gehabt?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nicht einmal Schnee haben wir!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wir haben am 1. Adventsamstag nicht einmal einen Christkindlmarkt gehabt - das war die Situation.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wer ist denn bitte dafür zuständig, Hr. Kollege? Denken Sie einmal darüber nach!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich nicht! Nein, ich auch nicht.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich nicht - wer noch?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber ich erwarte mir, daß wir, wenn wir schon unsere Christkindlstadt verkaufen, sie auch richtig verkaufen! Hier gehört ein Marketing her, daß wir auch alle Bereiche von Christkindl abdecken.

Zu aller Letzt, zusammenfassend ist zu sagen, daß der Stadt sicher momentan das Ziel fehlt. Die Stadt, die "alte Eisenstadt" gibt es nicht mehr. Wir sind eine neue, moderne Stadt. Und die Stadt muß jetzt endlich zu einem Ziel finden; wir können die Stadt nicht mehr verkaufen mit Josef Werndl, wir können sie nicht mehr verkaufen mit Lastwagen. Wir müssen der Stadt eine neue Identität geben. Das war für mich der Hauptgrund, warum ich diesem Budget nicht zustimme;

weil es mir fehlt! Das hat auch meine Vorrednerin angeschnitten. Die Zielsetzung der Stadt Steyr fehlt. Wie verkaufen wir unsere Stadt nach außen zu unseren Bürgern?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Wir wollen sie ja gar nicht verkaufen, wir wollen sie selbst behalten!

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Du brauchst nicht verärgert sein!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es tut fast weh, ehrlich! Das schmerzt mich fürchterlich!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Gut. Ich möchte trotzdem keine Mißstimmung aufbringen hierherinnen und allen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschen; auch allen Gästen herinnen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Koll. Philipps zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, wertes Präsidium! Das Thema "Kultur"

wurde heute wohl schon in der einen oder anderen Rede angeschnitten, aber erlauben Sie mir trotzdem, einige zusammenfassende Worte zu diesem Thema zu sagen. Ich glaube behaupten zu können, im Sinne des gemeinderätl. Kulturausschusses, daß das Jahr 1992 gekennzeichnet war von einer fruchtbaren Zusammenarbeit für die Steyrer Kulturszene. Hätte die GAL die Fähigkeit, Konzepte zu erkennen, hätte sie feststellen müssen, daß meiner Ankündigung, die ich letztes Jahr bei der Budget-Debatte gemacht habe, - nämlich traditionelle Kultur wohl zu fördern, aber der zeitgenössischen doch unter die Arme zu greifen - zu 100 % entsprochen wurde.

Durch das Ersuchen der Sozialdemokratischen Fraktion des gemeinderätlichen Kulturausschusses, dem sich dann in weiterer Folge selbstverständlich auch die anderen Fraktionen angeschlossen haben, wurden im Budget Posten aufgenommen, die es ermöglichten, auch im Jahr 1993 ein weiteres Fortschreiten dieser Förderungen für die zeitgen. Kultur durchführen zu können. Bei einem genaueren Blick zum Budget-Ansatz und -Vorschlag für das Jahr 1993 können Sie feststellen, daß es hier eine Reihe von Basispunkten gibt, die neue Projekte ermöglichen werden. Im

speziellen liegt uns natürlich eine weitere Verwendung aller 3 Stockwerke des Schloßmuseums am Herzen. Einen diesbezüglichen Vorschlag, meine sehr verehrten Damen und Herren, konnte ich am 12. 11. d. J. für die SPÖ-Fraktion des gemeinderätl. Kulturausschusses einbringen und fand damit die Zustimmung aller anderen Fraktionen auch vor. Allein diese Tatsache beweist, daß die Anschuldigung, die SPÖ sei kulturfeindlich, völlig haltlos ist! Eine Anschuldigung, die vor - jetzt hätte ich fast Minuten gesagt - Stunden vom Koll. Eichhübl aus einem Konzept vorgelesen wurde, das wahrscheinlich von einem vom Pferd getretenen Koll. Pfeil geschrieben wurde. Eine detailliertere Konzeptuierung dieses Projektes kann ich leider momentan nicht unterbreiten, weil wir noch Verhandlungen haben.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist nicht recht fein, wie Du das machst!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Ich wollte damit sagen, daß es mir natürlich leid tut, daß das hier passiert ist, aber ich finde diese Anschuldigung ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sie sprechen von Kultur und beweisen selber, daß Ihre

Aussagen sicher keine Kultur haben. Das darf ich Ihnen einmal so sagen. Ich bin enttäuscht!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Ich möchte sagen, daß ich es nicht richtig finde, eine Sozialdemokr. Fraktion abzuqualifizieren. Insofern, zu sagen, daß die Kultur hier nicht von uns gefördert wird. Ich glaube, dafür stehe ich gerade! Wie gesagt, eine genauere Detaillierung dieses Konzeptes kann ich jetzt nicht bringen, wir haben nämlich vereinbart, das durch eine Pressekonferenz in der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Bei der weiteren Durchsicht des Budgets werden Sie feststellen, daß es eine Reihe von Ansatzpunkten geben wird für die Zukunft: Automuseum, Adelsbibliothek und eine Verdoppelung der Subventionsgelder. So könnte ich Ihnen eine Reihe von Beispielen bringen, die leider aus Zeitgründen nicht weiter durchgeführt werden können. Abschließend möchte ich aus der Sicht unseres Kulturausschusses nur verdeutlichen, daß ich glaube, daß dieses Budget wieder gelungen ist und daß es uns ermöglichen wird, auch in Zukunft - im Jahr 1993 - die zeitgenössische als auch die traditionelle Kunst in Steyr fördern zu können. Daher werde

ich diesem Budget auf alle Fälle zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Als nächster ist Hr. Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie eben aus den bisher abgelaufenen Diskussionsbeiträgen gehört haben, hat eines unserer Fraktions-Mitglieder eine andere Auffassung zu diesem Budget. Es tut mir ehrlich leid, daß er hier eigentlich sehr wenig Gehör gefunden hat. Gehör insofern, weil wir doch respektieren müssen, daß er eine andere Auffassung hat und dann dürfen wir ihm aber auch zuhören. Das ist eine kleine Forderung an politischer Kultur - wenn ein Mann den Mut hat, eine andere Auffassung zu vertreten, dann soll er sie bitte auch sagen können! Ich bin eigentlich etwas enttäuscht gewesen, wie sehr er laufend unterbrochen wurde. Das hat mit der Sacheinstellung nichts zu tun!

Der Ausrutscher von Ihnen, Koll. Philipps - ich bin erstaunt und kann nur sagen, ich hoffe, daß sich so etwas nicht wiederholt, denn ich bin es nicht gewohnt von Ihnen. Das paßt auch nicht zu Ihnen!

Wir haben lange überlegt, wie wir uns zu diesem Budget verhalten sollen. Es lag zunächst der "weiße" Entwurf (wenn ich ihn so bezeichnen darf) vor. Dieser war uns - ich sage es so, wie es ist - zu wenig. Auch der "rosa" entspricht nicht ganz den Anforderungen, wie es der RH jetzt in seinem letzten Bericht sagt. Es gibt natürlich aus unserer bisher vorgetragenen Politik Ansatzpunkte zu Kritik. Ich brauche nur das Stichwort "Eishalle" erwähnen. Wir sind von der Eishalle nicht begeistert. Aber die Eishalle ist beschlossen, wir sind überstimmt - jetzt muß sie eben finanziert werden! Deswegen wird sie für uns nicht schöner, sie wird für uns als Standpunkt nicht tragbarer und wenn da unten vor dem Rathaus quasi ein Modell davon steht, sind wir auch nicht sehr glücklich. Ich meine die Bühne mit dem Flugdach dort unten!

Gelächter

GEMEINDERAT DR. TILMAN
HORST SCHWAGER:

Aber so ungefähr schaut es aus! Wir haben aber nicht nur fraktionsintern die Kritikpunkte am Budget herausgearbeitet, sondern haben uns schon sehr wohl überlegt, warum wir entgegen der Fraktions-Tradition, die wir voriges Jahr noch voll getragen haben, heuer die Zustimmung erteilen wollen.

Es ist bei Ihnen, bei uns, überall so, daß gewisse Strukturen einmal vorhanden waren, die auch aufbrechen müssen. Und insofern ist Steyr doch etwas anders geworden. Es ist, so glaube ich, auch bei den anderen Fraktionen ein besseres Demokratie-Verständnis hervorgekommen. Wir merken das sehr wohl in den meisten Sachdiskussionen. Auch diese Haltung von Ihnen, wie Sie uns zwar bislang immer nur als Opposition gesehen haben, die wir aber nicht immer sind - wie Sie gemerkt haben werden - wollen wir aber auch honorieren. Nämlich daß wir sagen, wenn wir best. Forderungen realisieren können, warum sollen wir dann dem Budget - auch wenn wir es nicht in allen Punkten begrüßen - nicht zustimmen! Wir haben ja nicht die Möglichkeit, daß wir wie im NR das Budget nach einzelnen Budget-Kapiteln durchgehen. Wir haben es als Gesamtheit zu beurteilen. Bei einem solchen Werk - und es ist ein beachtliches Werk (beachtlich bitte positiv besetzt) - müssen Punkte drinnen sein, die man nicht unterschreiben kann. Das ist ganz klar! Aber wir müssen abwägen, gibt es mehr PRO oder gibt es mehr CONTRA! Ein wesentliches PRO ist, wenn wir das heurige, also das 93er Budget, mit dem aus 1992 vergleichen! Nicht, weil es Dein "Erstlings-Werk" war, aber es zeigt einfach viel mehr

Transparenz; es zeigt den Drang - hätte ich fast gesagt - zur Budgetwahrheit. Das langt die Subventionen an, das langt in Sachpunkten auch deren Kürzungen an, die wir in sachlichen Diskussionen durchgebracht haben und es gibt eine Budget-Klarheit! Ich finde das ausgesprochen positiv bemerkbar und das gehört auch gesagt.

Ein weiteres PRO: Sie können sich an - unter anderen - meinen Diskussionsbeitrag zur Frage "StEK" erinnern. Ich bin nicht begeistert von der Lösung, die getroffen wurde. Aber es ist immerhin einmal ein Beginn, es ist ein Ansatz für einen Teil des umfassenden StEK, das wir eben fordern. Zum umfassenden gehört - wie natürlich immer wieder eingebracht wurde in die Diskussionen - auch, daß die umliegenden Regionen eingebunden werden, daß wir an die Westbahn angebunden werden, daß die Straßenanbindungen ordnungsgemäß werden; dann im Stadtbereich: daß der innerstädt. Ring fertig wird und daß dieser wahrscheinlich (das werden Sie von mir noch öfter hören und Sie werden noch daran denken) einbahnig geführt werden muß! Wir brauchen ein zentrumnahes Parkhaus; d. h. nicht in Transanisien (Anisia ist die Enns) also nicht jenseits der Enns. Und ich glaube, daß wir dann, wenn wir derartige infrastrukturelle Verbesserungen haben, eine

geringere Anforderung und einen geringeren Bedarf an direkten Subventionen haben werden. Davon bin ich vollkommen überzeugt und gerade die Nicht-Besetzung des Industrieparks Hinterberg zeigt diesen Mangel an Infrastrukturen. Deswegen ist dort heute noch "Steppe"! Ich bin überzeugt, wenn entspr. Bahn- und Straßenanbindungen vorhanden wären, dann würde wahrscheinlich auch das Interesse für Betriebsansiedlungen wesentlich größer sein.

Wesentlich für die Frage der Zustimmung war auch, daß Forderungen unsererseits - nicht nur, was die Einsparungsmaßnahmen betrifft, die ich schon erwähnt habe, sondern - eben auch bei Ausgabenseiten verifiziert werden konnten. Das sind die Forderungen nach der Aufstockung des Kultur-Budgets. Natürlich hat der Hr. Kultur-StR und Vgbm. andere Vorstellungen gehabt; natürlich liegt es in der Natur der pol. Verhandlungen, daß man nicht mit den Gesamtforderungen durchkommen kann. Das haben Sie von der Sozialdemokr. und Sie von der Volkspartei auch gesagt. Es liegt einmal in der Natur der Sache, daß beim Verhandeln ein Postulat gesetzt wird und daß man von diesem Postulat dann Abstriche machen muß. Sonst müßte man ja nicht verhandeln; da würde ich

nämlich einfach einen Zettel hingeben und sagen, "entweder Du unterschreibst oder ich gehe". Das wollen wir aber nicht, denn da wären wir keine Demokraten. Ich kann jetzt nur im wesentlichen das erwähnen, weil es mich anlangt, was die Ausschüsse betrifft, in denen ich selber tätig bin. Kultur: Hier bin ich am unteren Limit dessen, was man zufrieden nennen kann, an dem, was erreicht wurde. Es ist richtig, was Koll. Philipps gesagt hat, daß im Kulturausschuß an sich sehr pos. gearbeitet wird, daß wir dort Programme machen. Aber Kultur ist nicht unbedingt Subkultur. D. h., wir überlegen uns sehr wohl, was förderungswürdig ist und was nicht! Es gibt ganz interessante Diskussionen darüber.

Das nächste, das für mich sehr wesentlich war, ist die Lösung der Finanzierungsfrage des Alten- und Pflegeheims. Im Ausschuß - er war zwar damals nicht beschlußfähig, aber wir waren vollzählig anwesend und Hr. StR Holub hat damals auch diesen Restausschuß geleitet - kam unsere klare Aussage hervor, daß wir auch für die 3-Jahres-Finanzierung sind. Zu der standen und stehen wir! Es ist eine derartige Notwendigkeit und ein derartiges Erfordernis gegenüber den älteren Herrschaften, die dort oben wohnen, daß wir das als ein sehr wesentliches Postulat zur Zustimmung zum Budget erklärt

haben. Da wir das erreicht haben, sind wir dafür!

Letztlich, was mich als Häuptling - wenn ich so sagen darf - des Prüfungsausschusses anlangt. Ich bin sehr glücklich darüber, daß von Dir, Hr. Finanzstadtrat, jetzt auch im Zusatzantrag meinem ständigen Wunsch und dem des Kontrollamtes Rechnung getragen wurde, hier noch einen weiteren Beamten einzubinden. Denn wir haben aus den laufenden Prüfungsausschuß-Sitzungsberichten immer wieder erlebt und erleben es laufend, daß eben aus der begleitenden Kontrolle sehr viel gewonnen werden kann und gewonnen wird.

Es sind dadurch wirklich erhebliche Preiseinsparungen geschehen; vielleicht wird sich auch, wenn wir einen Mann mehr haben, so ein "Mißgeschick à la Haider" (nicht Jörg, sondern Haider - Zwettler) vermeiden lassen. Das Controlling wird vielleicht auch mehr dem Kontrollamt zuzuweisen sein, als der MA II. Ich glaube, daß man sich darüber auch noch den Kopf wird zerbrechen müssen, ob das nicht dort besser umgesetzt wird. Nun zur Frage der Umwelt, wenn Fr. Kollegin Scheucher kritisiert hat, daß immer nur die Entsorgung finanziert werden soll und kein Mensch von der Müllvermeidung redet. Die Müllvermeidung als solche kann ja nicht so viel kosten. Die Müllvermeidung ist Erziehungssache. Ich war vor

kurzem in München; da läuft ein Wettbewerb, der heißt so lieb: "München jagt die Müllsau"! Da gibt es einen Preis zu gewinnen und alles Mögliche. Aber es ist einfach eine Erziehungssache! Man wird darauf hingewiesen, Anregungen bzw. Ideen einzubringen, wie man Müll vermeiden kann. Sie müssen nicht einmal das Porto bezahlen, sondern werfen das in einen Briefkasten hinein.

Noch einmal - das haben wir damals bei der Diskussion auch sehr wichtig vorgetragen und begründet, daß es nämlich mit der Entsorgung allein nicht getan ist, sondern daß das Wesentliche die Vermeidung ist! Und das ist eben eine Erziehungsmaßnahme, ein Lernprozeß, dem die Bevölkerung unterzogen werden muß!

Zusammengefaßt möchte ich sagen: Wir haben in unserer internen Meinungsbildung versucht, real-politisch zu denken und daher gesagt, was können wir überhaupt erwirken. Und von dem, was wir erwirken können, glauben wir, das Beste erreicht zu haben. Das ist zusammengefaßt der Grund, warum wir diesem Budget unsere Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke vielmals. Der nächste am Wort ist Hr. Koll. Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENG-
AUER:

Kultur bringt Geld! - Eine Behauptung von Prof. Güter bei einem Kultur- und Wirtschaftsdialog in Salzburg. Doch nicht in Steyr! Der volkswirtschaftliche Nutzen der Kultur wird unterschätzt! - Auch eine Behauptung von Prof. Güter bei einem Kultur- und Wirtschaftsdialog in Salzburg. Das auch in Steyr!

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren im GR! Kunst, Kultur und Wissenschaft sind rein ökonomisch gesehen keineswegs nur Kostenfaktoren. Sie bringen meist nicht direkt, aber auf Umwegen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Nutzen. Der Tourismusverein dürfte das schon geahnt haben. Auch er fordert ein höheres Kultur-Budget. Kürzungen von Investitions-Mitteln im gemeinhin so unproduktiv gesehenen Kultur-Sektor zu beginnen, ist nicht richtig! Die Stadt Steyr tut es!

Vor 14 Tagen waren es noch 42 %; durch Nachverhandlungen nur mehr 2 %. Kultur und Volkswirtschaft sind miteinander innigst verbunden. Private Kunst-Sponsoren dürften das schon ahnen, vielleicht auch wissen! Die Prognose der Wirtschaftswissenschaftler: Die Europäer stehen am Beginn einer Kulturwelle. Die Freizeit der Menschen wächst ständig, die

Nachfrage an Kultur-Angeboten verstärkt sich.

Kultur bringt auch Geld - nicht aber in Steyr! Es ist dies nicht möglich, es fehlen die ganz großzügigen Investitionen. Das Kultur-Budget wird in den Subventionen gekürzt - jetzt nur mehr um 2 %, vor 14 Tagen noch 42 %.

Der Finanzreferent - jetzt ist er nicht hier - hat das Budget ein Glaubensbekenntnis, die Bibel genannt vor kurzer Zeit. Fehlte oder fehlt ihm der große Glaube an die Kultur? Aber ich verstehe den Finanzreferenten sehr wohl. Unsere Stadt Steyr hat sehr viele wichtige Probleme und große Brocken zu lösen. Ich sehe das auch so. Ich möchte nur zwei nennen: Die Vorsorge für die Wohnungen und der große Nachholbereich im Alten- und Pflegeheim Tabor. Wir dürfen nicht von Kultur reden, haben wir nicht vorerst Sorge getroffen, daß unsere Bürger wohnen können. Wir dürfen nicht von Kultur reden, können nicht unsere älteren Mitbürger menschenwürdig wohnen und leben. Diese zwei Brocken und noch viele mehr.

Eine Kürzung der Subventionen im Kulturbereich bei so viel Engagement der Steyrer Bürger (Kulturforum, AKKU, Galerie Pohlhammer, Jugend-Kultur, Steyrer Kunstverein uva. - auch das Kulturamt ist zu nennen). So kann Kultur nicht wachsen. So wird Kultur nur schwer möglich;

so kann auch Kultur kein Geld bringen! Oder darf Kultur nicht wachsen, wie böse Zungen es behaupten? In einer Politik für die Stadt Steyr muß es doch unwichtig sein, ob die Kulturförderer X, Y oder Z heißen. Kultur und vieles mehr muß außerhalb der Parteipolitik stehen! Ansätze gibt es - Gott sei Dank! Auch ich meine, daß im Kulturausschuß wirklich gute Arbeit geleistet wird. Kultur muß außerhalb der Parteipolitik stehen, deswegen reden auch wir von der ÖVP zur Kultur. Wir brauchen noch mehr Entrümpelung des Kultur-Budgets; wir brauchen ein in die Zukunft führendes Kultur-Konzept; wir brauchen eine bessere Belebung der Schloßgalerie; wir brauchen ein höher dotiertes Kultur-Budget; wir brauchen mehr Geld für die gezielte Kulturförderung. Die Förderung privater Kultur-Initiativen erspart der Stadt viel Geld. Die großzügige Ermöglichung von aktiver und passiver Kulturbetätigung bringt unserer Stadt aber auch Arbeitsplätze, mehr Ansehen und letztlich auch mehr Geld! Noch ist die Kultur, meines Erachtens, unterdotiert; noch haben wir für die Kultur zu wenig Geld im Budget; noch hat das Budget im Kulturbereich Mängel. Die guten Ansätze im Gesamtbudget überwiegen - daher unser JA zum Budget! Daher aber auch Dank für die

geleistete Arbeit den Beamten, dem Finanzreferenten und allen, die sich um das Budget bemüht haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke, Hr. Koll. Lengauer. Wer meldet sich weiters zu Wort? Hr. Koll. Jansky bitte.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des GR! Wir haben jetzt schon sehr lange und ausführliche Reden zum Budget hinter uns - ich werde mich ganz kurz halten.

Ich möchte in Zusammenhang mit dem Budget 1993 zum Thema "Verkehr" Stellung nehmen. Ich habe mir vom Vorjahr mein Konzept herausgesucht und dabei festgestellt, daß ich eigentlich wortwörtlich dasselbe sagen müßte mit einer Ausnahme. Im Voranschlag 1992 waren unter dem Punkt "Neugestaltung Stadtplatz" 500.000 S vorgesehen, im Voranschlag '93 unter demselben Punkt 200.000 Schilling.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß der längst notwendige Architekten-Wettbewerb im letzten Jahr billiger geworden ist. Daher komme ich zu dem Schluß, daß die Auftragsvergabe auf die lange Bank geschoben werden soll. Ich stehe als Vertreter der Wirtschaft hier und ich weiß

nicht, was ich meinen Freunden aus Handel und Gewerbe nach dieser Budget-Sitzung sagen soll.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Die Wahrheit!

Gelächter

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Da werden sie nicht sehr erfreut sein! Es wurde zwar ein Grundsatzbeschluß über die Verwendung der Sparkassengelder auch für den öffentl. Nahverkehr gefaßt, aber ich finde im Budget-Entwurf außer dem Ankauf der Parkscheinautomaten für die Parkraumbewirtschaftung, welche sicher eine kurzfristige Beruhigung der Parkraummisere bringen wird, keinen Voranschlags-Posten, der einer Ausweitung des Parkplatzangebotes oder einer Verbesserung des öffentl. Verkehrs dienen sollte.

Ein Vorstoß unserer Partei, die Citybus-Linien durch einen Billigtarif attraktiver zu machen, wurde ja heute vormittag leider abgelehnt. Mir ist klar, daß die finanziellen Mittel der Stadt begrenzt sind und wir nicht alle anstehenden Vorhaben auf einmal in Angriff nehmen können. Aber eines müßte uns allen klar sein: Wenn das Gesamtverkehrskonzept des Hr. Dr. Stickler doch 1993 fertiggestellt werden sollte - was

vielleicht doch noch zu bezweifeln ist -, dann sind sicher zu wenig Mittel vorhanden, um die im Konzept vorgesehenen Sofort- und kurzfristigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Der Stau bleibt vorprogrammiert und die Bewohner unserer Stadt werden weiterhin über die Hilflosigkeit der Stadtverwaltung schimpfen! Unsere Fraktion wird dem Budget '93 die Zustimmung geben, aber mit etwas Bauchweh und einem guten Rat an den Hr. Finanzreferenten (er ist zwar jetzt leider nicht da, aber ich werde ihm das nachher noch sagen): Er sollte den Rotstift dort verwenden, wo unproduktiv und ineffizient gearbeitet wird, und das Geld für Maßnahmen verwenden, die auf dem Wege der Umwegrentabilität unserer Stadt wieder zugute kommen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Jeloucan bitte.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des GR! Das zentrale Problem in Oberösterreich, ganz besonders im Bezirk Steyr, ist, daß die wirtschaftlichen Veränderungen, die gegenwärtig nach wie vor krisenhaft ablaufen, die bereits über dem

Landesdurchschnitt liegende, weiter zunehmende Arbeitslosigkeit verursachen.

Arbeitslosigkeit an und für sich ist mit hohen individuellen, sozialen, wirtschaftlichen und budgetären Belastungen, wie auch volkswirtschaftlichen Verlusten verbunden, wobei ältere Arbeitnehmer durch die zunehmend selektierende Haltung der Betriebe besonders benachteiligt sind. Wirtschaftliche Notwendigkeiten und Sachzwänge bestimmen die finanziellen Überlebensaussichten - sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer.

In diesem Zusammenhang spielt es eine wichtige Rolle, daß das Schicksal von Unternehmen bzw. das der in ihnen arbeitenden Menschen tatsächlich oft von Faktoren beeinflußt wird, die außerhalb der Gestaltungsmöglichkeiten einzelner zu liegen scheinen. "Krise" ist ein wenig greifbarer Begriff, erscheint als ein Gespenst, das - mehr oder weniger unkontrollierbar - Arbeitslosigkeit verursacht. Angesichts dessen ist es wohl zynisch, wie sie von einem Teil der Gesellschaft in der Öffentlichkeit klassifiziert werden: als "bloß" Saisonarbeitslose und Schwervermittelbare einerseits, als Arbeitsunwillige und quasi kriminelle "Sozialschmarotzer" andererseits.

Neben dem Bemühen des Vereins "Frauenarbeit/Frauen-

stiftung", mit dem bes. Anliegen um Aus- und Weiterbildung für betroffene Frauen, sind wir uns über die Unzulänglichkeiten und Nachteile einer jeden einzelnen Maßnahme bewußt. Schlechte Nachrichten und düstere Prognosen der heimischen Industrie verursachen bei den Menschen Ängste und Unsicherheiten, nicht zuletzt auch durch die strukturellen Probleme unseres Sozialstaates. In der Wirtschaft und somit auf dem Arbeitsmarkt weht ein rauher Wind.

Die Unternehmer ignorieren die guten Wirtschaftsdaten und benutzen die Konkurrenz im Osten als Feindbild. Uralte Strategien tauchen als Forderungen wieder auf: Null-Lohnrunde, Arbeitszeitverlängerung, keine Abgeltung der Inflationsrate. Verzicht auf weitere Sozialleistungen wird groß geschrieben. Die Rechnung mit dem Hinweis, "die Struktur zu bereinigen", sowie der Faktor "Humankapital" kann schon deshalb nicht aufgehen, weil zwischen westlichen und östlichen Löhnen ein Verhältnis von 10:1 besteht. Auf lang erworbene Rechte verzichten kann daran nichts ändern, hier muß es andere Strategien geben. Nämlich höhere Qualität, bessere Berufsausbildung und Zusammenarbeit mit östlichen Betrieben, wo dies für beide Teile sinnvoll erscheint. Eines müssen wir klar erkennen: Aus

Österreich ein Niedriglohnland zu machen, wäre grundfalsch! Die Folgen davon sind ein erhöhter Druck auf Arbeitsplätze sowie auf Lohn, Gehälter und soziale Errungenschaften. Die Schwächeren in unserer Gesellschaft, ob ältere Arbeitnehmer, Frauen oder schlechter Ausgebildete, bleiben auf der Strecke. So darf es uns nicht verwundern, wenn die um ihre Existenz bangenden Menschen Ängste entwickeln und gesellschaftliche Orientierungslosigkeit empfinden. Einkommenseinbußen haben eine enorme Auswirkung auf die Kaufkraft. Die im Budget vorgesehenen Mittel zur Wirtschaftsförderung können nur "Ansätze" einer massiven Wirtschaftspolitik sein, um die Region Steyr aus der Krise herauszuführen. Was ist, wenn es keine ansiedlungswilligen Betriebe gibt, wenn Betriebsbaugelände brach liegen bleiben, weil schlechte Verkehrsverbindungen und mangelnde Infrastruktur von einer Ansiedlung abhalten, oder vielleicht das freigesetzte Arbeitnehmerpotential gerade nicht über die geforderte Qualifikation verfügt? Als Beispiel sei hier nur angeführt, daß jetzt erst in der Budgetsitzung ein mehrstelliger Millionenbetrag für die Errichtung einer Fachhochschule beschlossen wird. Sehr wesentlich ist auch die 2.

Ausbaustufe des FAZAT, das von Landesseite mit 12 Mill. gefördert wird, wobei die erste Rate in Höhe von 3 Mill. im Jahr 1993 zur Verfügung stehen wird. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen, die das Projekt Frauenstiftung, eine stiftungsähnliche Maßnahme, unterstützt haben, und für das verständnisvolle Förderungsverhalten des Landesarbeitsamtes OÖ., welches sich den tatsächlichen Bedürfnissen dieser Einrichtung mit großer Kompetenz angepaßt hat. Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur allg. Entlastung am Arbeitsmarkt und zur Senkung der Frauen-Arbeitslosigkeit geleistet.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten können dem Budget 1993 deshalb zustimmen, weil es die richtigen Signale setzt. Wir gehen aber davon aus, daß damit weitere Projekte begonnen und diese auch bestmöglich realisiert werden. Arbeitnehmerpolitik als ein integrierter Bestandteil unserer Gesellschaft bedingt in einer modernen Wirtschaft ein verstärktes gegenseitiges Verständnis sowie die Anforderungen, um gemeinsam zu handeln, die negativen Erscheinungen unserer Zeit zu bewältigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke sehr. Wer meldet sich weiters zu Wort? Momentan liegt keine Wortmeldung mehr vor; ich darf mir erlauben, den Vorsitz an Vbgm. Erich Sablik abzugeben, um selbst ein paar Bemerkungen zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Wenn ich mir erlaube, einige Bemerkungen zu machen, dann deswegen, weil versch. Positionen angesprochen wurden, die man sehr unterstreichen muß, aber auch andere kritische Bemerkungen nicht einfach so im Raum stehen bleiben sollen. Wenn ich der Reihe nach vorgehe - beim Koll. Eichhübl hat mir sehr gut gefallen, daß hier in unserem GR ein Wettbewerb sein soll um die besseren Ideen. Das ist, glaube ich, überhaupt der Sinn der Politik, daß hier der Streit der Edlen um die besten Ideen für das Gemeinwesen stattfinden soll.

Man kann natürlich unterschiedl. Meinung sein, wer die besten Ideen bringt - das wird immer so sein. Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn noch mehr gute Ideen kämen und es fällt niemandem "ein Stein aus der Krone", wenn wir die guten Ideen, gleichgültig von welcher

Seite, von welchen Personen, von welcher Fraktion sie kommen, zur "Königsidee" erheben und sie dann wirklich auch umsetzen. Das wäre es eigentlich und wir würden uns dann erheben über diesen kleinkarierten politischen Hick-Hack, der die Politikverdrossenheit immer wieder auslöst oder jedenfalls dazu beiträgt.

Es war die Rede von einem breiten Konsens - das scheint mir ein Hinweis darauf zu sein, daß man zumindest von der Mehrheit her vermeint, daß hier eine faire Gesprächsbasis bestanden hat und daß - atmosphärisch jedenfalls - in diesem GR die Dinge nach einem Jahr nicht so sind, wie die Prognosen es sozusagen verheißen haben. Das freut mich persönlich, weil natürlich auch der, der hier Vorsitzender ist, bemüht ist, auf diese Atmosphäre einzuwirken. Ich schreibe mir das auch sozusagen ein bißchen gut.

So schlecht, meine Damen und Herren, kann aber die Politik auch vorher nicht gewesen sein. Wenn die oftmals kritisierte Machtposition der Sozialdemokraten hier angesprochen wurde und was da alles so schlecht war, möchte ich sagen, unsere Stadt Steyr ist schon eine sehr schöne Stadt. Eigentlich sind wir doch stolz darauf, hier zu sein. Sie ist lebenswert und sie ist lebenswert - trotz einer 2/3-Mehrheit der Sozialdemokraten über mehrere Jahrzehnte

hinweg. Ich sage das nur deswegen, um die Dinge ein bißchen zu relativieren. Ich möchte jedoch nicht bestreiten, daß eine Reihe von guten Jahren auch für eine politische Fraktion dazu führen kann, daß man die Dinge vielleicht dort und da ein wenig einseitig betrachtet. Wenn hier nicht mehr eine so "komfortable" Situation vorhanden ist, mit einer qualifizierten Mehrheit zu regieren, dann kommt einiges in Bewegung. Feststeht aber natürlich, daß hier die Kräfte nach wie vor sehr klar verteilt sind und in Wahrheit ist das Zusammenwirken aller pol. Gruppierungen notwendig; bes. gefordert in diesem Zusammenwirken ist jedoch die relative Mehrheit der Sozialdemokraten. Wenn wir hier eine Reihe von Positionen gehört haben, die von den Fraktionen eingebracht wurden, so ist ja auch bei den anderen ein gew. Umdenken feststellbar. Ich denke hier beispielsweise an den Sport, der mir als Sportreferent sehr am Herzen liegt. Die Dinge waren ja nicht immer so, daß die Begeisterung für die Vorwärts z. B. so ausgeprägt war im "blauen Lager", wie das heute spontan von Dir, lieber Roman, zum Ausdruck gebracht wurde - Flutlichtanlage, genaue Information, was der Fußballverband beitragen wird, um Licht in das Stadion zu bringen. Es ist schon bemerkenswert, wie sich in

verhältnismäßig kurzer Zeit ein "Saulus zum Paulus" in bezug auf Sportdinge entwickeln kann. Ich begrüße das sehr und meine es durchaus ehrlich und erfreut! Dennoch glaube ich, daß wir nicht von einem Extrem in das andere fallen sollen. Einer geringfügigen Förderung nicht zuzustimmen für den Surfclub, der für die Jugendbetreuung einen Stützpunkt errichtet am Traunsee, wo man surfen kann, und gleichzeitig "locker vom Hocker" Millionenförderungen aus dem Handgelenk in die Budgetsitzung hineinzustreuen, das sind eben zwei versch. Dinge. Ich glaube, da wird es noch einer Feinabstimmung bedürfen! Wir sind doch alle grundsätzlich dafür, daß die Investitionstätigkeit bei unserem Erstdivisionär unterstützt wird. Aber eigentlich hat sich die Vorwärts erst angemeldet und die Funktionäre möchten dieses Anliegen herantragen. Es ist unser schöner Brauch, daß wir zunächst einmal die Ansuchen abwarten, dann den Finanzierungsplan erörtern und daß wir uns bemühen, im Rahmen dieser Drittel-Finanzierung, die sich als sehr zielführend erwiesen hat, auch beim Land vorstellig zu werden, um dieses Drittel zu holen. Ich würde doch vorschlagen, daß wir auch in dieser Frage den bewährten Weg beibehalten sollen. Wenn also die Funktionäre ihr Anliegen vorgetragen haben, werden wir

die Sache in Behandlung nehmen und ich freue mich, wenn dann noch diese pos. Haltung im GR vorhanden ist.

Wohnbaupolitik wurde angesprochen - Gemeinnützigkeits-Gedanke, Hintertreffen und ein bißchen Landes- und Bundespolitik. Das hat alles dort und da etwas für sich. Ich möchte nur bemerken, daß wir ohne gemeinn. Wohnbauträger die Wohnbaupolitik in unserer Stadt abschreiben könnten. Würde es nämlich die GWG der Stadt seit dem Jahr 1962 (da war, glaube ich, diese ganz bes. offensive Position vorhanden hier im GR) nicht geben, dann würde die Wohnbausituation noch viel trister aussehen!

Ich glaube auch, daß wir in diesem Bereich auf einem guten Weg sind, weil wir uns bemüht haben und dieses Bemühen auch akzeptiert wurde von allen Wohnbauträgern, die in Steyr tätig sind, daß wir in einer konzertierten Art und Weise diesem Wohnungsproblem zu Leibe rücken. Es ist aus dieser Sicht auch verständlich, daß wir beim Sonder-Wohnbauprogramm wirkliche Fortschritte erzielen! Es ist doch wirklich keine Frage, daß wir in dieser Funktionsperiode - vorsichtig eingeschätzt - sicher zwischen 1300 und 1400 Wohnungen errichten werden; gemeinsam mit den Aktivitäten, die auch versch. andere private Bauträger anstreben. Das ist überhaupt die größte Wohnbau-

Offensive, die in Steyr getätigt wurde und ich freue mich sehr. Man muß dieses Klima sehr pflegen! Es wird auch wichtig sein - hier ist vorwiegend die Bundes- und auch die Landespolitik gefordert -, daß sich die Mietzinse in einem Bereich halten, daß sich die Leute diese Wohnungen auch leisten können.

Wenn ich kurz zum Sport noch einmal zurückkomme, lieber Freund Eichhübl; auch Fr. Kollegin Scheucher hat das Thema Kunstseilbahn angeschnitten. Man kann in diesen Fragen ja der Meinung sein oder eine andere vertreten. Aber eines steht schon fest, das ist ein Faktum: Wenn man ein Bauwerk über 2 Jahre hinzieht und wenn in der Zwischenzeit Tarifsteigerungen stattfinden und wenn auch die Baupreise steigen, dann ist eine Verteuerung eben die Folge! Von diesen Fakten können wir uns nicht abkoppeln, das ist so! Es ist vielleicht gelungen, hier einige Verbesserungen im Sinne der Anrainer zu erreichen - das ist mit einer halben Million S beziffert. Die weiteren Kostensteigerungen sind eindeutig der Verzögerung dieses Projektes zuzurechnen. Auch das gehört bei solchen Diskussionen gesagt. Wenn ein Projekt zu lange verzögert wird, dann ist das in der Regel immer mit Kostensteigerungen verbunden.

Fremdenverkehr ist auch für uns ein erklärtes Förderungsziel. Es ist die Möglichkeit gegeben, ein weiteres Standbein für die Wirtschaft aufzumachen. Ich glaube, wir sind auf keinem schlechten Weg und wir sollten unsere Bemühungen und auch die Erfolge nicht herabsetzen. Wir müssen noch so manches tun; es war ja auch mit den gesetzlichen Entscheidungen nicht unbedingt ein guter Start in das letzte Jahr verbunden, wie wir wissen. Das ist mittlerweile repariert.

Es ist aber auch so, daß gerade - das möchte ich heute wieder feststellen - diejenigen, die in erster Linie am Fremdenverkehr direkt interessiert sein müssen, nämlich die Gastronomiebetriebe, ebenfalls ihren Beitrag leisten müssen. Ich würde unsere Gemeinderätinnen und -räte und die Funktionäre der Stadt wirklich bitten, hinzuwirken darauf, daß die Menschen, die zu uns kommen, nach einer gew. Zeit der Bewunderung für die Architektur und nach der Besichtigung unserer Boutiquen und Schaufenster ein "menschliches Rühren" verspüren. Das ist auch damit verbunden, daß man gerne einmal "Würstl in Saft" isst und vielleicht ein Glas Bier trinken möchte oder einen Kaffee und eine Mehlspeise zu sich nehmen will. Da müssen wir diese Strukturen bereitstellen - das ist auch nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir auf diesem Gebiet zu einer etwas besseren Versorgung der Touristenströme - die wir uns erwarten, denn das ist doch das Ziel dieser Aktivitäten - kommen könnten.

Die Aufstockung des Personals wird immer wieder kritisch betrachtet. Diese kritische Betrachtung ist gerechtfertigt - man muß das wirklich tun. Es ist jedoch so, daß ständig Verbesserungen des Dienstleistungs-Angebotes der Stadt verlangt werden. Und wenn wir Pflegewachen in unserem APH Tabor haben wollen, dann müssen wir Pflegepersonal haben. Wenn gew. Veränderungen in dieser Verpflegung stattfinden müssen, dann ist es notwendig, auch Diät-Assistentinnen einzustellen. Und wenn wir andere Teilungszahlen in den Kindergärten haben, dann ist es notwendig, Kindergärtnerinnen einzustellen. Das ist natürlich mit Kostensteigerungen auf der Personalseite verbunden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Ausweitung des öffentl. Verkehrs nicht nur damit abgetan ist, daß Autobusse gekauft werden, sondern es ist auch notwendig, die Fahrer einzustellen, die auch im Personal-Budget ihren Niederschlag finden.

Ich meine, daß es eigentlich ein großer Fortschritt ist, daß jedenfalls die Mehrheit - auch

der FPÖ-Fraktion - diesem Budget, wie es angekündigt wurde, die Zustimmung erteilt. Ich möchte jetzt noch ein bißchen auf die kritischen Positionen eingehen, weil ich selbstverständlich ein Vertreter der Pro-Budget-Position bin.

Wenn der Fr. Kollegin Scheucher die Aufbruchstimmung nicht spürbar genug ist, dann tut mir das leid. Ich glaube, daß doch sehr vieles in Angriff genommen wurde, was zumindest vorher nicht so spürbar war! Ich spüre eigentlich in vielen Bereichen eine Bewegung. Das ist auch von einer Reihe von Rednern hier zum Ausdruck gekommen.

Intervention, bitte sehr, ist ja an und für sich nichts Schlechtes. Intervention ist auch, wenn Sie sagen, es soll das oder das oder jenes gemacht werden - Sie intervenieren ja auch und wollen in Ihrem Sinne die Dinge in Bewegung bringen. Wir sollten diese Bemühung nicht von vornherein negativ abstempeln. Ich glaube nicht, daß es hier so sehr um Macht geht, sondern jede Fraktion versucht, das Rad zu drehen; nämlich immer weiter zu drehen und möglichst viele Programmpunkte zu realisieren. Ich meine, das ist legitim und eigentlich o. k.

Die Bürgerbeteiligung sei nicht ausreichend - wurde ebenfalls angesprochen. Befragungen sind nicht richtig; Stadtteilgespräche sind auch nicht das Optimale - ich bin interessiert, in welcher

Weise diese Bürgerbeteiligung intensiviert werden könnte. Ich bin sehr interessiert und habe auch immer vorort vertreten, hinzugehen, wenn es Konflikte gibt, um mit den Leuten direkt die Diskussion zu führen. Es wird ja unsere Aufgabe sein, die Konflikte zwischen den Menschen, die es naturgemäß immer geben wird, ein bißchen zu steuern bzw. Interessensabwägung zu betreiben - mit friedlichen Mitteln und vor allem fair! Das ist unsere Aufgabe - auch wenn wir die Dinge ein wenig unterschiedlich sehen.

Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß andere die Altstadtanierung besser machen oder vielleicht schon weiter sind - das kann sein. Wir werden gerne pos. Beispiele nehmen und wollen nicht das Rad neu oder für uns noch einmal erfinden.

Ich möchte auch nicht so einfach im Raum stehen lassen, daß Sie gesagt haben "Familiensilber verscherbeln". Das ist ein etwas böser Ausdruck! Ich glaube, es war gerade noch zur rechten Zeit, daß wir eine Haftung, um die sich in der Regel eigentlich keiner "reißt", weggegeben haben - nicht nur wir, sondern auch wir (+ die Gemeinden Sierning und Garsten). Einverstanden waren damit die Herren Vorstandsdirektoren, die Personalvertretung, der Sparkassenrat, die Gemeinderäte in diesen 3 Gemeinden; auch der Hr.

Finanzminister mußte seine Zustimmung geben.

Meiner Meinung nach war es eine hervorragende administrative und verhandlungsmäßige Leistung, das in dieser kurzen Zeit zustande zu bringen. Das war nämlich nur im absoluten Konsensweg möglich - wenn nur einer der Beteiligten oder ein Gremium nicht mitgespielt hätte, wäre es nicht mehr gegangen! Ein prominenter Vertreter dieser Bank, die hier gekauft hat, hat mir gesagt, ein wenig später und es wäre nicht mehr möglich gewesen und man hätte, nachdem das Timing schon sehr interessant ist, eher zahlen müssen, wenn man eine solche Haftung abgegeben hätte. Wir sollten zufrieden und froh sein, daß es so noch möglich war. Denn durch diesen Verkauf bzw. diese Übernahme haben wir uns auch Spielräume verschafft, wichtige Projekte für diese Stadt zu realisieren.

Es war offenbar nicht möglich, - das tut mir ein bißchen leid, Fr. Kollegin Scheucher - dieses Mal Ihre Zustimmung zu erreichen. Vielleicht geht es noch, Sie im Zuge der Diskussion zu überzeugen; das würde mich freuen. Aber mehr kann man doch sozusagen nicht tun, als für die GAL eine Sendung "Wünsch' Dir was" zu veranstalten! Wenn Ihr jedoch keine Wünsche habt an das Budget - jedenfalls keine so klaren Wünsche, die geeignet wären im Zuge der Realisierung,

wenn das möglich wäre, Euch zu bewegen, auch zuzustimmen -, dann habt Ihr eben momentan in Eurer Fraktion nicht diese konstruktive Position, die wir uns eigentlich wünschen sollten! Was nicht ist, kann ja noch werden! Ich gebe das zurück - "Der Weg kann auch das Ziel sein". Es ist nicht von mir, sondern von Laotse und kann auch für die Grünen durchaus einmal zutreffen.

Altersheim-Reparaturen. Ich muß schon sagen, wir sollten auch das nicht abqualifizieren. Das Haus ist 100 Jahre alt. Wir reparieren und bringen hier etwas auf einen Standard, von dem andere nicht einmal reden können. Sie haben nämlich nicht solche Häuser zur Verfügung. Wir müssen ja feststellen, daß wir eine Warteliste von ca. 100 Menschen haben, die gerne in dieses Haus einziehen möchten, das oft sehr disqualifiziert wurde.

In Wirklichkeit wären die Umlandgemeinden gut beraten, oder der Sozialhilfe-Verband Steyr-Land könnte sich auch bemühen, in der einen oder anderen Gemeinde noch so ein Pflegeheim zu errichten. Wenn dies nämlich nicht geschieht, kommen alle Interessierten auf unser Alten- und Pflegeheim zu; auch wenn wir zusätzliche, dislozierte Pflegeheime errichten wollen, werden wir diese Wünsche nicht befriedigen können. Ich bekenne mich

ausdrücklich dazu, daß wir neben den Bemühungen, unser Alten- und Pflegeheim auf den modernsten Stand zu bringen, auch darüber hinausgehende Planungen beginnen müssen, um zusätzliche Altenheime zu errichten. Wir wissen doch, daß die Menschen alle 10 Jahre um 2 Jahre älter werden und daß es nicht allzu lange dauern wird, bis wir möglicherweise selbst vor einem solchen Haus stehen und ersuchen müssen, dort einziehen zu können.

Es ist also nicht nur für die jetzt sich Anstellenden, sondern auch für unsere Generation selbst eine Notwendigkeit. Wenn das für den einen oder anderen eine Entscheidungshilfe sein kann, so möchte ich's gerne gesagt haben! Ich begrüße und schätze sehr, daß Sozialarbeit auch von Vereinen geleistet wird - keine Frage. Auch die Stadt unterstützt das sehr; auch die Förderungen entwickeln sich in sehr dynamischer Form. Wenn ich nur einen Verein nenne, der mir gerade einfällt (weil er gerade gestern vorstellig war - übrigens war er nicht der einzige, denn es treten meistens mehrere auf, wenn es um Förderungen geht). Wenn ich nur erinnere, daß wir für den Verein "Frauen für Frauen" (besser bekannt unter "Frauen-Notruf") im Jahr 1990 etwa 50.000 oder 60.000 S für die Miete aufgewendet haben (für zwei Wohnungen auf dem Tabor) und im heurigen Jahr

650.000 S aufgewendet haben, dann kann man schon sehen, daß die Bemühung bzw. Unterstützung der Stadt gegeben ist.

Natürlich möchten sie gerne diese einmal erreichte Höhe, die sich zum Teil aus Projektförderungen ergibt, fortgeschrieben haben. Hierbei ergeben sich Probleme - das trifft nicht nur auf das Frauenhaus zu, sondern auf eine Reihe solcher Einrichtungen.

Da möchten wir gerne haben - nachdem ca. ein Drittel der Bewohner bzw. Benützer dieser Einrichtungen aus den Umlandgemeinden kommt (was natürl. aus moralischer Sicht gar nicht zu verhindern ist) -, daß wir auf Tagsatzlösungen kommen. Hier muß mit den Vereinen gemeinsam daran gearbeitet werden. Wir müssen also Verrechnungssätze bilden und auch bemüht sein, mit Hilfe der LR, der Bgm.-Konferenzen und des Hr. Bezirkshauptmannes Steyr-Land einzuwirken, daß auch die anderen Gemeinden an den Leistungen, die wir tätigen, finanziell mitwirken.

Zum Schluß vielleicht noch eines: Integrations- bzw. Anlaufstellen für Ausländer. Ich bin grundsätzlich dafür, daß man solche Anlaufstellen errichtet - wie haben Sie das genannt?

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Integrationsstelle!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ich bin also grundsätzlich dafür - das Konzept soll der Stadt demnächst überreicht werden. Wir werden sehen, was wir damit machen können. Aber nur zu sagen, das kostet 1,5 Mill. S und wir wollen es machen, ist auch ein bißchen wenig. Wir werden uns damit auseinandersetzen! Ich glaube, daß Anlaufstellen, Kontakte und Beratungen usw. wichtig sind und helfen können, Konflikte zu vermeiden.

Aber selbst wenn man - jetzt komme ich noch einmal zurück zum Verkehr - den öffentl. Verkehr forcieren will in einer Stadt wie Steyr, dann, liebe Frau Kollegin Scheucher, braucht man trotzdem Straßen. Man braucht Straßen, daß die Busse darauf fahren können; und man braucht 4spurige Straßen, wenn man Busspuren machen will!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Haben wir ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Ja, haben wir jetzt, aber war gegen Ihren hinhaltenden Widerstand durchzusetzen (wenn ich an den Plenkberg erinnern darf)!

Ich stelle nur fest, daß gerade in einer Stadt wie Steyr in nächster Zeit eher keine U-Bahnen

verkehren werden, sondern Busse, und daß wir bemüht sein müssen, diese Busse auch fahren zu lassen. In diesem Zusammenhang sind auch dem Straßenbau - auch unter dem Aspekt, daß es nicht nur für den Individualverkehr gehört - entsprechende Räume zuzuteilen. Koll. Fürweger war eigentlich der, der dieses Budget am negativsten betrachtet hat. Bestattung verkaufen und andere Dinge mehr - das kann man natürlich tun. Ich glaube nicht, daß es sozialpol. so schnell gerechtfertigt wäre, für eine Mehrheit in diesem GR einfach alles zu privatisieren. Es geht hier auch um Gebühren und Tarife und es gibt Menschen, die es sich nicht so leicht leisten können. Auch die Bestattung ist nichts Billiges und ich glaube, gerade die städt. Bestattung hat eine wichtige sozialpol. Aufgabe. Es geht nämlich darum, auch jenen Menschen, die nicht so gesegnet sind mit materiellen Gütern, eine würdige Bestattung zu garantieren. Ich weise nur auf diesen einen Umstand hin - es gäbe noch mehrere! Mittelfristige Finanzplanung ist etwas, mit dem wir uns intensiv beschäftigen - das scheint jedoch noch nicht überall durchgedrungen zu sein. Verkauf des Hotels Nagl - grundsätzlich positive Haltung. Wir haben aber dort eine Bücherei, die natürlich auch in anderwärtiger Weise umgesiedelt werden muß. Das

soll selbstverständlich ein guter Platz sein; denn auch die Bücherei ist ein Teil der Kultur, über die heute mehrfach diskutiert wurde.

Einen Grund zu kaufen - dieses Thema haben wir in einem Zwiegespräch schon ein wenig erörtert. Wenn man den Grundeigentümern nicht die Freiheit einschränkt, mit ihrem Eigentum zu tun was sie wollen (das ist aber ein Grundrecht in unserer Demokratie), dann müssen wir die Chance wahrnehmen, zu kaufen, wenn solche Grundstücke verkauft werden.

Verkehrskonzept - das bietet hier eine Gelegenheit, aus Ihrer Fraktion sehr aktiv zu werden. Viele Möglichkeiten wurden Ihnen eingeräumt, im Zuge der Geschäftsverteilung tätig zu sein. Nur Kritik zu üben, ist jedoch ein wenig spärlich!

Daß man jetzt auch den Kauf der Haupt-Repa, als zukünftiges Kommunalzentrum, herabsetzen möchte, "schmeckt" mir gar nicht. Ich rede nur von Fakten: 180 Millionen wurden aufgrund eines Schätzgutachtens verlangt. Auch unser eigenes Gutachten - das haben wir schon einmal besprochen - war in der Gegend von 145 Mill. Ich glaube, wir haben gut verhandelt. Es wurde auch festgelegt, in welcher Weise allfällige Umweltbelastungen behandelt werden sollen. Ich glaube jedenfalls, das ist eine der großen Entscheidungen gewesen,

die sehr pos. in die Zukunft wirken.

Zum Hallenbad. Es ist natürlich ein ganz bes. Fall, hier jetzt zu tun, als hätten wir in Untätigkeit verharret. Das ist - bei aller Disziplin, die ich mir hier auferlege und ohne eine größere Auseinandersetzung hervorzurufen - eine Provokation. Ich sage das so, weil ich hier der erste war, der als Sportreferent (da waren Sie noch gar nicht da) die Renovierung des Hallenbades als Priorität bezeichnete. Ich habe den GR eingeladen und gebeten, sich dieser Auffassung anzuschließen. Und zwar zu einem Zeitpunkt, als Koll. Eichhübl dieses Sanierungsprojekt noch als Prestige-Projekt bezeichnet hat! Ich freue mich auch in diesem Fall, daß ein Umdenken stattgefunden hat. Ich stehe nicht an, diese Leistung auch zu honorieren, daß dieses Umdenken stattgefunden hat und daß wir gemeinsam vorgehen können. Ich habe mich in der Zwischenzeit wirklich sehr bemüht, auch dort die Dinge voranzutreiben. Ich gehe davon aus, daß ein Projekt, das weniger kosten wird, auch beim Land die Zustimmung findet und eine Finanzierung möglich ist. Jede Unterstützung auf diesem Sektor kommt uns sehr gelegen. Wir haben hier einen absoluten Konsens, aber es ist nicht sehr nett, wenn man die Dinge in so kurzer Zeit mehrfach umdreht!

Eine Reihe von Wünschen wurden noch geäußert. Diese Wünsche haben wir wahrscheinlich zum Großteil gemeinsam; ich nehme nur einen heraus. Es ist schon sehr blauäugig, zu meinen, daß wir als Stadt Steyr so ohne weiteres den Taborknoten durch einen Kreisverkehr ersetzen können. Herr Kollege, es geht so nicht!

Ich hätte das gerne gemacht; wir könnten es mit dem Wi-Hof machen. Aber es geht nicht, denn es ist eine Bundesstraße und das Land OÖ. hat hier die Planung durchzuführen. Die machen das jedoch nur in Verbindung mit der Nordspange, weil Auswirkungen stattfinden. Außerdem ist die Finanzierung durch den Bund zu tätigen und dazu muß wiederum der NR einen Beschluß fassen. So sind die Dinge nun einmal, Hr. Koll. Fürweger, und ich bitte Sie wirklich, das zu glauben - das trifft auch auf Koll. Spöck zu, der dieses Thema heute schon einmal angesprochen hat und der natürlich ganz genau weiß, wie das ist!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Da habe ich nur Ihre Aussagen zitiert auf meine Anfrage, Hr. Bgm.!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Es ist wichtig, in dieser Richtung mitzudenken, aber auch mit anzutreten bei der Oö. LR, daß

dieses Projekt - zumindestens von der Planung her - in Angriff genommen wird. Wir werden das tun und wir haben es auch getan - ich führe dies auch für Koll. Schloßgangl aus, der bei mehrfachen Vorsprachen beim Land OÖ. zugegen gewesen ist.

Zum Schluß noch etwas sehr Positives: Das Image der Stadt muß gehoben werden! Wir müssen aus dieser Krisenregions-Diskussion in der Öffentlichkeit einmal herauskommen, dann werden wir uns bei der Betriebsansiedlung leichter tun. Dann werden wir uns auch beim Fremdenverkehr leichter tun! Wir haben allerdings noch einige gewaltige Hürden zu verkraften; wir sollten nicht vergessen, daß die Umstrukturierung der Steyrer Großindustrie leider noch nicht abgeschlossen ist und wir müssen, um das Image zu verbessern, um neue Hoffnung zu geben, gemeinsam eine Image-Kampagne starten. Das wird viel Geld kosten und ich freue mich jetzt schon darauf, wenn sich der GR einhellig zu dieser Auffassung durchringt, daß wir dieses Geld bei einem der nächsten Budgets ausgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun hat sich GR Payrleithner zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Erlauben Sie mir, daß ich das Bild, das Koll. Philipps heute von den Aktivitäten der Sozialdemokratischen Kulturausschuß-Kollegen dargestellt hat, doch etwas zurecht richte. Sie sind nämlich, wenn man das letzte Jahr an Kultur-Aktivitäten etwas Revue passieren läßt, eher oder in vielen Fällen als Verhinderer aufgetreten. Wenn ich heute das Protokoll der Verhandlungen über das Budget betrachte, so sind z. B. wieder die 300.000 S für den Autoankauf im Automuseum vorgesehen. Heute vormittag haben wir bereits die Möglichkeit gehabt, unter einem anderen Tagesordnungspunkt über das "Morzerbild" zu diskutieren. Es war unsere Fraktion, die sich sehr bemüht hat, dieses Kulturstück in Steyr zu behalten. Im Kulturausschuß war plötzlich keine Mehrheit mehr vorhanden für den Ankauf. Umso mehr war ich erstaunt, daß es heute doch - halbiert gesehen - noch zu finanziellen Mitteln gekommen ist.

Beim Oldtimer-Museum - ich habe mich seinerzeit persönlich sehr bemüht - war die Situation ähnlich. Ich habe mich seinerzeit sehr bemüht, aus dem Nachlaß eines großen Sammlers in Steyr den Kulturausschuß zu bewegen, Fahrzeuge, die sonst und mit großer Wahrscheinlichkeit jetzt

doch ins Ausland gehen werden, in Steyr zu behalten. Man hat auch damals davon Abstand genommen - Ihre Fraktion war leider auch stark daran beteiligt. Inzwischen wird es wahrscheinlich zu spät sein. Zu spät wäre es auch fast beim Uniform-Museum gewesen, wo es sogar einen einstimmigen Beschluß im Kulturausschuß gegeben hat. Dann haben sich teilw. dieselben Personen im StS wieder

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Stadtsenat!

GEMEINDERAT HANS PAYR-
LEITHNER:

... dagegen ausgesprochen. Das möchte ich zu den Kultur-Aktivitäten, die Hr. Philipps heute gezeichnet hat, noch gesagt haben.

Zur Kollegin Scheucher möchte ich auch noch eine kleine Bemerkung bezüglich Steyrdorf machen; weil Sie das heute kritisch gesehen haben, daß dort nur Fassadenaktionen usw. geplant waren und keine tiefgreifende Sanierung des Stadtteiles.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-
CHER:

Stadtplatz habe ich gesagt, nicht Stadtteil Steyrdorf!

GEMEINDERAT HANS PAYR-
LEITHNER:

Doch, das haben Sie schon gesagt!

Ich darf Sie vielleicht daran erinnern, wie wir hier vor nicht allzu langer Zeit einen Antrag stellten, Mittel aus dem Erlös des Sparkassen-Verkaufs speziell für den Stadtteil Steyrdorf zur Sanierung der Altbau-Wohnungen und der Altbau-Substanzen zu verwenden. Wir sind mit diesem Antrag alleine geblieben! Das nur zu Ihrer heute, interessanterweise plötzlich vorgetragenen Kritik der oberflächlichen Sanierungsarbeiten im Stadtteil Steyrdorf.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:
Stadtplatz, nicht Steyrdorf!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. StR Tatzreiter ist als nächster am Wort.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrter Herr Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich habe zu zwei best. Problemfeldern meine Vorstellungen bzw. auch positive Anmerkungen im Zusammenhang mit dem Budget zu bringen. Ich darf aber noch einmal auf einige Aussagen meiner Vorredner hinweisen. Der Geldsegen, den Fr. Kollegin Scheucher angesprochen hat, der vielleicht jetzt einmal gegeben ist und ein zweites Mal nicht mehr so sein wird, hat aber damit zu tun, daß natürlich Betriebe sein

müssen, die das abdecken, wenn wir eine 2. Möglichkeit in dieser Größenordnung nicht mehr haben, eine Bank zu verkaufen. Daher glauben wir - gerade als Dienstnehmer und Dienstnehmer-Vertreter, aber auch als verantwortl. Funktionäre in der Sozialdemokr. Fraktion und darüber hinaus in allen Fraktionen -, daß es ein Anliegen sein muß, die Betriebe einigermaßen zu unterstützen, die kurzfristig in Schwierigkeiten gekommen sind und die es aufgrund ihrer langjährigen Tradition aber auch verdienen (Steuern!). Wir müssen die Veränderungen in den Strukturen unterstützend mitgestalten und darüber hinaus natürlich Betriebsansiedlungen forcieren.

Das hängt auch mit dem zusammen, daß gerade eine Stadt wie Steyr in dieser Größenordnung mit den Bewohnern zu tun hat. Es geht nicht nur um den Arbeitsplatz, sondern auch um das Wohnen in unserer Stadt. Hier trifft mich sozusagen das "Ding" zweimal, weil auch das Wohnungsproblem ein eigenes Problem darstellt. Hier merke ich nur an, daß einige Dinge doch gegriffen haben. Die Entwicklung - nach Jahren gemessen bzw. an den Zahlen zu erkennen - ist so, daß 1991 z. B. 3.842 (Jahresabschlußzahl) Wohnungssuchende vorgemerkt waren. Dazu der Vergleich mit dem heurigen Jahr (Monatsende

November): 3.212 Wohnungssuchende. D. h., wir sind wieder auf der gleichen Stufe wie 1990 und ich freue mich darüber, wenn die Zahl im nächsten Jahr wieder heruntergeht. Was natürlich zur Folge hat, daß doch die Förderungen, Subventionen und Sondermaßnahmen greifen; und ich freue mich ganz besonders deswegen, weil auch Private dazu beitragen (nicht nur Private, sondern auch die anderen Wohnungsgesellschaften ziehen in dieser Frage mit).

Das spricht insgesamt natürlich auch die Bauwirtschaft an; ich meine dabei, daß uns das gerade hier bei der dzt. "Noch-Konjunktur" der Bauwirtschaft, die jetzt schön langsam einbricht, doch noch über die Runden gebracht hat. Dennoch dürfen wir nicht verkennen, daß 7,7 % Arbeitslosenrate keine reelle Zahl ist. Darüber hinaus können noch ca. 2 - 3 % gerechnet werden, sodaß wir dzt. an die 9,5 bis 10 % haben (wenn alle arbeitslos gemeldet sind, die auch die Möglichkeit hätten). Die Arbeitslosenzahlen werden in den nächsten Monaten, bedingt durch die Wintersaison, noch steigen.

Sehr erschwerend wirkt jedoch auf uns die leidige Situation mit den Beschäftigten bzw. mit dem Auftragsstand in der Fahrzeugindustrie. Ich verweise darauf, daß es nicht nur die Manager oder die Firmenleitungen in Steyr zu

verantworten haben, sondern der internat. Markt ist schuld daran! Jedes Unternehmen, das Fahrzeuge produziert bzw. in dieser Branche tätig ist, hat die größten Sorgen. Ich möchte bemerken, daß FENDT z. B. (der Leader auf dem Markt oder der Rolls Royce auf dem Landwirtschaftsmarkt) die größten Probleme hat. Man muß die Dinge alle kennen und sehen. Das ist bei Mercedes so, bei VW usw. - ich möchte jetzt nicht alle aufzählen. Die Größenordnungen sind bedrohlich, was die Verschuldung anlangt!

Ich meine, daß gerade solche Weltfirmen (wie Mercedes, wie VW u. a. m.) in dieser schwierigen Phase natürlich vor- und nachgelagerte Bereiche für die Beschäftigung ihres dazu beitragen. Natürlich auch bei uns in Steyr! Erst vor einigen Tagen wurden Personalfreisetzen an die Belegschaft der Fa. STROBA, die Spezialwerkzeuge produziert, herangetragen. Das bewegt uns schon sehr und wir wissen um die Sorge - gerade als Gewerkschaftsvorsitzender für den Bezirk Steyr.

Wir müssen diese Dinge ansprechen, weil es uns als Belegschafts-Vertretungen draußen sehr stark betrifft. Gerade wir von der SDP AG, denn es ist ja kein Geheimnis, daß wir in den nächsten Monaten damit befaßt sind! Dazu kommt noch, daß andere Betriebe ebenfalls von einigen dieser Sorgen

betroffen sind. Ich nenne hier keine Namen. Es werden ca. 200 - so ist mir berichtet worden -, auch dieser renommierte Betrieb in Steyr, davon betroffen sein.

Meine Damen und Herren, das sind unsere Sorgen und ich bin zumind. darüber glücklich, daß im Budget ein mächtiger Platz gefunden wurde, hier Positionen anzusetzen. Ich freue mich auch, daß es eine Einstimmigkeit, was diese Dinge anlangt, gibt. Hoffentlich wird das Budget mehrheitlich beschlossen, sodaß wir auch mit dem Budget einigermaßen hier Abhilfe schaffen können.

Ich darf noch einmal sehr herzlich danken, vor allem was den Wohnbau angeht mit etwa 30 Mill. S/Jahr, sodaß in den nächsten 3 - 4 Jahren etwa 1.400 Wohnungen zusätzl. geschaffen werden können. Danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. StR Holub ist der nächste.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich wurde gerade beim Herausgehen gefragt, ob das jetzt eine halbe Stunde dauern wird - ich denke nicht. Das kann man pos. oder neg. sehen!

Vbgm. Sablik hat namens der Sozialdemokratischen GR-Fraktion davon gesprochen, daß das vorgelegte Budget vom

Rückgrat der Sozialdemokratischen Partei getragen ist. Ich glaube, daß dies eine sehr großflächige Darstellung ist - ich denke vielmehr, daß dieses Budget, das hier diskutiert wurde (da kann man über die Qualität der Diskussion geteilter Meinung sein, oder vielleicht sogar einer Meinung), im wesentlichen vom Versuch zur Übereinstimmung getragen ist und daß es an sich bei einem Budget, das aus dem Versuch der Übereinstimmung getragen wurde, keine strahlenden Sieger gibt - auch keine lauten Verlierer und daß davon Demokratie leben kann.

Ich bin sehr froh darüber, daß der GR innerhalb eines Jahres diese Wahrheit erfahren hat, die so alt ist wie die Bemühung der Menschen, miteinander in demokratischen Systemen umgehen zu können. Meiner Meinung nach wäre es ein schwerer Fehler, ginge man davon aus, daß im Kompromiß die einzige Wahrheit zu sehen ist und daß im Suchen nach dem Kompromiß das Suchen nach dem fernen Ziel verloren ginge. Das wäre verderblich und schlecht. Das ist in Summe ja auch nicht passiert! Aber die Fraktionen waren mehrheitlich in der Tat so weit, daß sie sich selbst in der Diskussion Prioritäten, Hierarchien entwickelt haben und nach diesen Hierarchien auch zu Übereinstimmungen gelangt sind.

So war es auch bezeichnend - ich werde heute nicht lange über das Altenheim reden -, daß es ein Sprecher der Freiheitlichen Partei (ich glaube, Dr. Schwager ist es gewesen) war, der gesagt hat, daß es für ihn und seine Fraktion mit ein wesentlicher Grund war, daß man hier zur Einigkeit gelangt ist, die Überlegung anzustellen, ob man nicht dem Budget zustimmen könnte. Das wäre also ein signifikanter Punkt, daß dort, wo man Probleme erkannt hat, plötzlich Lösungsvorschläge entwickelt wurden, daß man dort gemeinsam sehr wohl zu Ergebnissen kommen kann.

Ich möchte das Thema "Altenheim" jetzt nicht zu einer Quälerei für verschiedene ausufern lassen, sondern ich möchte ganz einfach nur von dieser Stelle aus auch dem LR Klausberger danken, dessen großzügiger Förderungszusage es wirklich zu verdanken ist, daß die Finanzierung des gewaltigen Projektes doch realistisch erscheint. Geahnt haben wir ja, daß so etwas möglich ist. Aber die Zusage liegt am Tisch und die Zusage hat den Konsens doch ganz wesentlich gefördert.

Die Wohnbauförderungsmittel, die zur Sanierung anzusprechen sind, dann noch flüssig zu machen, wird nur mehr eine Frage der Beantragung sein und dann werden wir feststellen, daß die kommunale Belastung aus dem Sanierungsprojekt viel

geringer ist, als wir ursprüngl. befürchtet haben - auch dann, wenn die Beträge viel größer sind, als wir überhaupt geahnt haben.

So könnte man also - wenn es nicht dann und wann etwas drastischer gelaufen wäre - tatsächlich einen Dialog sinnvoll betreiben. Ich glaube, daß auch bei aller Drastik der Diskussion es dennoch durch Vernunft dann wieder soweit gelungen ist, im Gespräch zu Lösungen zu finden. Das ist doch das aller Wesentlichste!

Ich glaube, daß man die Stellungnahme der Freiheitl. Partei, daß die Mehrheitsverhältnisse, die jetzt gewaltig verändert wurden, weil es eine große Mitarbeit von FPÖ-Mandataren gibt, nicht vorbehaltlos teilen muß! Ich glaube schon, daß es auch ein Teil der FPÖ-ressortierenden Abteilungen im Rathaus und in der Stadt Steyr noch immer sind, die doch gewisse Säumigkeiten in Entscheidungsfindungen aufweisen. Ich werde hier jetzt sicherlich erwähnen müssen, daß wir in der Sache des Verkehrskonzeptes trotz der Ansätze null weitergekommen sind! Das ist die einfache Wahrheit! Es hat sich auch in den Stadtwerken trotz der Veränderung in der Ressortführung an sich an den Forderungen an die StW überhaupt keine Veränderung ergeben. Wir sagen seit Jahren

dieselben Dinge; der Referent hat gewechselt, aber es ist ihm nicht gelungen, die große Umsetzung der alten Kritikpunkte in die bittere, harte, alltägliche Realität durchzuführen.

Die Freiheitl. Partei hat die Tourismusförderung angezogen - es ist ihr zu wenig. Ja natürlich wäre es viel zu wenig, wenn 1,4 Mill. S für eine aufstrebende Tourismusregion das einzige wäre, was in Aussicht steht. Wir haben - Koll. Zagler und ich - gemeinsam im Tourismusverband die Anregung gemacht, man soll zunächst einmal Konzepte entwickeln, und dann wird sicherlich über die Konzepte aus den Widmungen der Sparkassengelder - auch außer Plan und über Plan - zu diskutieren sein. Ich stehe schon dafür, daß ohne Konzept nicht unbedingt die Geldwidmung sein muß! Weil es nicht ganz richtig ist, zu sagen: "Weil die anderen den ganzen Personalaufwand bezahlen, müssen wir das auch bezahlen und damit wäre der Tourismus heil!" Natürlich wäre es gut und richtig, käme die Stadt Steyr so weit, den gesamten Personalaufwand des Tourismusverbandes zu begleichen. Natürlich wäre es gut und richtig, wenn der gesamte Büroaufwand des Tourismusverbandes bezahlt werden würde. Natürlich wäre es gut und richtig, wenn die gesamten Werbebemühungen bezahlt werden würden. Aber es müßte

dann eigentlich schon hervorkommen, wo die detaillierten Vorhaben des Verbandes sind und welche Strukturverbesserungen, die bisher wegen Geldmangel unterbleiben, dann tatsächlich zu einer Belebung dieses 2. Standbeines "Dienstleistung und Tourismus in der Stadt" beitragen können!

Zur Fr. Kollegin ... - heute sind alle nicht mehr da, die ich ansprechen möchte! Ich blättere weiter, sodaß ich mir die Wortmeldung des Hr. Bgm. hernehme, der allgegenwärtig ist und der sehr vieles gesagt hat, das absolut zu unterstreichen ist. Ich erspare Ihnen und uns die Wiederholungen, möchte nur Dinge in Diskussion bringen, die man tatsächlich diskutieren sollte.

Die Wohnbaupolitik als Schwerpunkt dieser Legislaturperiode wurde vom zuständigen StR Tatzreiter und vom Bgm. hervorgehoben. Ich glaube, daß wir bei aller Hervorhebung auch zur Tat schreiten müssen. Und zwar nicht nur zum Feststellen, daß es jetzt weniger Vorgemerkte gibt - weil eine konzertierte Aktion für eine gew. Entspannung gesorgt hat; 2.000 oder über 2.000 sind ja noch immer genug -, sondern daß wir vor allen Dingen auch versuchen müssen, zusätzl. Mittel zur Altbau-Sanierung flüssig zu machen. Ich komme nicht weg davon, es wird sicherlich

notwendig sein, auch in der GWG - selbst wenn sie verselbständigt ist, oder gerade wenn sie verselbständigt ist - darüber nachzudenken, ob man nicht aus bestehenden Mietwohnungen Eigentumswohnungen machen kann. Ich glaube nach wie vor, daß das Interesse vorhanden ist. Es kommt nur zu sehr wenig Umsatz, weil das Angebot so klein ist. Wenn man hier zu realistischen Verkaufspreisen, nicht zu Buchwertpreisen (bei den alten Wohnungen wäre das ja eine Gemeinheit vor dem Bestand), an Verprivatisierung von gemeinn. Wohnraum denken kann, dann wird man sehr schnell erkennen, daß es doch Geld gibt, um die Altstadt zu sanieren.

Dann wird sich der Impuls, den man zum Thema "Steyrdorf" mit der Althaus-Sanierungsaktion der Gemeinde dankenswerterweise gesetzt hat, auch auf andere Stadtteile ausdehnen können. Es ist ja auch schon so, daß manche Teile der hohen "Ennse-Leite" sanierungsbedürftig wären. Das sollte man dabei auch nicht vergessen - wir haben dort zahlreiche Häuser, die aus dem Anfang dieses Jahrhunderts sind und daß auch hier die Wohnbedingungen schon eher fragwürdig sind. Auch hier wird es also gelten, in die GWG Sanierungsgeld hineinzubringen, um diese Stadtteile wieder attraktiv zu machen. Die Attraktivität kommt eben nicht

nur von der Stadtmöblierung, sondern die kommt auch von der Attraktivität des Wohnraums, die dann zusätzlich Bevölkerung bringt. Wir wollen die Bemühungen zur Altstadt-Sanierung weiterführen. Es ist nicht nur die Fassadenkosmetik, sondern natürlich gehört das ganze vernetzte System von neuem Wohnraum in alten Häusern hier dazu.

Die Sparkassengelder können uns einen Teil Hoffnung dazu geben, weil damit andere Dinge finanziert werden können. Aber ich wehre mich wirklich dagegen, daß es heißt, wir haben Familiensilber verscherbelt! Ich wehre mich wirklich dagegen! Wer weiß, wenn dieser Verkauf nicht über die Bühne gegangen wäre, wie lange überhaupt noch die Möglichkeit bestanden hätte, die an sich etwas unreal ist. Das muß uns doch klar sein. Aus der Fusion von Geldinstituten verdient eine Gemeinde plötzlich Geld! Das muß uns doch klar sein, denn das ist ein verdammt warmer Regen, der hier auf die Stadt - nicht sehr verdient - herunter gekommen ist! Es ist auch ein sehr glückhafter Regen, der über die Gewerbesteuer auf die Stadt herunter gekommen ist. Wenn Sie die Tischvorlage aus Nov. ansehen, die heute mit den Grafiken übergeben wurde, so haben Sie bei der Gewerbesteuer noch 65 Mill. S Einnahmen im Budget 1992. Das ist eine Zahl, über deren Höhe wir bei der

Debatte im Vorjahr verblüfft waren. Einige haben angenommen, daß es mehr werden wird. Aber die Summe war der Meinung, daß dies schon ein recht optimistischer Ansatz ist. Bitte, 175 Mill. S sind daraus geworden. Das ist nahezu eine Verdreifachung, jedenfalls eine "Ver-2,5-fachung" der präliminierten Mittel. Dadurch ist es möglich, daß wir versch. Dinge weitermachen können und dadurch sollte es eigentlich auch möglich sein, daß wir in den Stadtwerken doch endlich auch weiterkommen. Ich spreche jetzt nicht vom Hallenbad; das ist ohnehin eine Selbstverständlichkeit: wenn etwas kaputt ist, muß man es richten. Es ist auch eine Selbstverständlichkeit, daß man nicht nach den teuersten möglichen Lösungen sucht, sondern nach den best denkbaren - best denkbar auch in der Finanzierung. Und das geschieht derzeit auch! Aber der Teufel hat so sehr die Liebe zum Detail, meine Damen und Herren! Es drückt der kleine Stein im Schuh und nicht der große, denn der große fällt gar nicht hinein. Aber die Wartehäuschen unserer Stadtwerke - es ist ein quälender Zustand, daß wir vor 2 Jahren beisammen gesessen sind, Muster gesehen haben, Musterverträge mit Werbeagenturen gehabt haben, sogar in die Diskussion eingetreten sind, ob nicht der Gestaltungsbeirat

damit befaßt werden soll. Und wissen Sie noch ganz genau, was dann war? Nichts, meine Damen und Herren! Präzise nichts! Dann spricht man von der Attraktivierung des öffentl. Personen-Nahverkehrs, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, den Passagieren den Schutz vor dem Regen anzubieten, den sie sich eigentlich verdienen sollten. Wir sind nicht einmal in der Lage, Wetterhäuschen aufzustellen an den Linien, die den Fernverkehr in die Stadt hereinführen. Also hier vermissen ich schon eine gew. Dynamik in der Weiterentwicklung. Natürlich vermissen ich eine gew. Dynamik beim Taborknoten. Es ist doch unmöglich, daß etwas weitergeht, wenn ständig Ping-Pong gespielt wird. Das böse Land ist schuld und der böse Stickler ist schuld. Wir müßten uns eben in unserem eigenen Pflichtbereich - das ist das Verkehrsregime der Stadt Steyr - über die untergeordneten Straßen einmal im klaren sein, wie sie geführt werden. Der Ball liegt an uns und sobald wir keine Definitionen zu Wege bringen, solange wird das Land natürlich andere Vorhaben bauen. Und zwar für Gemeinden, die wissen, was sie wollen! Wir machen hier sehr viel "Bla-Bla" und sind eher wenig konsequent in der Umsetzung, wenn es weitergeht. Der Referent ist nicht da, aber man müßte ihm diesen Vorwurf auch machen! Es ist doch kein so

großes Geheimnis, das erst heute offenbar wird, daß 6 Straßen von untergeordneter Bedeutung in eine Straße von übergeordneter Bedeutung eingebunden werden müssen und daß es eine Willenserklärung zum Kreisverkehr gibt. Also - das Pferd steht vor der Tür und es ist gesattelt. Hinauf, wir müssen reiten!

Die Image-Kampagne mit der Krisenregion Steyr. Freilich machen wir das Herbeijammern selbst, aber wenn wir nicht konsequent an Maßnahmen gehen mit Phantasie, Herz und Zielorientierung, dann können wir uns nicht erhoffen, daß irgendjemand herbeikommt und sagt: "Oh Region, du bist so gut!" Ein Investor geht in eine Region, die zielstrebig nach vorne blickt, und nicht wehleidig nach hinten! Ein Investor geht in eine Region, wo klare Bedingungen abgesteckt sind, und nicht "wir werden schon sehen, was daraus wird"! Es genügt nicht, zu sagen, in Hinterberg ist kein Bahnanschluß und keine Straße. Irrtum, Euer Ehren! Irrtum!!! Es ist ein Bahnanschluß und es ist eine Straße. Aber es ist noch immer kein Betrieb dort, weil die zielstrebige Bemühung einfach nicht stattgefunden hat. Kein Vorwurf nur an die Stadt, sondern auch an den Eigentümer, der dort doch ziemlich viel Geld selbst vorgelegt hat. Wir haben staunend erlebt, als wir den Grund gekauft haben

(zurückgekauft haben; eigentlich nicht zurück, denn wir haben ihn ja nie gehabt) für die Geschützte Werkstätte, die wir alle wollen, wie teuer ein Grund innerhalb von 2 Jahren werden kann - und wie wenig dann eigentlich passiert außer einem Bahndurchbruch.

Koll. Schloßgangl schaut schon auf die Uhr, ich bin gleich fertig!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Vielleicht wird er von einem Uhrmacher gesponsert!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich kann Euch nur empfehlen, schaut Euch nach der Sitzung die Uhr des Koll. Schloßgangl an, das ist ein ausgesucht schönes Stück!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte dort aufhören, wo auch Koll. Tatzreiter aufgehört hat - die Notwendigkeit der Wirtschaftsförderung. Daß wir hier 7 Mill. S im Budget stehen haben für die gewerbl. und mittelständische Wirtschaft (einschließl. des Konzeptes), hat Koll. Schloßgangl schon erwähnt. Gegenüber steht die Industrieförderung mit 14,3 Mill. S. Wenn man das Steueraufkommen betrachtet, das wir heuer bekommen haben, ist das sicherlich eine korrekte Maßnahme. Wenn wir aber die Schwierigkeiten der "großen

Schiffe" erkennen, so wird es doch sehr notwendig sein, den beweglichen, kleineren Einheiten noch mehr Augenmerk als bisher zu schenken.

Es zeigt, meine Damen und Herren, die Strategie der Gemeinde in die richtige Richtung. Zufrieden kann man nie sein; aber das Ziel, die kleine Wirtschaft, die mittlere Wirtschaft zu fördern, sollte der GR der Stadt Steyr nicht aus den Augen verlieren, wenn er die Hoffnung haben will, daß Steyr nicht als Krisengebiet, sondern als lebende Region bekannt wird! Darf ich Ihnen allen zum Abschluß gesegnete Weihnachten wünschen. An die Beamten des Hauses meine persönl. Hochachtung. Alles Gute, Prosit Neujahr!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, das war ein würdiger Abschluß. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, daher bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht noch einmal die Budget-Rede von vorne halten, obwohl ein fast nicht enden wollender Applaus diese Rede begleitet hat. Ich weiß, der Applaus gilt nicht dem, der den Vortrag gehalten hat, sondern dem Budget als

Gesamtwerk und den Leuten, die das mit erarbeitet haben. Der Dank, den Sie mir über diesen Applaus indirekt mitgegeben haben, den möchte ich auch gerne an Sie zurückgeben. An alle jene, die an konstruktiven Verhandlungen zu diesem Budget beteiligt waren. Man könnte so ein Schlußwort zu einem "Rundumschlag" gegen alles wieder verwenden. Ich tue es aber nicht - vielleicht dieses Mal nicht; ansonsten auch nur selten!

Gelächter

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte auch jenen die Hand reichen, die sich vielleicht nicht überwinden können, diesem Budget die Zustimmung zu geben. Es ist durchaus legitim, die eigenen Wünsche, damit meine ich nicht die egoistischen Wünsche in ein Budget hineinzulegen, sondern die Wünsche der Fraktion, die Wünsche, die man aus der Idee um das Gemeinwesen in Steyr ganz einfach vertreten will.

Bgm. Leithenmayr hat gesagt, es soll sich um einen Wettstreit der besten Ideen handeln. Dazu bekenne ich mich auch und wir versuchen hier bei einer Budget-Beschlußfassung, eine "Koalition der Vernunft" zu bilden. Die ist bei diesem Werk - vielleicht wegen der Güte dieses Budgets - auch im großen und ganzen, so

wie die Vorreden gelautet haben, gelungen.

Bei einem solchen Budget - ich habe schon gesagt, keines ist perfekt - geht es darum, den kleinsten gemeinsamen Nenner oder, vielleicht besser ausgedrückt, das größte gemeinsame Vielfache zu finden. Das haben wir versucht. Ich möchte nur ganz kurz replizieren auf die Sprecher der einzelnen Fraktionen. Hier, lieber Roman, nachdem Du heute in Vertretung des Vbgm. Pfeil diese Erklärung abgegeben hast, möchte ich eine kurze Lesung machen aus dem Protokoll vom 17. Dezember. Nicht von heute, sondern vom 17. Dez. 1991, als wir das letzte Mal ein Budget beschlossen haben - damals ohne Eure Stimmen. Ich will damit zeigen (auch, um der GAL zu zeigen), auch wenn man nicht zustimmt, heißt das nicht, daß Wünsche, die an den GR herangetragen werden - sofern sie vernünftig sind - nicht verwirklicht werden.

Roman hat damals in seiner Budget-Rede gesagt: Erstens wünscht er die Mittelfreigabe zur Erstellung eines umfassenden StEK. Wir haben diese Beauftragung inzwischen durchgeführt! - Zweitens ...

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Umfassend!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Zweitens die Mittelfreigabe für eine umfassende Untersuchung zur Erstellung eines modernen, effizienten Magistratsverwaltungs-Managements. Das KDZ ist in diesem Jahr beauftragt worden; die Auswirkungen gehen in das Jahr 1993 weiter. - Drittens die Mittelfreigabe zur Ausdehnung der Heimhilfe. Auch das haben wir in einem ausreichenden Maße dotiert. Die Heimhilfe und Hauskrankenpflege kann Gott sei Dank für unsere Senioren funktionieren! - Viertens die Förderung von Betriebsansiedlung und die Verbesserung der Branchenstruktur. Auch darüber haben wir wieder einen großen Brocken an Wirtschaftsförderung hineingegeben. Nur budgetäre Vorsorge allein zu treffen und nur hinaus zu posaunen "wir nehmen Betriebe auf", ist zu wenig. Das macht auch einen kleinen Sprung auf jene Bemerkung hin, den Controlling-Beamten in der MA II vielleicht eher in eine andere Abteilung zu geben; weil wir gerade in dieser Abteilung II versuchen, ein Beteiligungscontrolling zu machen und wir sind ja an der oö. Ansiedlungsgesellschaft über das Land beteiligt. Scheinbar kommt hier sehr wenig auf uns zu - das müssen wir verstärken. - Fünftens ging es um die Haus- und Gehsteig-Reinigung durch den Wi-Hof. Ich weiß nicht, wie weit das auf der Ennsleite und über den Wi-Hof inzwischen

weiter gegangen ist. - Und schließlich wurden im Bereich der Kultur permanente kulturelle Veranstaltungen auf dem Stadtplatz gefordert. Voriges Jahr war die BP-Wahl - alle Parteien haben ihre Kandidaten präsentiert. Es ist auch ...

Gelächter

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es ist auch dabei gestanden: ev. ein sog. Talenteschuppen. Der Talenteschuppen ist also auch abgehalten worden!

Vom Spaß jetzt wieder weg zum Ernst der Sache. Roman hat gesagt, im ursprüngl. Ansatz - sozusagen in der Erstfassung - sei das Kultur-Budget mehr oder weniger kalt-lächelnd halbiert worden gegenüber dem vorjährigen Ansatz. Im vorigen Jahr waren 1,57 Mill. S auf dem sog. Kultur-Konto. Im Beamten-Vorschlag - im Vorschlag, den Mag. Lemmerer ausgearbeitet hat - standen dort 900.000 S und 150.000 S auf einer Subventions-Post. Das ist aus finanz-technischen Gründen so geändert worden. Das sind also 1,05 Mill. - und das (ich glaube, das auch von unserer Seite her sagen zu können) mit vollem Recht. Denn wie hat sich dieser Ansatz-Posten entwickelt im Jahr 1992 (darauf basieren ja diese Zahlen)? Man versuchte auch eine Hochrechnung für das nächste Jahr zu machen. Zum

Zeitpunkt der Erstellung war gerade über eine halbe Million von diesem Konto verbraucht! Anfang Dez. ist der Stand beim Verbrauch dieses Kontos etwas über 700.000 S gewesen - mit den Vormerkungen (d. h., wo schon Bestellscheine ausgefüllt waren) knapp über 800.000 Schilling.

Wir dachten, das könnte genügen und es war dann auch eine Sache, die sowohl vom Kultur-Ausschuß als auch vom Kultur-Referenten vorgetragen wurde und der wir klarerweise - wenn man neue Ideen hineinbringen will - auch ins Auge schauen können. Wir tun das also nicht ab als Geschenk an eine Fraktion zur Zustimmung, sondern als durchaus sinnvolle Ergänzung.

Zum Koll. Schloßangl. Erstens auch wieder danke für das Lob, das mir ausgesprochen wurde für das Verhandlungsklima, das wir geschafft haben. Ganz selten kommen Emotionen hoch - auch bei mir. Wir haben es aber immer wieder geschafft, die Themen zu versachlichen und haben wie "Männer" miteinander verhandelt.

Du sprichst - richtigerweise - bei den Personalkosten von den Gesamt-Personalkosten. Du hast dazu auch die Pensionen und die Bezüge der Funktionäre erwähnt - das ist richtig. Um noch deutlicher zu signalisieren, es gehörten auch noch die Personalkosten der Stadtwerke dazu, sodaß wir insgesamt in

diesem großen Budget wieder Personalkosten von 442 Mill. S bewegen.

Die Rechnung mit Prozenten - ich habe das voriges Jahr beim Budget schon einmal gesagt - kann man natürlich anstellen, wie man will. Mein favorisiertes Rechenbeispiel oder Rechenmuster ist das, nachdem der Gesamthaushalt vom Personal zu vollziehen ist, auch den Gesamthaushalt als Basis heranzuziehen. Deines - ich weiß - ist eben, zu sagen, wir beziehen das auf den o. H., weswegen auch so große Differenzen vorkommen. Du hast Dich trotz allen Lobes darüber beklagt, daß das Budget nicht bald genug vorliegt. Ich bekenne mich auch dazu, allerdings hat die Forderung an das Budget wieder möglichst auf aktuellsten Zahlen zu basieren. Es hat also den Drang, sich immer hinauszuschieben. Und was auch festzustellen ist: Es sind nicht immer die "starken" Verhandler am Tisch bei solchen Gesprächen. Damit meine ich nicht die persönl. Stärke, sondern so wie Du als Fraktions-Obmann oder ich als Finanz-Referent; wir müssen ja alles das, was wir besprechen, mit unseren Fraktionen, mit dem Bgm. in meinem Fall (nachdem er nicht Fraktions-Vorsitzender ist) und klarerweise auch mit anderen Gesprächspartnern immer wieder vernetzen und auf einen gem. Nenner bringen. Das bringt es eben dazu, daß ein endgültiges

Papier und eine Endfassung rel. spät vorliegt.

Zur Frau GR Scheucher. Mir tut es wirklich leid, obwohl die Vorzeichen gar nicht so schlecht ausgesehen haben, daß Ihr es nicht zu Wege gebracht habt, Eure Basis davon zu überzeugen, daß eine Zustimmung zum Budget nichts Unsittliches oder Abwegiges ist, sondern daß es durchaus auch gemacht werden kann, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Als ich aber Ihre Rede zur Ablehnung heute gehört habe, hatte ich fast den Eindruck, Sie wären mit diesem Beschluß auch inhaltlich voll einverstanden.

Ein paar kurze Bemerkungen dazu. Sie haben den Sparkassen-Verkauf schon einige Male kommentiert und als "Familiensilber verschenken" oder "verscherbeln" hergestellt. Für uns ist der Sparkassen-Verkauf ein Mega-Deal gewesen. Also ein Jahrhundert-Geschäft, das uns wahrscheinlich - darüber wurde auch schon gesprochen - im Augenblick nicht so leicht gelingen könnte. Vielleicht, wenn die Kreditwirtschaft wieder bessere Zeiten sieht, daß so ein ähnlicher Vorgang wiederholbar wäre! Mit Recht sagen Sie: "Was tun wir, wenn das Sparkassen-Geld verbraucht ist?" Das ist auch unsere Sorge - ebenfalls meine Sorge als Finanzreferent. Wie kann man jetzt jene Wünsche, die sich aufgetan haben, die für das Jahr 1993 befriedigt werden

können, auch noch 1994, 1995 und Richtung 1996, 1997 und folgende trotzdem weiter entwickeln und vorantreiben? Ich habe schon ein Beispiel angeführt - diese Umstrukturierung der Darlehen gibt uns einen kleinen Spielraum. Man müßte fast schon sagen, damit wir unseren Kindern wieder ein solches Spielgeld, wie die fast 200 Mill. aus dem Sparkassen-Verkauf, zur Verfügung stellen können, müßten wir ab morgen eine neue Sparkasse gründen, um wieder - ich glaube 137 oder 138 Jahre ist diese fertig - für unsere Kindeskinde eine Möglichkeit zu schaffen.

Was mir bei Ihrer Wortmeldung ein wenig abgegangen ist: Sie haben keine konkreten Beispiele gebracht. Ich könnte es beinahe so machen wie bei Quiz-Sendungen im Fernsehen, wo die Uhr tickt. Ich gebe Ihnen 10 Minuten Zeit und Sie sagen mir dann 50 konkrete Punkte, die wir herausstreichen, 50 konkrete Punkte, die wir hineinnehmen. Das wäre eine Möglichkeit, über ein Budget zu verhandeln. Es ist für mich schwer nachvollziehbar, wenn man sagt, dieses Budget ist im gesamten unserem Eindruck nach nicht das, was wir uns vorstellen. Es ist ein Zahlenwerk, das unsere Leitlinie für das nächste Jahr sein soll, daher müßte man die Wünsche auch in Zahlen konkretisieren.

Zwei Verhandlungspunkte im speziellen waren es, wo ich

dachte, daß Sie sich durchringen könnten, auch den anderen 99 % zu diesen 1,8 Mill., denen Sie ohnehin zustimmen, zuzustimmen, um sozusagen auch das restl. zu machen, nämlich das Frauenhaus und die Integrationsstelle. Uns war von Haus aus klar, daß wir das Frauenhaus, das wir in Steyr errichtet haben, nicht aushungern oder austrocknen können. Sie können natürlich jetzt sagen, der Zagler hat ein falsches Spiel mit mir geführt. Er hat ohnehin schon gewußt, daß dieser Ansatz aufgebessert wird. Aber bitte, er ist drinnen und ich glaube, es findet auch Ihre Zustimmung gerade in diesem Punkt. Auch die Integrationsstelle ist kein Thema, das durch Ihre Ablehnung gestorben ist. Bgm. Leithenmayr hat schon gesagt, man wird über dieses Thema reden müssen. Man wird klarerweise auch dort wieder Mehrheiten suchen und finden müssen in diesem Gremium. Besser wäre es, wenn das bereits budget-konform gemacht werden könnte.

Wie z. B. - auch das wurde angedeutet - die von uns einstimmig beschlossene Subventionsordnung noch immer nicht, obwohl sie schon Gültigkeit hätte, in dem Ausmaß vollzogen wird, wie es dem Beschlußgedanken entspricht. Ich bin der Meinung, daß wir viele der Subventionsposten, die heute noch in diesem Budget drinnen sind, gar

nicht in dem Ausmaß ausgeben wollen. Wenn man den Text dieser Subventionsordnung liest und auch so interpretiert, müssen die entspr. Vorhaben eingereicht werden, es müssen die entspr. Finanzierungspläne eingereicht werden und wir als GR haben zu entscheiden, ist das ein sinnvolles Projekt und in welchem Ausmaß wollen wir uns daran beteiligen. Nicht so, wie auch im letzten StS, daß plötzlich ein Kulturverein kommt und feststellt, daß die Sessel kaputt sind (die sind nämlich sicher nicht von gestern auf heute kaputt geworden), 70.000 S reklamiert und diese auch bekommt. So kann die Vorgangsweise in der Zukunft nicht sein, weswegen ich glaube, daß wir gerade hier bei diesen Subventionsposten einen Spielraum bekommen - auch für andere interessante Vorhaben, die wir unterstützen können. Ich kann und will klarerweise nicht auf alle Wortmeldungen eingehen, aber einige auserwählte darf ich noch bringen. Lieber Dr. Tilman Schwager, ich muß sagen, wäre ich nicht schon rot, ich wäre rot geworden, weil Du mich so gelobt hast in Deiner Wortmeldung. Ich darf auch Dir das Kompliment zurückgeben, daß wir ein gutes Verhandlungsklima gefunden haben. Du hast gesagt, der Prüfungsausschuß wünscht sich diese verstärkte begleitende Kontrolle. Ich war selbst einmal

Mitglied in diesem Ausschuß, nicht Vorsitzender, denn das war nie der Fall, daß die Bürgermeisterpartei einen Vorsitzenden stellen durfte - das war damals Koll. Willi Spöck, vor ihm war es Koll. Seidl, noch früher war es Steuerberater Schwarz; auch Koll. Holub war einmal drinnen. Und alle jene haben seit dieser Zeit immer wieder gesagt, wir müssen die begleitende Kontrolle stärken. So gesehen ist es nicht nur Dein Vorschlag und der des Prüfungsausschusses, sondern genauso gut auch meiner und unserer. Wir stehen voll dahinter und identifizieren uns auch damit.

Lieber Günter Fürweger! Nachdem Du selbst in Deiner Wortmeldung gesagt hast, Du kannst Dich an das vorige Jahr erinnern mit den Lärmschutzmaßnahmen und an meine "Belehrung" etc. Ich halte sehr viel von Dir und glaube auch, daß Du eine pol. Hoffnung der FPÖ bist. Nicht für die "Fürweger Partei Österreichs", sondern für die Freiheitl. Partei Österreichs. Aber meine Bitte wäre, das Angebot, das ich damals gemacht habe, wirklich ernst zu nehmen. Ich gebe mir Mühe und nehme mir die Zeit. Wenn Du mit solchen Werken in der Geschwindigkeit der Dir zur Verfügung stehenden Zeit nicht zurecht kommst, daß Du entweder mit mir oder mit Mag. Lemmerer sprichst oder eine

Handreichung gibst, daß wir Dinge durchdiskutieren, die dann sachlich nicht ganz so fundiert von Dir herauskommen. Mir tut es wirklich leid, denn Du bist als junges, dynamisches und ausgebildetes Mitglied im GR für mich ein wichtiger Ansprechpartner.

Die Sache mit den 3 Tagen Sonderurlaub ist natürlich auf der Gerüchtebörse wieder wunderbar. Wir haben eine Vereinbarung, die vom Bgm. noch nicht unterschrieben ist, vorbereitet, die den logischen Bestand an Sonderurlauben beinhaltet; das gibt es in jedem Unternehmen (auch bei SKF, SMG etc.) für Eheschließungen, für Übersiedlungen, für Todesfälle usw. Einen Punkt gibt es noch, den es auch bisher gab: "Sonstige wichtige Gründe". Der MD konnte bisher aus so. wichtigen Gründen Tage freigeben. Nur war bisher bei diesen so. wichtigen Gründen der Passus dabei, daß auch der Geburtstag des Bediensteten als sonstiger wichtiger Grund gilt. Dieser Passus wurde ersatzlos gestrichen. Noch etwas ist dazu gekommen: Nämlich daß wir mit der Dienstnehmer- und Dienstgeberseite gemeinsam eine Plafondierung dieser Tage auf 3/Jahr geschafft haben. D. h., auch wenn jemand aus mehreren wichtigen Gründen mehr Tage zusammen bringen würde, hat er trotzdem max. 3 dieser freien Tage. Ich verwahre mich dagegen und bitte wirklich auch

die Medien um Unterstützung, daß diese Latrinengerüchte und -parolen, die schon wieder in die Welt gesetzt werden, nicht weiter verbreitet werden! Auf manchem Wirtshaustisch wird über diese Sache in einer Art und Weise geredet, wie es der Tatsache nicht entspricht. Daß heute vielleicht unter der Hand gehandelt wird, daß man frei bekommt, auch wenn man keinen so. wichtigen Grund hat, dann würde ein solcher Vorgesetzter - auf diese Ebene wurde das jetzt verlagert (1.000 Leute müssen wegen einem Tag jetzt nicht mehr zu Dr. Schmidl gehen, sondern zu ihrem Abteilungs- oder Referatsleiter) - eine Dienstverfehlung begehen. Eine sauberere Lösung als die, die wir ausgehandelt haben, kann es gar nicht geben. Darum bin ich diesbezüglich auch ein wenig echauffiert - ich bitte, mir dies zu entschuldigen!

Lieber Karl, ich habe leider nicht gehört, wie Du Deine Huldigungen in meine Richtung abgegeben hast. Koll. StR Tatzreiter hat mir aber brühwarm davon berichtet! Ich bedanke mich auch hier und teile mit Dir die Worte, die Du zum Tourismus gesagt hast. Wir sind auch in der Tourismus-Kommission drinnen und wollen etwas weiter treiben. Was wir auch geschafft haben im Tourismusverband, daß wir endlich wieder - auch dank des letzten Beschlusses im StS -

schwarze Zahlen schreiben können. Dort ist mir die Farbe schwarz sogar eine besonders rechte und richtige!

Zum Schluß kommend, darf ich noch sagen, nicht alle Wünsche eines jeden konnten erfüllt werden, trotzdem werden die meisten ohne schlechtes Gefühl zustimmen können. Ein schlechtes Gefühl hätte ich nur dann, wenn markante, existentielle Ansätze nicht erfüllt wären. Da dies offenkundig aber nicht der Fall ist, bitte ich vielleicht doch noch, einen einstimmigen Beschluß herbeiführen zu können, lieber Herr Bgm.!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Ich gebe den Vorsitz zurück an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und komme zur Abstimmung über den Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1993 - zunächst über die Fassung des Abänderungsantrages. Wer ist gegen den Abänderungsantrag zum Budget 1993? 3 Gegenstimmen (2 GAL, 1 FP). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Wer ist für diesen Voranschlag? Der Rest. Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1993 ist in der Fassung des Abänderungsantrages mit

Mehrheit angenommen (gegen drei Stimmen). Ich danke vielmals.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Nun haben wir, aufgrund unserer Geschäftsordnung, noch die Initiativanträge zu behandeln. Zunächst handelt es sich um den Antrag der Sozialdemokr. Fraktion im GR der Stadt Steyr. Ich erteile nun dem Fraktionsvorsitzenden Koll. Vbgm. Sablik das Wort, um den Antrag vorzutragen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des GR, Ihnen liegt eine Kopie des Initiativantrages vor - auch der Presse. Wenn Sie erlauben, möchte ich nicht den gesamten Bericht im Detail vorlesen, sondern Sie nur bitten, den Artikel I aufzuschlagen, das ist das Kernstück.

Der GR wolle beschließen:

ÄNDERUNG DER VERGABE- ORDNUNG

Beschluß des GR der Stadt Steyr vom 17. 12. 1992, mit dem die Vergabeordnung für die Stadt Steyr vom 2. 4. 1981 i.d.g.F. und der Gesellschafter des Aufsichtsrates der GWG der Stadt Steyr vom 21. 5. 1991 i.d.g.F. geändert wird.

Artikel I

Nach § 6 wird § 6 a eingefügt, der wie folgt lautet:

"Unternehmen und Unternehmer, welche gegen Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes verstoßen haben und wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften bestraft worden sind und die Tilgungsfrist des § 55 Abs. 1 VStG. noch nicht abgelaufen ist, sind von öffentlichen Aufträgen auszuschließen. Der Ausschluß ist auch dann zu verfügen, wenn sich der Bieter eines Subunternehmers bedient, auf den hinsichtlich der illegalen Beschäftigung von Arbeitnehmern die vorstehend genannten Voraussetzungen zutreffen, sofern für den Bieter im Rahmen eines Konzernverbundes, einer Mehrheits- oder zumindest wesentlichen Beteiligung die Möglichkeit der Einflußnahme besteht; andere Subunternehmer sind von den Bietern auf diese Bestimmung hinzuweisen. Der Ausschluß erfolgt bei erstmaliger Bestrafung auf 2 Jahre und im Wiederholungsfall auf 5 Jahre."

Artikel II

Die Kundmachung dieser Änderung der Vergabeordnung hat in der nächsten Nummer des Amtsblattes der Stadt Steyr zu erfolgen.

Artikel III

Die vorstehenden Bestimmungen

treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Amtsblatt der Stadt Steyr in Kraft.

(BEILAGE)

Ich ersuche unseren Hr. Bgm., eine ev. Debatte bzw. die Abstimmung durchführen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals - zu Wort ist Herr Koll. StR Schloßgangl gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! Wir sind an und für sich für den eingebrachten Antrag der Sozialdemokr. GR-Fraktion und werden dazu unsere Zustimmung geben. Nur möchten wir eine kleine Korrektur oder einen Nachsatz bezüglich der Stellung der Subunternehmen, damit die präzisiert, klar und zweckdienlich definiert sind.

Ich darf Dir, Hr. Bgm., unseren Abänderungsantrag überreichen, der wie folgt lautet:

Abänderungsantrag zum Initiativantrag der Sozialdemokr. Fraktion im GR Steyr:

Der GR wolle beschließen:
Dem Antrag auf Änderung der Vergabeordnung ist vor dem

letzten Satz im Artikel I folgender Satz einzufügen: "Bei einem Verstoß eines Subunternehmers ist dieser - jedoch nicht der Hauptauftragnehmer, wenn diesem keine Einflußnahme möglich war - sowohl von Sub- als auch von Hauptaufträgen auszuschließen."

Inhaltlich ist eigentlich alles gleich, nur hätten wir bei dem vorletzten Satz gerne die Klärung, wenn er wirklich keine Schuld hat, daß nicht der Hauptauftragnehmer von den Auftragsvergaben ausgeschlossen wird, sondern der schuldige Subunternehmer - sowohl von Haupt- als auch von Subunternehmer-Aufträgen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Koll. Sablik bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Nachdem im wesentl. die Übereinstimmung besteht, tritt unsere Fraktion diesem Abänderungsantrag der ÖVP bei!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wünscht noch jemand das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Abänderungsantrag abstimmen. Wer für diesen Abänderungs-

antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist in der Form des Abänderungsantrages einstimmig angenommen.

Der nächste Initiativantrag wurde von der Freiheitl. Partei eingebracht. Ich möchte nun Koll. Eichhübl bitten, den Antrag vorzutragen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Wie ich annehme, ist unser Dringlichkeitsantrag inzwischen allen bekannt. Er wurde bereits eingangs der Sitzung, also vormittags, ausgeteilt. Ich darf aber trotzdem im Detail noch kurz darauf eingehen. Dieser Antrag lautet wie folgt:

DRINGLICHKEITSANTRAG
gem. § 18 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den GR der Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die FPÖ-Fraktion im GR der Stadt Steyr ist der Auffassung, daß, um den unmenschlichen und gefährlichen Lebensbedingungen in den von skrupellosen Hausbesitzern vermieteten Wohnungen ein Ende zu bereiten, die unverzügliche Feststellung des Status quo im Stadtteil STEYRDORF bezüglich der Einhaltungen nach

- dem Baurecht,
- den feuerpolizeilichen Bestimmungen und
- dem Sanitätsrecht,
unter Beiziehung der Bundespolizeidirektion Steyr, durchzuführen ist. Weiters fordern wir die Wiedererrichtung eines Wachzimmers in Steyrdorf, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden. Wir stellen daher an den GR folgenden Antrag:

Der GR möge beschließen:
Die Feststellung des Status quo im Stadtteil STEYRDORF bezüglich der Einhaltung nach dem BAURECHT, den FEUERPOLIZEILICHEN BESTIMMUNGEN und dem SANITÄTSRECHT unter Beiziehung der Bundespolizeidirektion Steyr.
Weiters die Richtung einer RESOLUTION an das Bundesministerium für Inneres zur Wiedererrichtung eines Wachzimmers im Stadtteil Steyrdorf.

Ich glaube, ich brauche nicht näher auf die Begründung dieses Antrages eingehen, denn es hat ja in den Medien einige Auswirkungen gehabt, was beispielsweise dort tatsächlich für Mietpraktiken vorherrschen. Inzwischen haben wir allerdings - das darf ich auch von dieser Stelle aus sagen - von der SPÖ-Fraktion bzw. vom Hr. MD gehört, daß einige Bestandteile dieses, unseres Antrages nicht den entspr. Statuten gleichzustellen

sind und daher von der SPÖ ein Abänderungsantrag eingebracht wird, der an sich - soweit ich ihn durchgelesen habe - sinngemäß dasselbe beinhaltet, was wir wollen, aber mit einer Resolution übertitelt ist.

Sollte dieser Antrag aufrecht bleiben, darf ich gleich vorausschicken, daß wir seitens der Freiheitl. Fraktion diesem abgeänderten Antrag mit dem Übertitel "RESOLUTION" selbstverständlich die Zustimmung erteilen werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Zur Geschäftsordnung hat sich Koll. StR Schloßgangl zu Wort gemeldet.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der Ordnung halber sollten wir über die Dringlichkeit abstimmen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Am Beginn der Sitzung, als ich erklärt habe, daß wir beide Initiativanträge am Ende der Sitzung behandeln, war allg. Zustimmung zu vermerken, sodaß diese Dringlichkeit damit zuerkannt wurde. Wenn aber jetzt eine Abstimmung ausdrücklich gewünscht wird, lasse ich natürlich auch gerne über die Dringlichkeit abstimmen. Persönlich bin ich der Meinung, daß - nachdem der

Antrag eingebracht wurde - die Dringlichkeit zuerkannt werden sollte.

Wer für die Zuerkennung der Dringlichkeit ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Nicht der Fall. Die Dringlichkeit ist einstimmig zuerkannt.

Zu Wort hat sich nun Koll. Sablik gemeldet. Er möchte den angekündigten Abänderungsantrag einbringen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des GR. Koll. Eichhübl hat mir ja bereits das vorweggenommen und ich nehme an, jedem von Ihnen liegt bereits unser Abänderungsantrag vor. Nein? Nachdem er der GAL nicht vorliegt, bitte ich, von einer Verlesung Abstand zu halten. Nein, er ist bereits eingelangt. Doch nicht? Jetzt frage ich aber wirklich, wer für die Verteilung unseres Antrages zuständig war? Ganz gleich; ich bin daher gezwungen, ihn zu verlesen.

Abänderungsantrag gem. § 9 der Geschäftsordnung für den GR der Stadt Steyr und seine Ausschüsse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die SPÖ-GR-Fraktion stellt zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion,

betreffend der Feststellung des Status quo hinsichtlich der Einhaltung nach dem Baurecht, den feuerpolizeilichen Bestimmungen und dem Sanitätsrecht unter Einbeziehung der Bundespolizeidirektion Steyr sowie einem Schreiben an das BM für Inneres zur Wiedererrichtung eines Wachzimmers im Stadtteil Steyrdorf, folgenden Abänderungsantrag:

"Der GR wolle beschließen:

R e s o l u t i o n

Der GR ist für die Feststellung des Status quo im Stadtteil Steyrdorf bezüglich der Einhaltungen nach dem Baurecht, den feuerpolizeilichen Bestimmungen und dem Sanitätsrecht unter Beibeziehung der Bundespolizeidirektion Steyr; weiters für die Verfassung eines Schreibens an das BM für Inneres zur Wiedererrichtung eines Wachzimmers im Stadtteil Steyrdorf."

Für die SPÖ-GR-Fraktion - jeder unserer Fraktionsmitglieder hat unterschrieben.

Nachdem es sich im wesentlichen um dasselbe handelt, wie die FPÖ schon beantragt hat, möchte ich hier nur ergänzen, daß wir natürlich erwarten, wenn Verstöße gegen die eben angeführten Bestimmungen festgestellt werden, daß die nach den jeweils gesetzl. Bestimmungen auch verfolgt

werden. Das ist ja der Sinn dieser Resolution und es soll keineswegs so sein, daß die, die Kapital aus der Not unserer Mitmenschen schlagen, hier auch noch mit einem blauen Auge davon kommen. Ich ersuche, Hr. Bgm., diesen Antrag in Behandlung zu nehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Der Abänderungsantrag steht somit in Behandlung. Zu Wort gemeldet ist nun Koll. StR Holub. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich kann gleich darüber berichten, was mir vorhin Oskar Holub gesagt hat, daß die Grün Alternativen-Vertreter im GR Bedenken haben gegen die Formulierung "unter Beibehaltung der BP-Dion Steyr". Ich berichte das gleich von hier aus. Jetzt kommt eine Stellungnahme, die Koll. Vbgm. Sablik schon zum Teil erwähnt hat. Nämlich die logische Konsequenz, daß aus der Überstands-Feststellung auch die Maßnahme nach dem Verwaltungsverfahren zu erfolgen hat. Also nicht nur eine Status quo-Feststellung ist es, was notwendig ist, sondern auch eine Verfolgung von allfälligen Mißbräuchen in der Zur-Verfügung-Stellung von Raum oder in der Zur-Verfügung-Stellung von defekten sanitären Voraussetzungen.

Was jetzt den Einwand der Grünen Alternativen Liste betrifft, möchte ich anmerken, daß es sehr wohl eine Angelegenheit des Parlaments wäre, über die länger sich im Inland befindl. Ausländer, die den Meldebestimmungen nicht entsprochen haben, einen Amnestie-Weg zu befinden. Ich glaube, daß wir die örtlichen Verwaltungseinheiten wirklich mit dem ewigen Augenzwinkern schön langsam überstrapazieren. Nicht nur, wie wir bei der Straßenverkehrsordnung Verordnungen erlassen und dem Polizisten dann abverlangen "da müßt Ihr wegschauen, weil dort stört es irgendjemanden" - so wäre es ja hier auch!

Ich glaube, wir sollten wirklich Druck auf die Parlamentarier machen, daß man hier nicht nur heiße Luft produziert, sondern wirklich ein Amnestie-Gesetz erläßt, weil die Einzel-Schicksale von länger sich im Inland Befindlichen, die unter irgendeiner Zwangssituation einmal illegal eingewandert sind und sich jetzt nicht mehr ans Tageslicht trauen, ist sicherlich auch eine schlechte. Unter dieser Präposition, glaube ich, könnt Ihr unter Umständen auch mitmachen. Ich meine ...

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Unverständlicher Zwischenruf!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich meine, daß es notwendig wäre, daß man denen, die die Erhebung machen, sehr wohl den Polizei-Schutz angedeihen läßt, weil ja dort nicht nur die Lieblichkeit in Person residiert, sondern auch bestimmte gefährdende Umstände sind; und ich meine, daß es auch notwendig ist, daß die Fremdenpolizei intervenierend tätig werden kann. Das ist also der Sinn dieser Beziehung. Die Fremdenpolizei sollte also nicht der böse Vertreiber für die Ausländer sein, sondern sie sollte die ordnende Hilfestellung anbieten. Das scheint mir auch ziemlich geboten zu sein bei der Art und Weise, wie hier teilw. Mißbrauch mit Wohnraum getrieben wird. An sich wollten wir dazu noch einen Abänderungsantrag machen, aber ich glaube, wenn es dem Sinn nach eine Übereinstimmung gibt, daß es zu einer Verfolgung im Rahmen von Verwaltungsverfahren kommt, können wir uns die 2fache Abänderung einer Abänderung ersparen.

BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. GR Oskar Holub zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alleine schon vom Antrag her, wenn man liest, worum es geht, kommt schon der

Verdacht, nachdem Steyrdorf explizit erwähnt wird und daß es überhaupt nicht um gesamte Steyrer Verhältnisse geht, wie man annehmen sollte. Es ist doch jedem von uns bekannt, daß solche Vorgänge nicht nur auf den Stadtteil Steyrdorf bezogen sind, sondern daß es das überall in Steyr gibt.

Aufgrund dieser Formulierung habe ich schon den Verdacht, daß es um die Vorbereitung des Haider'schen Volksbegehrens geht. Hinter dem Ganzen lauert für mich schon eine sehr massive Ausländer-Feindlichkeit und wir Grün-Alternativen werden diesem Antrag sicherlich nicht zustimmen. Auch nicht der Resolution, wo die BP-Dion eingebunden werden soll, wo nach dem neuen Fremdenpolizei-Gesetz Beamte ermächtigt sind, in Wohnungen einzudringen und Leute zu observieren.

Ich möchte nicht wissen, wie es Ihnen gehen würde, wenn Ihnen das zu Weihnachten in Ihrer Wohnung passiert und diese Beamten von Ihnen die Ausweise etc. verlangen. Ich kann mich dieser Vorgangsweise nicht anschließen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß die GAL etwas mitträgt, wo wirklich Hausbesitzer drankommen, die skrupellos sind. Da gebe ich Ihnen recht, daß es diesen Aspekt auch gibt. Das würde ich total unterstützen, aber in dieser Verbindung ist es uns nicht möglich und wir protestieren

schärfstens gegen diese Formulierung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke vielmals - gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Ich möchte bemerken, daß es meines Erachtens jedenfalls der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion fernliegt, hier ein Volksbegehren vorzubereiten.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Unverständlicher Zwischenruf!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Keine weitere Wortmeldung, also kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion im GR ab. Wer ist gegen den Antrag? 2 Gegenstimmen (GAL). Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (VP). Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke (der Rest). Der Antrag ist in der Form des Abänderungsantrages mit Mehrheit angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung erschöpft. Zu Wort hat sich noch Koll. Vbgm. Sablik gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte namens der Sozialdemokr. Fraktion den

Bürgern unserer Stadt, unseren Geschäftspartnern, den Damen und Herren des GR und natürlich den Bediensteten der Stadt fröhliche Weihnachten wünschen, für das nächste Jahr viel Schaffenskraft und Gesundheit; Prosit 1993!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand das Wort? Nicht der Fall. Dann, meine Damen und Herren des GR, werte Vertreter der Beamtenschaft und Vertreter der Presse, möchte ich am Ende dieser wichtigen Sitzung des GR unserer Stadt Steyr auch Dank sagen für die Zusammenarbeit im heurigen Jahr. Ich möchte mich bei der Beamtenschaft bedanken für ihre Leistungen und ihren Einsatz, bes. auch im Zusammenhang mit der Erstellung des Voranschlages und wünsche auch Ihnen und den Bürgern der Stadt ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest; ebenso gute, konstruktive Zusammenarbeit im GR und mit der Beamtenschaft im Sinne und im Interesse der Bürger unserer Stadt und einer guten Weiterentwicklung im Jahr 1993! Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde wurden nicht signalisiert, aber die Damen und Herren des GR, der Beamtenschaft und die anwesenden Vertreter der Presse sind eingeladen zum

traditionellen gemeinsamen
Abendessen im Schwechaterhof.
Die Sitzung ist geschlossen!

Beifallskundgebung

ENDE DER SITZUNG: 19.11 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Friederike Mach e.h.

Franz Strasser e.h.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

DEPARTMENT OF CHEMISTRY

PHYSICAL CHEMISTRY

PHYSICAL CHEMISTRY

PHYSICAL CHEMISTRY

PHYSICAL CHEMISTRY

PHYSICAL CHEMISTRY

PHYSICAL CHEMISTRY